



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Pelzfachverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SwissFur  
Adresse, Ort : Kapellenstrasse 14, 3001 Bern  
Kontaktperson : Dr. Markus Hugentobler  
Telefon : 058 796 99 09  
E-Mail : mhugentobler@centrepatronal.ch  
Datum : 14.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

SwissFur begrüsst den Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative "Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte". Die geplante Änderung im Tierschutzgesetz stimmt überein mit den Absichten und Zielen, die das international anerkannte FURMARK-Zertifizierungssystem für Naturpelzprodukte verfolgt. FURMARK eignet sich daher auch als Lösung für die Schweiz, um höhere Standards für einen nach wissenschaftlichen Kriterien überprüfbaren Tierschutz zu etablieren und sollte im Gesetz und in der Botschaft des Bundesrates angemessen berücksichtigt werden. Wir sind überzeugt, dass die Einführung des FURMARK-Labels durch den Bundesrat bzw. durch das verantwortliche Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) ein optimaler Weg ist, um die Absicht des Gesetzgebers für ein Importverbot von tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten effektiv und effizient umzusetzen bzw. die Ziele der [Motion 20.4267](#) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) vollständig zu erfüllen, die in beiden Räten deutlich angenommen wurde. Inwiefern unterstützt FURMARK den Willen des Gesetzgebers konkret?

1. Das FURMARK-Label ist WTO-konform und bietet den Konsumentinnen und Konsumenten die volle Transparenz, damit diese eine fundierte Kaufentscheidung auf Basis wissenschaftlich festgelegter Kriterien treffen können.
2. FURMARK erfüllt auch die Standards der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) und die aktuellen wissenschaftlichen Standards zum Tierschutz (WELFUR-Programm). Wir werden dies im Folgenden noch näher erläutern.
3. Mit der Einführung des FURMARK-Labels kann die Schweiz auf eine rein schweizerische Pelzregelung verzichten. Dank des Verzichts auf eine "Insellösung" lassen sich komplexe Diskussionen über die Gestaltung der bilateralen Beziehungen mit der EU, dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz, vermeiden. (NB: 15,3 % der europäischen Pelzimporte sind für die Schweiz bestimmt.)

Was die Grundsätze des Tierschutzes im Rahmen der hier erwähnten Zertifizierung betrifft, so versichern wir Ihnen, was wir bereits im Rahmen der Vernehmlassung zur Anpassung der Verordnungen über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten (EDAV-DS, EDAV-EU) festhielten: Das FURMARK-Label erhalten nur Unternehmen, die ALLE Bedingungen des WELFUR-Programms erfüllen. Aktuell sind das 535 FURMARK-zertifizierte Pelzfarmen, von denen sich die meisten in EU-Ländern befinden.

Wichtig zu erwähnen ist, dass sich das Zertifizierungsprogramm seit seiner Einführung im Jahr 2016 im Einklang mit neuen wissenschaftlichen Informationen und den steigenden Anforderungen von Verbrauchern und Regulierungsbehörden dynamisch weiterentwickelt hat und unsere Branche mit diesen Veränderungen Schritt gehalten hat. Erwähnenswert ist ferner, dass das WELFUR -Programm die erste tierschutzorientierte Initiative war, die jemals ein Gütesiegel von der Europäischen Kommission erhalten hat. Das forschungsbasierte System für Nerze, Füchse und Finnracon wurde in die Datenbank der Europäischen Kommission für „Selbstregulierungs- und Koregulierungsinitiativen“ aufgenommen.

Die Aufnahme in die erwähnte EU-Datenbank ist an eine Reihe von Grundsätzen geknüpft wie z.B. die Beteiligung von Interessengruppen, Transparenz, Zuverlässigkeit und Durchführbarkeit oder die Einhaltung von Vorschriften. Die Europäische Kommission beschreibt WELFUR dabei als „ein wissenschaftliches, praktisches und zuverlässiges System zur Bewertung des Tierschutzes in landwirtschaftlichen Betrieben, das als Instrument zur Überwachung und Verbesserung des Tierschutzes dient und mit dessen Hilfe ein gutes tierschutzgerechtes Management nachgewiesen werden kann“.

Wichtig: Die Bewertung des Tierschutzes in landwirtschaftlichen Betrieben erfolgt neuerdings auf dem weiterentwickelten Standard namens „Fünf Bereiche“ (“Five Domains”), der den alten Standard namens „[Fünf Freiheiten](#)“ abgelöst hat. Dabei werden die Tiere in Bezug auf Ernährung, Umwelt, Gesundheit, Verhalten und Geisteszustand überwacht. Die WOAHA hat sich bisher noch nicht mit der Pelztierzucht bzw. mit der Gesundheit und dem Wohlergehen von Pelztieren befasst. Hingegen haben sich die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA, das Pendant des BLV auf Ebene EU) und einzelne Pelz produzierende Länder bereits mit den “Fünf Bereichen” befasst und Rechtsvorschriften dazu erlassen. Die Pelzbranche hat diese Debatte verfolgt und aus eigenem Antrieb den Schritt unternommen, um ebenfalls von den “Fünf Freiheiten” zu den “Fünf Bereichen” zu wechseln. Zudem hat die Pelzbranche Wissenschaftler gebeten, die hinter den WELFUR-Protokollen stehen, eine Methode zu entwickeln, die in das WOAHA-Programm zur Bewertung des Wohlergehens landwirtschaftlicher Betriebe aufgenommen werden kann. Übernimmt die Schweiz das FURMARK-Zertifizierungssystem, stellt sie automatisch sicher, dass der Pelzimport künftig mit den allgemeinen WOAHA-Grundsätzen für den Schutz von Nutztieren übereinstimmt.

SwissFur ist der festen Überzeugung, dass die Tierschutzgarantien des FURMARK-Überprüfungs- und Rückverfolgbarkeitssystems den Bedürfnissen der Schweizer Konsumenten UND den Zielen des Gesetzgebers bzw. der [Motion 20.4267](#) der WBK-S entsprechen. Das gilt übrigens auch für den Bereich der Wildpelze, der in dieser Diskussion gerne vergessen wird, obwohl er 15 bis 20% des weltweiten Pelzhandels ausmacht. Darum ist es uns an dieser Stelle wichtig, auch dazu noch ein paar Überlegungen zu äusseren und aufzuzeigen, dass bzw. wie FURMARK hier greift.

Der Grossteil der Wildpelze stammt aus Wildtiermanagementprogrammen. Diese Programme, die ausserhalb des WOAHA-Tätigkeitsbereichs liegen, dienen der Erhaltung der Artenvielfalt und gesunder Ökosysteme sowie der Populationsregulierung und der Krankheitsbekämpfung. Diese Pelzverkäufe unterstützen Naturschutzmassnahmen sowie die zum Teil sehr abgelegenen Regionen bzw. deren Bewohnerinnen und Bewohner, die sich mit ihrer Jagdtätigkeit um die Hege und Pflege unserer natürlichen Umwelt kümmern. Ohne Pelzverkäufe können die Wildtiermanagementprogramme nicht aufrechterhalten werden. Die von der Firma [Fur Harvesters Inc.](#) Kanada verkauften Wildfelle tragen ebenfalls das FURMARK-Siegel. Sie stammen aus einer Fallenjagd, die stark reguliert ist und bei der der Tierschutz oberste Priorität hat. Regionale und nationale Behörden sorgen mit ihren Richtlinien und Vorschriften für die Einhaltung des Übereinkommens über internationale humane Fangnormen (Agreement on International Humane Trapping Standards, AIHTS). Das FURMARK-Siegel bescheinigt, dass die Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durchgehend eingehalten bzw. regelmässig kontrolliert werden.

Die Schweizer Pelzbranche steht gerne zur Verfügung, interessierten Kreisen die technischen Details rund um das FURMARK-Zertifizierungssystem zu erläutern. Unsere Dialogbereitschaft basiert auf der Erfahrung, dass viele Menschen, denen das Tierwohl am Herzen liegt, keine klare Vorstellung davon haben, wie die Pelzindustrie heutzutage funktioniert und welche Bedeutung sie dem Tierschutz beimisst. Das hat die international tätige Branche dazu bewogen, ein transparentes Zertifizierungssystem mit unabhängigen Akteuren aus der Wissenschaft aufzubauen. Als Mitglied der International Fur Federation (IFF) ist es SwissFur ein Anliegen zu gesetzlichen Grundlagen beizutragen, die eine humane Herstellung von Pelzprodukten sicherstellen, und gleichzeitig darüber Rechenschaft abzulegen, damit die Verbraucher wissen, was sie kaufen.

Abschliessend finden wir es erwähnenswert, dass FURMARK im April 2024 in der EU als Zertifizierungsmarke eingetragen wurde. Dabei handelt es sich um eine neue Art von Marke, die auf einer Produktzertifizierung basiert und die besonderen Eigenschaften bestimmter Waren und Dienstleistungen garantiert. Sie zeigt an, dass ein Pelzkleidungsstück, das ein FURMARK-Label trägt, dem vorgegebenen WELFUR-Standard entspricht. Dieser Standard ist in der Benutzungsordnung festgelegt und wird unter der Verantwortung des Inhabers der Zertifizierungsmarke kontrolliert. Und zwar unabhängig von der Identität des Unternehmens, das die Waren und Dienstleistungen verarbeitet oder anbietet und die Zertifizierungsmarke verwendet.

Im Falle einer Annahme der Volksinitiative müsste ihre WTO-konforme Umsetzung sichergestellt werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 4	Evtl. ein zusätzlicher Absatz (Abs. 4), in dem sich die Schweiz auch zu internationalen Regeln und Standards bekennt (z.B. das EFSA-anerkannte Tierwohlprogramm namens WELFUR, auf dem das Zertifizierungssystem FURMARK basiert).	Betreffend Tierwohl kann sich der Bundesrat auch auf internationale Richtlinien abstützen und diese als verbindlich erklären.
Art. 14 Abs. 5	Bisher Abs. 4.	
Art. 14b Abs. 1b	Es scheint uns wichtig, dass sich die Schweiz an bestehenden internationalen Standards orientiert. Eine einseitige Schweizer Definition ist zu vermeiden.	nach international anerkannten Produktrichtlinien (...) und die Einhaltung dieser Richtlinien durch eine unabhängige Zertifizierungsstellen kontrolliert wird, die sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse abstützen und relevante Interessengruppen angemessen einbindet.
Art. 14b Abs. 2	Die Länderliste um bekannte und anerkannte Zertifizierungssysteme ergänzen, wie FURMARK bzw. WELFUR.	...nach Absatz 1 Buchstabe a. Er kann diese durch international anerkannte Zertifizierungssysteme ergänzen, die dem Tierwohl gemäss Art. 14 Abs. 4 und Art. 14b Abs. 1b entsprechend Rechnung tragen.
Art. 14b Abs. 3b	Es scheint uns wichtig, dass die Schweiz sich an internationalen Standards orientiert. Eine einseitige Schweizer Definition ist zu vermeiden.	...Anforderungen an Zertifizierungssysteme und -stellen, die eine effektive und effiziente Importkontrolle erlauben.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Stiftung für das Tier im Recht  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : TIR  
Adresse, Ort : Rigistrasse 9, 8006 Zürich  
Kontaktperson : Andreas Rüttimann  
Telefon : 043 443 06 43  
E-Mail : [ruettimann@tierimrecht.org](mailto:ruettimann@tierimrecht.org)  
Datum : 31.10.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAHA in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not](#)

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fallen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben ["Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht \[TIR\] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen \[BLV\] vom 30. Juli 2024](#)).

Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Vegane Gesellschaft Schweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VGS  
Adresse, Ort : Geerenweg 23, 8049 Zürich  
Kontaktperson : Lorenz Henggeler  
Telefon : 079 913 05 37  
E-Mail : [lorenz@vegan.ch](mailto:lorenz@vegan.ch)  
Datum : 05. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not](#)

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

	<p>aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>).</p> <p>Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.</p>	
--	--	--

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VP  
Adresse, Ort : Altstetterstrasse 124, 8048 Zürich  
Kontaktperson : Lauretta Eckhardt  
Telefon : 043 883 77 52  
E-Mail : lauretta.eckhardt@vier-pfoten.org  
Datum : 31.10.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der *Schweizer Bevölkerung* an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

	<p>Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).</p> <p>In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien <a href="#">Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023</a>; <a href="#">Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020</a>; <a href="#">Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not</a></p>	
--	---	--

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

	<p>aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>).</p> <p>Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.</p>	
--	--	--

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VSKT  
Adresse, Ort : c/o Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen,  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Kontaktperson : Judith Röthlisberger  
Telefon : 058 464 92 25  
E-Mail : [vskt.sekretariat@blv.admin.ch](mailto:vskt.sekretariat@blv.admin.ch)  
Datum : 3. Oktober 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus folgenden Gründen ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Zudem würde dies einen harmonisierten Vollzug weiter erschweren. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter, als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quater</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1 <sup>quater</sup> und 1 <sup>quinqies</sup> jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Zürcher Tierschutz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ZT  
Adresse, Ort : Zürichbergstrasse 263  
Kontaktperson : Nadja Brodmann  
Telefon : 044 261 43 36  
E-Mail : [nbrodmann@zuerchertierschutz.ch](mailto:nbrodmann@zuerchertierschutz.ch)  
Datum : 31.10.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte wird vom Zürcher Tierschutz und anderen Tierschutzorganisationen sehr begrüsst. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Im Rahmen unserer Kampagne «echt Pelz – echt grausam» fordern wir deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot. Diese Forderung wird von Tierschutzseite einhellig unterstützt. Denn nur mit einem solchen Verbot lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüssen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend dem Vorgehen bei Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, welche die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAH-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAH-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAH-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAH als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-  
Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOA in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not](#)

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben ["Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht \[TIR\] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen \[BLV\] vom 30. Juli 2024](#)).

Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : Association animal équité  
Sigle entreprise / organisation / service : AAE  
Adresse, lieu : 1200 Genève  
Interlocuteur : Luc Fournier  
Téléphone : 079 919 57 10  
Courriel : [info@animal-equite.ch](mailto:info@animal-equite.ch)  
Date : 22.11.2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

L'introduction prévue d'une interdiction d'importation des produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels doit être vivement saluée sur le principe. Les méthodes courantes de production de la fourrure sont liées à d'immenses souffrances pour les animaux concernés. C'est pour cette raison que la protection des animaux demande depuis de nombreuses années une telle interdiction. Seule une interdiction d'importation permettrait d'éviter que la demande intérieure ne favorise à l'étranger des formes de production de fourrure clairement rejetées par une grande partie de la population suisse. En outre, deux avis de droit démontrent qu'une telle interdiction d'importation est également compatible avec les engagements commerciaux internationaux de la Suisse (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 4, Zurich/Bâle/Genève 2011 ; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 16, Zurich/Bâle/Genève 2017).

Il convient également de saluer le fait que le présent contre-projet prévoit, outre l'interdiction d'importation, une interdiction de commerce pour les produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels. Une telle interdiction constituerait un complément judicieux et logique à l'interdiction d'importation et contribuerait de manière déterminante à une réglementation cohérente du commerce des produits de la pelleterie. Il en va de même pour la disposition prévue concernant la procédure en cas de soupçon de produits de la pelleterie importés ou commercialisés illégalement, qui créerait les conditions nécessaires à une mise en œuvre conséquente des nouvelles prescriptions.

Il est néanmoins inacceptable du point de vue de la protection animale que, selon le rapport explicatif relatif au contre-projet indirect à l'initiative contre la fourrure ainsi que le rapport explicatif relatif aux adaptations prévues de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, l'interdiction ne s'étende pas aux fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion. Une telle conception ou mise en œuvre de la mesure serait en diamétrale opposition au but qu'elle poursuit et ne serait en aucun cas justifiable d'un point de vue objectif (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous de l'adaptation prévue de l'art. 14).

Il convient également de critiquer le fait que le rapport explicatif contient plusieurs explications trompeuses ou imprécises quant à la compatibilité de l'initiative contre la fourrure avec les engagements commerciaux internationaux. Il est par exemple affirmé au point 4.4 qu'une différence de traitement entre des produits en raison d'une méthode de production qui ne se reflète pas dans les caractéristiques physiques du produit *et pour laquelle le droit national est pris comme référence* constitue une violation des obligations du droit commercial et contrevient notamment à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT). En réalité, le fait que le droit propre ou une norme internationale soit pris comme référence pour déterminer si une telle différence de traitement constitue ou non une violation des obligations du droit commercial ne joue aucun rôle. Selon l'opinion dominante, une telle différence de traitement devrait d'une manière générale violer les obligations du droit commercial, indépendamment de la loi sur laquelle la distinction est fondée. Une telle violation est toutefois justifiable dans certaines conditions. Dans ce contexte, l'art. XX(a) du GATT est particulièrement pertinent. En effet, son applicabilité ne dépend pas non plus du fait que le critère de distinction se fonde sur le droit national ou international (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous concernant l'adaptation prévue de l'art. 14 LPA).

Le Conseil fédéral considère par ailleurs au point 4.4, sans apporter de justification précise, que l'initiative ne remplit pas les exigences élevées en matière d'exceptions justifiant des violations fondamentales du GATT. Une déclaration aussi importante a le potentiel d'influencer considérablement l'opinion du

Parlement et de la population sur l'initiative. Il serait donc impératif de fournir une justification détaillée. Enfin, le point 5 précise que l'initiative « pose problème du point de vue du droit commercial et n'est donc pas compatible avec les engagements internationaux de la Suisse ». Le fait que l'initiative pose problème du point de vue du droit commercial n'implique toutefois pas automatiquement qu'elle soit incompatible avec les engagements internationaux de la Suisse. Une mesure peut tout à fait être problématique du point de vue du droit commercial du fait qu'elle viole une disposition particulière du GATT, mais être couverte par une disposition d'exclusion (telle que celle de l'art. XX(a) du GATT) et être donc conforme aux obligations du droit commercial de la Suisse.

Les imprécisions mentionnées donnent l'impression d'une intention qui serait d'influencer les lectrices et lecteurs dans une certaine direction. Il serait pourtant souhaitable que le peuple et le Parlement soient informés de manière objective et neutre sur le contexte juridique de l'initiative contre la fourrure.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
14	<p><b>Orientation sur les principes directeurs de l'OMSA</b></p> <p>Selon l'art. 14, al. 3, du présent projet, la fourrure et les produits de la pelletterie doivent être considérés comme fabriqués en infligeant des traitements cruels aux animaux lorsque le bien-être de ces animaux a été gravement altéré. Le rapport explicatif justifie cette disposition par le fait que les principes directeurs de l'OMSA en matière de bien-être des animaux – notamment l'absence de douleur, de lésions et de maladie et l'absence de peur et de détresse – devraient être déterminants pour définir ce que sont les traitements cruels infligés aux animaux et que la définition des « libertés » selon l'OMSA correspond à peu près à celle du « bien-être » selon l'art. 3, let. b, LPA (p. 8). La raison pour laquelle, selon la présente proposition, seules les altérations <i>fortes</i> du bien-être des animaux sont considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux n'est toutefois pas claire. Les « libertés » selon l'OMSA se réfèrent d'une manière générale à la douleur, à la peur, etc., sans que des exigences particulières soient posées quant à l'intensité des différentes atteintes. Si la définition de ce qui est considéré comme « traitements cruels infligés aux animaux » devait effectivement s'orienter sur les principes directeurs de l'OMSA, toute atteinte au bien-être devrait donc logiquement être considérée comme un traitement cruel.</p>	<p><sup>2</sup> Sont interdits :</p> <p>a. l'importation, le transit et le commerce de fourrures et de produits de la pelletterie <del>fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels</del> <b>fabriqués selon des méthodes infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 ;</b></p> <p><sup>3</sup> <del>On considère que les fourrures et les produits de la pelletterie sont fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels si, pour les fabriquer, le bien-être des animaux a été fortement altéré.</del> <b>Le Conseil fédéral détermine les méthodes de fabrication qui sont considérées dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux.</b></p>

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>Du point de vue juridique, il serait de toute manière malvenu d'ajouter une définition supplémentaire des traitements cruels infligés aux animaux dans la LPA, dont l'article 26 définit déjà les comportements considérés comme des traitements cruels infligés aux animaux. Cela aurait pour conséquence que la notion de traitements cruels infligés aux animaux serait définie de manière différente au sein du même acte législatif. Il serait donc beaucoup plus cohérent que l'art. 14 LPA renvoie à l'art. 26 LPA pour la définition de « traitements cruels infligés aux animaux ». Cette solution n'irait pas plus loin que celle actuellement prévue, car les formes de production de fourrure qui doivent être considérées comme infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 LPA devraient pratiquement toujours constituer également une violation des principes directeurs de l'OMSA.</p> <p>Selon le rapport explicatif relatif au contre-projet, le fait de s'orienter aux principes directeurs de l'OMSA s'explique par le fait que ceux-ci bénéficient d'un large soutien international et correspondent aux attentes de la société en matière de bien-être animal, raison pour laquelle les partenaires commerciaux les accepteraient plus facilement comme référence pour l'interdiction d'importation que la législation suisse sur la protection des animaux (p. 7 s.). Il convient tout d'abord de noter à cet égard que les attentes sociales de la <i>population suisse</i> en matière de bien-être animal – et ce sont ces attentes qui importent en l'espèce, notamment en ce qui concerne la conformité de la mesure avec le GATT (voir les informations à ce sujet ci-dessous) – se reflètent en premier lieu dans la LPA suisse. En outre, il est fortement discutable que la réglementation telle que proposée à l'art. 14, al. 3, LPA soit effectivement mieux acceptée par les partenaires commerciaux qu'une référence à l'art. 26 LPA. En effet, même s'il est précisé dans le rapport explicatif que l'expression « traitements cruels infligés aux animaux » doit être définie comme une violation des principes directeurs de l'OMSA, le texte de loi prévu fait référence à la notion de bien-être au sens de l'art. 3, let. b, LPA. Le fait que les lignes directrices de l'OMSA doivent servir de référence ne ressort donc pas du texte de loi lui-même mais seulement des explications. Par conséquent, le fait de se référer à l'art. 3, let. b, LPA ou à l'art. 26 LPA pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux » ne devrait guère faire de différence du point de vue de l'acceptation par les partenaires commerciaux. Enfin, même en cas de renvoi à l'art. 26 LPA dans les explications ou – en ce qui concerne le projet définitif</p>	
--	--	--

soumis au Parlement – dans le message, il pourrait être mentionné que les infractions correspondantes devraient pratiquement toujours constituer des violations des principes directeurs de l'OMSA.

### **Compatibilité avec les engagements commerciaux internationaux**

En fin de compte, la conformité juridique de la mesure est davantage décisive que son acceptation par les partenaires commerciaux. Il n'est pas nécessaire pour cela de recourir aux principes directeurs de l'OMSA. Comme mentionné dans les explications, les accords internationaux pertinents dans le présent contexte – en particulier le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE – autorisent l'adoption de mesures commerciales restrictives nécessaires à la protection de la moralité publique. Les organes de règlement des différends de l'OMC ont souligné à plusieurs reprises la nécessité d'accorder aux États membres une certaine marge de manœuvre dans l'interprétation de la notion de « moralité publique » pour leur permettre de la définir et de l'appliquer conformément à leurs propres valeurs (voir par exemple Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff. ; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759 ; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). En ce qui concerne la conformité au droit international de l'interdiction d'importation, il est donc tout à fait possible de se référer à la législation suisse sur la protection des animaux – concrètement à l'art. 26 LPA – pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux ».

En outre, il convient de noter ici que, contrairement à ce qui est dit dans le rapport explicatif, l'accord sur l'agriculture avec l'UE ne s'applique pas de manière générale aux fourrures, selon l'avis présenté ici. Conformément à l'art. 1, ch. 2 de l'accord, seuls les produits des chapitres 1 à 24 du système harmonisé de désignation et de codification des marchandises sont considérés comme des « produits agricoles ». Or les produits de la pelleterie relèvent du chapitre 43. Seul le champ d'application de l'annexe 11 de l'accord s'étend aux fourrures en vertu de l'art. 5, ch. 2. L'article 8 de l'Annexe 11 précise toutefois que les dispositions du Titre II de l'Annexe 11 (Commerce des produits animaux) n'affectent pas les droits et obligations des parties découlant de l'accord de l'OMC et de ses annexes. Par

conséquent, les observations formulées ci-dessus en lien avec le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE concernant les mesures commerciales restrictives visant à protéger la moralité publique s'appliquent également à l'annexe 11 de l'accord sur l'agriculture.

### **Exemples concrets de formes de production de fourrures réprochées**

Comme nous l'avons déjà expliqué dans notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, indépendamment du fait que la définition de la notion de « traitements cruels infligés aux animaux » renvoie à l'art. 26 LPA, à l'art. 3, let. b, LPA ou aux principes directeurs de l'OMSA, il convient, dans un souci de clarté, de citer dans le texte de l'ordonnance quelques exemples de modes de détention et de chasse considérés dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux. Selon les explications, l'interdiction d'importation s'applique par exemple à la détention dans des cages à sol grillagé et à la chasse avec des pièges à mâchoires ou à collets, mais pas à la chasse avec des pièges à percussion (p. 8). Toutefois, ce champ d'application est nettement trop étroit.

Contrairement aux affirmations régulières du secteur de la fourrure, les cages avec sol grillagé doivent toujours être considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (voir par ex. Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink (Neovison vison) : Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667, qui, dans le cadre d'une étude pour laquelle 1159 visons ont été examinés après leur abattage dans quatre exploitations à fourrure différentes au Danemark, ont constaté des blessures aux pattes chez 34 à 53 pour cent des animaux, selon l'exploitation). En ce qui concerne l'élevage d'animaux à fourrure, la définition d'un mode de détention infligeant ou n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux ne devrait toutefois pas dépendre uniquement de la nature du sol des cages. Par exemple, la détention d'animaux à fourrure dans des cages offrant des possibilités d'occupation insuffisantes (p. ex. pas de possibilité de se baigner pour les visons ou pas de possibilité de creuser pour les renards) doit être considérée comme des traitements cruels même si les cages possèdent un sol plein. À notre connaissance, les cages utilisées actuellement sont presque toujours

dotées d'un sol en treillis métallique. Il faudrait néanmoins s'assurer que l'interdiction d'importation ne puisse pas être contournée simplement en équipant les sols des cages d'une grille en plastique ou de matériaux solides (matériaux plastiques ou naturels comme le bambou, etc.). On peut certes se demander si le marché suisse est suffisamment grand pour que les éleveurs d'animaux à fourrure aient un intérêt à modifier leurs conditions de détention dans le seul but de pouvoir continuer à livrer leurs produits en Suisse. En Hongrie, par exemple, les lapins sont toutefois déjà élevés dans des cages dotées de grilles en plastique pour la production de viande et l'exportation vers la Suisse. En outre, il serait tout à fait envisageable, comme précisé dans les explications, que la réglementation suisse ait un effet de signal et soit reprise par d'autres États. Il serait donc important que l'interdiction soit plus large et que toutes les formes de détention nettement inférieures aux exigences minimales de la législation suisse sur la protection des animaux concernant la nature et les dimensions des enclos ainsi que l'offre de possibilités d'occupation soient considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (cf. notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, y compris la proposition de formulation correspondante).

Il convient ici de souligner clairement que les labels actuels créés par le secteur de la fourrure, comme Furmark – ou les protocoles WelFur sur lesquels Furmark s'appuie concernant les normes de protection animale à respecter – sont loin de répondre aux exigences d'une production de fourrure n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux. Les protocoles WelFur suggèrent certes qu'un standard élevé de protection des animaux est assuré. En réalité, ces derniers s'orientent uniquement sur le statu quo, c'est-à-dire sur les conditions-cadres très limitées d'une détention industrielle d'animaux à fourrure économiquement viable, qui doivent être qualifiées clairement de traitements cruels infligés aux animaux selon les critères suisses et qui violent aussi gravement les principes directeurs de l'OMSA (voir à ce sujet les informations détaillées et les nombreuses références à des études scientifiques contenues dans Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023 ; Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms,

Amsterdam 2020 ; Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not Protect Consumers or Animals, London 2023 ; Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018).

L'intention exprimée dans les explications d'exclure de l'interdiction d'importation les fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion est également très contestable. À notre connaissance, il n'existe pas de pièges à percussion dont le fonctionnement soit suffisamment fiable pour garantir que les animaux soient tués immédiatement ou placés dans un état d'insensibilité et de perte de conscience. Même si de tels pièges étaient disponibles, de nombreux modèles ne garantissant pas une mort rapide des animaux sont actuellement utilisés (voir par exemple Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America : The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals [Basel], 2019 9[8], 570 ; le piège Conibear 120 qui y est mentionné est toujours listé dans les « Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States » comme piège répondant aux critères correspondants et figure également dans la liste des pièges autorisés au Canada). Selon l'Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS), conclu en 1998 entre l'Union européenne, le Canada et la Russie, qui fixe des normes minimales générales pour la capture de 19 espèces de mammifères, les méthodes de mise à mort de nombreuses espèces animales, dont les coyotes ou les rats laveurs, sont déjà considérées comme humaines si au moins 80 pour cent des animaux capturés perdent conscience et sensibilité en cinq minutes (annexe 1, points 3.3 et 3.4 de l'Agreement). Une mort aussi lente n'est pas acceptable du point de vue de la Protection des animaux. Le comité scientifique vétérinaire de la Commission européenne a également conclu que, pour être qualifié d'« humain », un piège mortel doit placer les animaux dans un état d'insensibilité immédiatement ou au moins en quelques secondes et que l'utilisation du terme « humain » dans l'AIHTS n'est donc pas appropriée (voir le point 2.6 de l'Avis du Comité économique et social européen sur la « Proposition de directive du Parlement européen et du Conseil introduisant des normes de piégeage sans cruauté pour certaines espèces animales » du 16 décembre 2004 [Journal officiel de l'Union européenne 2005/C 157/11]). La chasse avec des pièges à percussion est donc clairement contraire aux principes directeurs de l'OMSA. Selon la législation suisse, l'utilisation de

pièges à percussion serait à considérer comme une mise à mort cruelle – au moins une tentative, éventuellement intentionnelle – au sens de l’art. 26 al. 1 let. b LPA, en raison de leur manque de fiabilité quant au déclenchement d’un état immédiat de perte de conscience. En outre, ces pièges présentent un risque élevé de prises accidentelles, ce qui rend leur utilisation particulièrement préoccupante du point de vue de la protection des espèces. En conséquence, leur utilisation est expressément interdite par la législation suisse sur la chasse (art. 2 al. 1, let. a, OChP). En raison de la mort souvent douloureuse des animaux et de l’absence de spécificité mentionnée concernant les espèces capturées, la décision du Conseil fédéral de classer la chasse au moyen de pièges à percussion comme méthode n’infligeant pas de traitements cruels aux animaux n’est pas compréhensible. Il faudrait plutôt – sur le modèle de la réglementation actuelle de l’ordonnance sur la déclaration des fourrures (art. 5 al. 2 let. a) – que la chasse avec des pièges, non autorisée en Suisse, soit expressément mentionnée dans l’OITE-PT et l’OITE-UE comme exemple de méthode de production infligeant de traitements cruels aux animaux (sur ce point, voir aussi la lettre « Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen » des organisations Stiftung für das Tier im Recht [TIR] et QUATRE PATTES – Fondation pour la protection des animaux à l’Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires [OSAV] du 30 juillet 2024).

Il convient également de critiquer la formulation très euphémique des explications, selon laquelle les animaux pénètrent « de leur plein gré » dans les pièges à percussion, « où ils sont immédiatement mis à mort conformément aux règles définies pour leur espèce ». Outre le fait que l’on ne peut parler de « plein gré » que lorsque l’animal sait à quoi s’attendre, mais pas dans le cas d’une embuscade, il semble cynique d’utiliser l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » pour décrire l’abattage des animaux. Comme il est évident que les intérêts des animaux sont diamétralement opposés lorsqu’ils sont abattus par un piège, l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » est manifestement totalement déplacée dans le présent contexte.

	<p><b>Dérogations pour des fins non commerciales (al. 4)</b></p> <p>Il est compréhensible que, pour des raisons de proportionnalité, des dérogations soient prévues pour des fins non commerciales. Toutefois, la dérogation incluse dans les adaptations de l'OITE-PT et de l'OITE-UE pour le transport à des fins personnelles a pour résultat fâcheux de permettre le contournement de l'interdiction par l'achat de produits de la pelleterie dans les pays limitrophes. Il serait donc souhaitable que les dérogations soient formulées de manière à ce que de tels actes de contournement ne soient pas possibles.</p>	
14b	<p>Al. 1 : La formulation de la lettre a est problématique ; en effet, contrairement à la lettre b, elle ne se réfère pas directement à la méthode de production mais à l'origine de la fourrure ou du produit de la pelleterie. Toutefois, nulle part n'est défini ce qu'il faut entendre exactement par « provenir d'un pays ». Il n'est par exemple pas clair si un produit de la pelleterie provient de Grande-Bretagne ou du Danemark lorsqu'il a été transformé en Grande-Bretagne mais que l'animal duquel la fourrure est composée a été élevé et tué au Danemark. La formulation devrait indiquer clairement que la réglementation se réfère au pays dans lequel l'animal a été élevé, détenu et tué ou chassé.</p> <p>L'art. 7 de l'ordonnance agricole sur la déclaration (OAgrD) prévoit en outre que les pays ne doivent pas seulement disposer d'une interdiction légale des formes de production à déclarer selon l'OAgrD, mais aussi d'un programme de surveillance correspondant pour pouvoir être inscrits sur la liste des pays selon l'OAgrD. Il devrait en être de même pour la liste de pays prévue ici pour l'interdiction d'importations de la fourrure ; il ne suffit pas qu'un pays interdise les méthodes de production concernées sur le papier, il doit également garantir la mise en œuvre de l'interdiction.</p>	<p><sup>1</sup> La preuve que les fourrures ou les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux qui n'ont pas subi de traitements cruels est fournie :</p> <p>a. <del>s'ils proviennent d'un pays qui interdit la fabrication de fourrures et de produits de la pelleterie à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels,</del> ou <b>s'ils proviennent d'animaux élevés, détenus et tués ou chassés dans un pays dont la législation interdit les méthodes visées à l'article 14 al. 2 let. a pour la production de fourrures et qui dispose d'un programme de surveillance correspondant ; ou</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Alliance Animale Suisse  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AAS  
Adresse, Ort : Beethovenstrasse 7, 8002 Zürich  
Kontaktperson : Katharina Büttiker  
Telefon : 079 349 58 33  
E-Mail : [katharina.buettiker@alliance-animale.ch](mailto:katharina.buettiker@alliance-animale.ch)  
Datum : 20.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-  
Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not](#)

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

	<p>aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>).</p> <p>Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.</p>	
--	--	--

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : Association des groupements et organisations romands de l'agriculture  
Sigle entreprise / organisation / service : AGORA  
Adresse, lieu : Av. Des Jordils 1 CP 1080 1001 Lausanne  
Interlocuteur : Loïc Bardet  
Téléphone : 021 614 04 77  
Courriel : l.bardet@agora-romandie.ch  
Date : 6 novembre 2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

Madame, Monsieur,

Bien que nous n'ayons pas été invité à participer à la consultation sur le contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale « Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements (initiative fourrure) » nous nous permettons, en tant qu'organisation faîtière de l'agriculture de Suisse romande, de vous transmettre ci-après notre position.

Si nous nous opposons à l'importation, le transit ou le commerce de produits de pelleterie dont la fabrication a enfreint le droit suisse, notamment en matière de protection des animaux et bien-être animal, nous estimons cependant que la proposition de contre-projet du Conseil fédéral doit être corrigée.

En effet, ce projet va plus loin que l'initiative elle-même et de nouvelles interdictions sont ancrées dans la loi sans pour autant tenir compte des exceptions nécessaires pour les produits de pelleterie provenant de la chasse et d'élevages d'animaux de rente et de loisirs indigènes. De plus, aucune définition de la fourrure et des produits en fourrure n'est donnée.

Aussi, AGORA appelle à ce que le contre-projet indirect se limite aux produits de pelleterie d'origine étrangère. Les produits de pelleterie issus de la production agricole ou de la chasse indigène doivent être explicitement exclus.

Nous vous remercions d'avance de prendre en considération les remarques ci-avant et vous transmettons, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

Christophe Longchamp  
Président

Loïc Bardet  
Directeur



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 14c	Voir ci-avant.	Les produits de pelletterie provenant de la production agricole suisse ou de la chasse indigène ne sont pas soumis aux articles 14, 14a et 14b.

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Arbeitskreis Kirche und Tiere  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AKUT  
Adresse, Ort : c/o ref. Kirche Witikon, Witikonerstrasse 286, 8053 Zürich  
Kontaktperson : Eveline Schneider Kayasseh  
Telefon : 0416103231  
E-Mail : [eveline.schneider@akut-ch.ch](mailto:eveline.schneider@akut-ch.ch)  
Datum : 21.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmung des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

	<p>Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).</p> <p>In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAHA in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien <a href="#">Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023</a>; <a href="#">Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020</a>; <a href="#">Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not</a></p>	
--	---	--

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fallen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben ["Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht \[TIR\] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen \[BLV\] vom 30. Juli 2024](#)).

Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : ANIMAE

Sigle entreprise / organisation / service :  ANIMAE

Adresse, lieu : Av de Montchoisi 25, 1006 Lausanne

Interlocuteur : Christine Mayor

Téléphone : 078/6998169

Courriel : [animaesuisse@gmail.com](mailto:animaesuisse@gmail.com)

Date : 21.11.24

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au format Word d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

L'introduction prévue d'une interdiction d'importation des produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels doit être vivement saluée sur le principe. Les méthodes courantes de production de la fourrure sont liées à d'immenses souffrances pour les animaux concernés. C'est pour cette raison que la protection des animaux demande depuis de nombreuses années une telle interdiction. Seule une interdiction d'importation permettrait d'éviter que la demande intérieure ne favorise à l'étranger des formes de production de fourrure clairement rejetées par une grande partie de la population suisse. En outre, deux avis de droit démontrent qu'une telle interdiction d'importation est également compatible avec les engagements commerciaux internationaux de la Suisse (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 4, Zurich/Bâle/Genève 2011 ; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 16, Zurich/Bâle/Genève 2017).

Il convient également de saluer le fait que le présent contre-projet prévoit, outre l'interdiction d'importation, une interdiction de commerce pour les produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels. Une telle interdiction constituerait un complément judiciaire et logique à l'interdiction d'importation et contribuerait de manière déterminante à une réglementation cohérente du commerce des produits de la pelleterie. Il en va de même pour la disposition prévue concernant la procédure en cas de soupçon de produits de la pelleterie importés ou commercialisés illégalement, qui créerait les conditions nécessaires à une mise en œuvre conséquente des nouvelles prescriptions.

Il est néanmoins inacceptable du point de vue de la protection animale que, selon le rapport explicatif relatif au contre-projet indirect à l'initiative contre la fourrure ainsi que le rapport explicatif relatif aux adaptations prévues de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, l'interdiction ne s'étende pas aux fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion. Une telle conception ou mise en œuvre de la mesure serait en diamétrale opposition au but qu'elle poursuit et ne serait en aucun cas justifiable d'un point de vue objectif (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous de l'adaptation prévue de l'art. 14).

Il convient également de critiquer le fait que le rapport explicatif contient plusieurs explications trompeuses ou imprécises quant à la compatibilité de l'initiative contre la fourrure avec les engagements commerciaux internationaux. Il est par exemple affirmé au point 4.4 qu'une différence de traitement entre des produits en raison d'une méthode de production qui ne se reflète pas dans les caractéristiques physiques du produit et pour laquelle le droit national est pris comme référence constitue une violation des obligations du droit commercial et contrevient notamment à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT). En réalité, le fait que le droit propre ou une norme internationale soit pris comme référence pour déterminer si une telle différence de traitement constitue ou non une violation des obligations du droit commercial ne joue aucun rôle. Selon l'opinion dominante, une telle différence de traitement devrait d'une manière générale violer les obligations du droit commercial, indépendamment de la loi sur laquelle la distinction est fondée. Une telle violation est toutefois justifiable dans certaines conditions. Dans ce contexte, l'art. XX(a) du GATT est particulièrement pertinent. En effet, son applicabilité ne dépend pas non plus du fait que le critère de distinction se fonde sur le droit national ou international (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous concernant l'adaptation prévue de l'art. 14 LPA).

Le Conseil fédéral considère par ailleurs au point 4.4, sans apporter de justification précise, que l'initiative ne remplit pas les exigences élevées en matière d'exceptions justifiant des violations fondamentales du GATT. Une déclaration aussi importante a le potentiel d'influencer considérablement l'opinion du

Parlement et de la population sur l'initiative. Il serait donc impératif de fournir une justification détaillée. Enfin, le point 5 précise que l'initiative « pose problème du point de vue du droit commercial et n'est donc pas compatible avec les engagements internationaux de la Suisse ». Le fait que l'initiative pose problème du point de vue du droit commercial n'implique toutefois pas automatiquement qu'elle soit incompatible avec les engagements internationaux de la Suisse. Une mesure peut tout à fait être problématique du point de vue du droit commercial du fait qu'elle viole une disposition particulière du GATT, mais être couverte par une disposition d'exclusion (telle que celle de l'art. XX(a) du GATT) et être donc conforme aux obligations du droit commercial de la Suisse.

Les imprécisions mentionnées donnent l'impression d'une intention qui serait d'influencer les lectrices et lecteurs dans une certaine direction. Il serait pourtant souhaitable que le peuple et le Parlement soient informés de manière objective et neutre sur le contexte juridique de l'initiative contre la fourrure.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)								
14	<p><b>Orientation sur les principes directeurs de l'OMSA</b></p> <p>Selon l'art. 14, al. 3, du présent projet, la fourrure et les produits de la pelleterie doivent être considérés comme fabriqués en infligeant des traitements cruels aux animaux lorsque le bien-être de ces animaux a été gravement altéré. Le rapport explicatif justifie cette disposition par le fait que les principes directeurs de l'OMSA en matière de bien-être des animaux – notamment l'absence de douleur, de lésions et de maladie et l'absence de peur et de détresse – devraient être déterminants pour définir ce que sont les traitements cruels infligés aux animaux et que la définition des « libertés » selon l'OMSA correspond à peu près à celle du « bien-être » selon l'art. 3, let. b, LPA (p. 8). La raison pour laquelle, selon la présente proposition, seules les altérations <i>fortes</i> du bien-être des animaux sont considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux n'est toutefois pas claire. Les « libertés » selon l'OMSA se réfèrent d'une manière générale à la douleur, à la peur, etc., sans que des exigences particulières soient posées quant à l'intensité des différentes atteintes. Si la définition de ce qui est considéré comme « traitements cruels infligés aux animaux » devait effectivement s'orienter sur les principes directeurs de l'OMSA, toute atteinte au bien-être devrait donc logiquement être considérée comme un traitement cruel.</p>	<p><b>Proposition de modification (texte)</b></p> <p>2 Sont interdits :</p> <p>a. l'importation, le transit et le commerce de fourrures et de produits de la pelleterie fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels <b>fabriqués selon des méthodes infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 ET fabriqués à partir d'animaux ayant été détenus et mis à mort d'une façon contraire à l'Ordonnance fédérale sur la protection des animaux, soit notamment :</b></p> <p><b>OPAN</b></p> <table border="1"><tbody><tr><td data-bbox="960 683 1024 817"><b>3</b></td><td data-bbox="960 161 1024 683"><b>Détention conforme aux besoins des animaux</b></td></tr><tr><td data-bbox="1024 683 1061 817"><b>4</b></td><td data-bbox="1024 161 1061 683"><b>Alimentation</b></td></tr><tr><td data-bbox="1061 683 1161 817"><b>5/3</b></td><td data-bbox="1061 161 1161 683"><b>Le comportement de soins corporels propres à l'espèce ne doit pas être limité inutilement par la détention (...)</b></td></tr><tr><td data-bbox="1161 683 1232 817"><b>6</b></td><td data-bbox="1161 161 1232 683"><b>Protection contre les conditions météorologiques</b></td></tr></tbody></table>	<b>3</b>	<b>Détention conforme aux besoins des animaux</b>	<b>4</b>	<b>Alimentation</b>	<b>5/3</b>	<b>Le comportement de soins corporels propres à l'espèce ne doit pas être limité inutilement par la détention (...)</b>	<b>6</b>	<b>Protection contre les conditions météorologiques</b>
<b>3</b>	<b>Détention conforme aux besoins des animaux</b>									
<b>4</b>	<b>Alimentation</b>									
<b>5/3</b>	<b>Le comportement de soins corporels propres à l'espèce ne doit pas être limité inutilement par la détention (...)</b>									
<b>6</b>	<b>Protection contre les conditions météorologiques</b>									

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

7/1	<p>Logements, enclos, sols doivent être construits et équipés de façon à ce que le risque de blessure soit faible, les animaux ne soient pas atteints dans leur santé (...)</p>	<p>Du point de vue juridique, il serait de toute manière malvenu d'ajouter une définition supplémentaire des traitements cruels infligés aux animaux dans la LPA, dont l'article 26 définit déjà les comportements considérés comme des traitements cruels infligés aux animaux. Cela aurait pour conséquence que la notion de traitements cruels infligés aux animaux serait définie de manière différente au sein du même acte législatif. Il serait donc beaucoup plus cohérent que l'art. 14 LPA renvoie à l'art. 26 LPA pour la définition de « traitements cruels infligés aux animaux ». Cette solution n'irait pas plus loin que celle actuellement prévue, car les formes de production de fourrure qui doivent être considérées comme infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 LPA devraient pratiquement toujours constituer également une violation des principes directeurs de l'OMSA.</p>
7/2	<p>Espace suffisant pour que les animaux puissent y exprimer les besoins propres à leur espèce</p>	
7/3	<p>La nature des sols ne doit pas présenter de risque pour la santé des animaux</p>	
8/1	<p>Couches (...) conçus de façon à ne pas blesser l'animal (...) + possibilité de se reposer, se lever de la manière propre à l'espèce</p>	
9	<p>Détention en groupe, tenir compte des besoins de chaque espèce, possibilité de retraite (...)</p>	
11/1	<p>Climat adapté aux animaux</p>	
12	<p>Bruit excessif</p>	
13	<p>Espèces sociables : contact avec des congénères</p>	
16/1	<p>Interdiction de maltraiter, négliger ou surmener inutilement les animaux</p>	
16/2a	<p>Interdiction de mettre à mort de façon cruelle</p>	
25/1	<p>L'élevage doit viser à obtenir des animaux en bonne santé (...)</p>	
65	<p>Enclos pour lapins</p>	
177	<p>Conditions posées aux personnes qui mettent à mort un animal</p>	
178	<p>Étourdissement obligatoire (sauf à la chasse ou animaux nuisibles)</p>	
179	<p>Méthodes de mise à mort</p>	

Selon le rapport explicatif relatif au contre-projet, le fait de s'orienter aux principes directeurs de l'OMSA s'explique par le fait que ceux-ci bénéficient d'un large soutien international et correspondent aux attentes de la société en matière de bien-être animal, raison pour laquelle les partenaires commerciaux les accepteraient plus facilement comme référence pour l'interdiction d'importation que la législation suisse sur la protection des animaux (p. 7 s.). Il convient tout d'abord de noter à cet égard que les attentes sociales de la *population suisse* en matière de bien-être animal – et ce sont ces attentes qui importent en l'espèce, notamment en ce qui concerne la conformité de la mesure avec le GATT (voir les informations à ce sujet ci-dessous) – se reflètent en premier lieu dans la LPA suisse. En outre, il est fortement discutable que la réglementation telle que proposée à l'art. 14, al. 3, LPA soit effectivement mieux acceptée par les partenaires commerciaux qu'une référence à l'art. 26 LPA. En effet, même s'il est précisé dans le rapport explicatif que l'expression « traitements cruels infligés aux animaux » doit être définie comme une violation des principes directeurs de l'OMSA, le texte de loi prévu fait référence à la notion de bien-être au sens de l'art. 3, let. b, LPA. Le fait que les lignes directrices de l'OMSA doivent servir de référence ne ressort donc pas du texte de loi lui-même mais seulement des explications. Par conséquent, le fait de se référer à l'art. 3, let. b, LPA ou à l'art. 26 LPA pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux » ne devrait guère faire de différence du point de vue de l'acceptation par les partenaires commerciaux. Enfin, même en cas de renvoi à l'art. 26 LPA dans les explications ou – en ce qui concerne le projet définitif

soumis au Parlement – dans le message, il pourrait être mentionné que les infractions correspondantes devraient pratiquement toujours constituer des violations des principes directeurs de l'OMSA.

### **Compatibilité avec les engagements commerciaux internationaux**

En fin de compte, la conformité juridique de la mesure est davantage décisive que son acceptation par les partenaires commerciaux. Il n'est pas nécessaire pour cela de recourir aux principes directeurs de l'OMSA. Comme mentionné dans les explications, les accords internationaux pertinents dans le présent contexte – en particulier le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE – autorisent l'adoption de mesures commerciales restrictives nécessaires à la protection de la moralité publique. Les organes de règlement des différends de l'OMC ont souligné à plusieurs reprises la nécessité d'accorder aux États membres une certaine marge de manœuvre dans l'interprétation de la notion de « moralité publique » pour leur permettre de la définir et de l'appliquer conformément à leurs propres valeurs (voir par exemple Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff. ; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759 ; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). En ce qui concerne la conformité au droit international de l'interdiction d'importation, il est donc tout à fait possible de se référer à la législation suisse sur la protection des animaux – concrètement à l'art. 26 LPA – pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux ».

En outre, il convient de noter ici que, contrairement à ce qui est dit dans le rapport explicatif, l'accord sur l'agriculture avec l'UE ne s'applique pas de manière générale aux fourrures, selon l'avis présenté ici. Conformément à l'art. 1, ch. 2 de l'accord, seuls les produits des chapitres 1 à 24 du système harmonisé de désignation et de codification des marchandises sont considérés comme des « produits agricoles ». Or les produits de la pelletterie relèvent du chapitre 43. Seul le champ d'application de l'annexe 11 de l'accord s'étend aux fourrures en vertu de l'art. 5, ch. 2. L'article 8 de l'Annexe 11 précise toutefois que les dispositions du Titre II de l'Annexe 11 (Commerce des produits animaux) n'affectent pas les droits et obligations des parties découlant de l'accord de l'OMC et de ses annexes. Par

**3. On considère que les fourrures et les produits de la pelletterie sont fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels si, pour les fabriquer, le bien-être des animaux a été fortement altéré. Le Conseil fédéral détermine les méthodes de fabrication qui sont considérées dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux.**

	<p>conséquent, les observations formulées ci-dessus en lien avec le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE concernant les mesures commerciales restrictives visant à protéger la moralité publique s'appliquent également à l'annexe 11 de l'accord sur l'agriculture.</p> <p><b>Exemples concrets de formes de production de fourrures réprochées</b></p> <p>Comme nous l'avons déjà expliqué dans notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, indépendamment du fait que la définition de la notion de « traitements cruels infligés aux animaux » renvoie à l'art. 26 LPA, à l'art. 3, let. b, LPA ou aux principes directeurs de l'OMSA, il convient, dans un souci de clarté, de citer dans le texte de l'ordonnance quelques exemples de modes de détention et de chasse considérés dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux. Selon les explications, l'interdiction d'importation s'applique par exemple à la détention dans des cages à sol grillagé et à la chasse avec des pièges à mâchoires ou à collets, mais pas à la chasse avec des pièges à percussion (p. 8). Toutefois, ce champ d'application est nettement trop étroit.</p> <p>Contrairement aux affirmations régulières du secteur de la fourrure, les cages avec sol grillagé doivent toujours être considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (voir par ex. <u>Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink (Neovison vison) : Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667</u>, qui, dans le cadre d'une étude pour laquelle 1159 visons ont été examinés après leur abattage dans quatre exploitations à fourrure différentes au Danemark, ont constaté des blessures aux pattes chez 34 à 53 pour cent des animaux, selon l'exploitation). En ce qui concerne l'élevage d'animaux à fourrure, la définition d'un mode de détention infligeant ou n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux ne devrait toutefois pas dépendre uniquement de la nature du sol des cages. Par exemple, la détention d'animaux à fourrure dans des cages offrant des possibilités d'occupation insuffisantes (p. ex. pas de possibilité de se baigner pour les visons ou pas de possibilité de creuser pour les renards) doit être considérée comme des traitements cruels même si les cages possèdent un sol plein. À notre connaissance, les cages utilisées actuellement sont presque toujours</p>
--	--

dotées d'un sol en treillis métallique. Il faudrait néanmoins s'assurer que l'interdiction d'importation ne puisse pas être contournée simplement en équipant les sols des cages d'une grille en plastique ou de matériaux solides (matériaux plastiques ou naturels comme le bambou, etc.). On peut certes se demander si le marché suisse est suffisamment grand pour que les éleveurs d'animaux à fourrure aient un intérêt à modifier leurs conditions de détention dans le seul but de pouvoir continuer à livrer leurs produits en Suisse. En Hongrie, par exemple, les lapins sont toutefois déjà élevés dans des cages dotées de grilles en plastique pour la production de viande et l'exportation vers la Suisse. En outre, il serait tout à fait envisageable, comme précisé dans les explications, que la réglementation suisse ait un effet de signal et soit reprise par d'autres États. Il serait donc important que l'interdiction soit plus large et que toutes les formes de détention nettement inférieures aux exigences minimales de la législation suisse sur la protection des animaux concernant la nature et les dimensions des enclos ainsi que l'offre de possibilités d'occupation soient considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (cf. notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, y compris la proposition de formulation correspondante).

Il convient ici de souligner clairement que les labels actuels créés par le secteur de la fourrure, comme Furmark – ou les protocoles WellFur sur lesquels Furmark s'appuie concernant les normes de protection animale à respecter – sont loin de répondre aux exigences d'une production de fourrure n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux. Les protocoles WellFur suggèrent certes qu'un standard élevé de protection des animaux est assuré. En réalité, ces derniers s'orientent uniquement sur le statu quo, c'est-à-dire sur les conditions-cadres très limitées d'une détention industrielle d'animaux à fourrure économiquement viable, qui doivent être qualifiées clairement de traitements cruels infligés aux animaux selon les critères suisses et qui violent aussi gravement les principes directeurs de l'OMSA (voir à ce sujet les informations détaillées et les nombreuses références à des études scientifiques contenues dans [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WellFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#) ; [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WellFur fails to stop the suffering of animals on fur farms.](#)

Amsterdam 2020 ; Humane Society International, Furmark – 10 Reasons why Furmark will not Protect Consumers or Animals, London 2023 ; Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018).

L'intention exprimée dans les explications d'exclure de l'interdiction d'importation les fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion est également très contestable. À notre connaissance, il n'existe pas de pièges à percussion dont le fonctionnement soit suffisamment fiable pour garantir que les animaux soient tués immédiatement ou placés dans un état d'insensibilité et de perte de conscience. Même si de tels pièges étaient disponibles, de nombreux modèles ne garantissant pas une mort rapide des animaux sont actuellement utilisés (voir par exemple Proulx Gilbert/Rodtka Dwright, Killing Traps and Snares in North America : The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals [Basel], 2019 9[8], 570 ; le piège Conibear 120 qui y est mentionné est toujours listé dans les « Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States » comme piège répondant aux critères correspondants et figure également dans la liste des pièges autorisés au Canada). Selon l'Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS), conclu en 1998 entre l'Union européenne, le Canada et la Russie, qui fixe des normes minimales générales pour la capture de 19 espèces de mammifères, les méthodes de mise à mort de nombreuses espèces animales, dont les coyotes ou les rats laveurs, sont déjà considérées comme humaines si au moins 80 pour cent des animaux capturés perdent conscience et sensibilité en cinq minutes (annexe 1, points 3.3 et 3.4 de l'Agreement). Une mort aussi lente n'est pas acceptable du point de vue de la Protection des animaux. Le comité scientifique vétérinaire de la Commission européenne a également conclu que, pour être qualifié d'« humain », un piège mortel doit placer les animaux dans un état d'insensibilité immédiatement ou au moins en quelques secondes et que l'utilisation du terme « humain » dans l'AIHTS n'est donc pas appropriée (voir le point 2.6 de l'Avis du Comité économique et social européen sur la « Proposition de directive du Parlement européen et du Conseil introduisant des normes de piégeage sans cruauté pour certaines espèces animales » du 16 décembre 2004 [Journal officiel de l'Union européenne 2005/C 157/11]). La chasse avec des pièges à percussion est donc clairement contraire aux principes directeurs de l'OMSA. Selon la législation suisse, l'utilisation de

pièges à percussion serait à considérer comme une mise à mort cruelle – au moins une tentative, éventuellement intentionnelle – au sens de l'art. 26 al. 1 let. b LPA, en raison de leur manque de fiabilité quant au déclenchement d'un état immédiat de perte de conscience. En outre, ces pièges présentent un risque élevé de prises accidentelles, ce qui rend leur utilisation particulièrement préoccupante du point de vue de la protection des espèces. En conséquence, leur utilisation est expressément interdite par la législation suisse sur la chasse (art. 2 al. 1, let. a, OChP). En raison de la mort souvent douloureuse des animaux et de l'absence de spécificité mentionnée concernant les espèces capturées, la décision du Conseil fédéral de classer la chasse au moyen de pièges à percussion comme méthode n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux n'est pas compréhensible. Il faudrait plutôt – sur le modèle de la réglementation actuelle de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures (art. 5 al. 2 let. a) – que la chasse avec des pièges, non autorisée en Suisse, soit expressément mentionnée dans l'OITE-PT et l'OITE-UE comme exemple de méthode de production infligeant de traitements cruels aux animaux (sur ce point, voir aussi la lettre « Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen » des organisations Stiftung für das Tier im Recht [TIR] et QUATRE PATTES – Fondation pour la protection des animaux à l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires [OSAV] du 30 juillet 2024).

Il convient également de critiquer la formulation très euphémique des explications, selon laquelle les animaux pénètrent « de leur plein gré » dans les pièges à percussion, « où ils sont immédiatement mis à mort conformément aux règles définies pour leur espèce ». Outre le fait que l'on ne peut parler de « plein gré » que lorsque l'animal sait à quoi s'attendre, mais pas dans le cas d'une embuscade, il semble cynique d'utiliser l'expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » pour décrire l'abattage des animaux. Comme il est évident que les intérêts des animaux sont diamétralement opposés lorsqu'ils sont abattus par un piège, l'expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » est manifestement totalement déplacée dans le présent contexte.

	<p><b>Dérogations pour des fins non commerciales (al. 4)</b></p> <p>Il est compréhensible que, pour des raisons de proportionnalité, des dérogations soient prévues pour des fins non commerciales. Toutefois, la dérogation incluse dans les adaptations de l'OITE-PT et de l'OITE-UE pour le transport à des fins personnelles a pour résultat fâcheux de permettre le contournement de l'interdiction par l'achat de produits de la pelleterie dans les pays limitrophes. Il serait donc souhaitable que les dérogations soient formulées de manière à ce que de tels actes de contournement ne soient pas possibles.</p>	
14b	<p>Al. 1 : La formulation de la lettre a est problématique ; en effet, contrairement à la lettre b, elle ne se réfère pas directement à la méthode de production mais à l'origine de la fourrure ou du produit de la pelleterie. Toutefois, nulle part n'est défini ce qu'il faut entendre exactement par « provenir d'un pays ». Il n'est par exemple pas clair si un produit de la pelleterie provient de Grande-Bretagne ou du Danemark lorsqu'il a été transformé en Grande-Bretagne mais que l'animal duquel la fourrure est composée a été élevé et tué au Danemark. La formulation devrait indiquer clairement que la réglementation se réfère au pays dans lequel l'animal a été élevé, détenu et tué ou chassé.</p> <p>L'art. 7 de l'ordonnance agricole sur la déclaration (OAgRD) prévoit en outre que les pays ne doivent pas seulement disposer d'une interdiction légale des formes de production à déclarer selon l'OAgRD, mais aussi d'un programme de surveillance correspondant pour pouvoir être inscrits sur la liste des pays selon l'OAgRD. Il devrait en être de même pour la liste de pays prévue ici pour l'interdiction d'importations de la fourrure ; il ne suffit pas qu'un pays interdise les méthodes de production concernées sur le papier, il doit également garantir la mise en œuvre de l'interdiction.</p>	<p><sup>1</sup> La preuve que les fourrures ou les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux qui n'ont pas subi de traitements cruels est fournie :</p> <p>a. <del>e-ils-proviennent-d'un-pays-qui-interdit-la-fabrication-de-fourrures-et-de-produits-de-la-pelleterie-à-partir-d'animaux-ayant-subi-des-traitements-cruels,-ou-s'ils-proviennent-d'animaux-élevés,-détenus-et-tués-ou-chassés-dans-un-pays-dont-la-législation-interdit-les-méthodes-visées-à-l'article-14-al.2-let.a-pour-la-production-de-fourrures-et-qui-dispose-d'un-programme-de-surveillance-correspondant-;ou</del></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Animal Rights Switzerland  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Bahnhaldenstrasse 5, 8052 Zürich  
Kontaktperson : Céline Schlegel (Geschäftsleiterin)  
Telefon : 079 816 59 75  
E-Mail : celine.schlegel@animal-rights-switzerland.ch  
Datum : 05.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not](#)

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

	<p>aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>).</p> <p>Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.</p>	
--	--	--

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Animal Trust – Stiftung für Tiere  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AT  
Adresse, Ort : Beethovenstrasse 7, 8002 Zürich  
Kontaktperson : Katharina Büttiker  
Telefon : 079 349 58 33  
E-Mail : [info@animaltrust.ch](mailto:info@animaltrust.ch)  
Datum : 20.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

	<p>Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).</p> <p>In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien <a href="#">Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023</a>; <a href="#">Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020</a>; <a href="#">Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not</a></p>	
--	---	--

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben ["Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht \[TIR\] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen \[BLV\] vom 30. Juli 2024](#)).

Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service :  
Sigle entreprise / organisation / service :  
Adresse, lieu :  
Interlocuteur : [REDACTED], Fondatrice et Présidente  
Téléphone :  
Courriel :  
Date :

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

L'introduction prévue d'une interdiction d'importation des produits de la pelletterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels doit être vivement saluée sur le principe. Les méthodes courantes de production de la fourrure sont liées à d'immenses souffrances pour les animaux concernés. C'est pour cette raison que la protection des animaux demande depuis de nombreuses années une telle interdiction. Seule une interdiction d'importation permettrait d'éviter que la demande intérieure ne favorise à l'étranger des formes de production de fourrure clairement rejetées par une grande partie de la population suisse. En outre, deux avis de droit démontrent qu'une telle interdiction d'importation est également compatible avec les engagements commerciaux internationaux de la Suisse (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 4, Zurich/Bâle/Genève 2011 ; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 16, Zurich/Bâle/Genève 2017).

Il convient également de saluer le fait que le présent contre-projet prévoit, outre l'interdiction d'importation, une interdiction de commerce pour les produits de la pelletterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels. Une telle interdiction constituerait un complément judicieux et logique à l'interdiction d'importation et contribuerait de manière déterminante à une réglementation cohérente du commerce des produits de la pelletterie. Il en va de même pour la disposition prévue concernant la procédure en cas de soupçon de produits de la pelletterie importés ou commercialisés illégalement, qui créerait les conditions nécessaires à une mise en œuvre conséquente des nouvelles prescriptions.

Il est néanmoins inacceptable du point de vue de la protection animale que, selon le rapport explicatif relatif au contre-projet indirect à l'initiative contre la fourrure ainsi que le rapport explicatif relatif aux adaptations prévues de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, l'interdiction ne s'étende pas aux fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion. Une telle conception ou mise en œuvre de la mesure serait en diamétrale opposition au but qu'elle poursuit et ne serait en aucun cas justifiable d'un point de vue objectif (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous de l'adaptation prévue de l'art. 14).

Il convient également de critiquer le fait que le rapport explicatif contient plusieurs explications trompeuses ou imprécises quant à la compatibilité de l'initiative contre la fourrure avec les engagements commerciaux internationaux. Il est par exemple affirmé au point 4.4 qu'une différence de traitement entre des produits en raison d'une méthode de production qui ne se reflète pas dans les caractéristiques physiques du produit *et pour laquelle le droit national est pris comme référence* constitue une violation des obligations du droit commercial et contrevient notamment à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT). En réalité, le fait que le droit propre ou une norme internationale soit pris comme référence pour déterminer si une telle différence de traitement constitue ou non une violation des obligations du droit commercial ne joue aucun rôle. Selon l'opinion dominante, une telle différence de traitement devrait d'une manière générale violer les obligations du droit commercial, indépendamment de la loi sur laquelle la distinction est fondée. Une telle violation est toutefois justifiable dans certaines conditions. Dans ce contexte, l'art. XX(a) du GATT est particulièrement pertinent. En effet, son applicabilité ne dépend pas non plus du fait que le critère de distinction se fonde sur le droit national ou international (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous concernant l'adaptation prévue de l'art. 14 LPA).

Le Conseil fédéral considère par ailleurs au point 4.4, sans apporter de justification précise, que l'initiative ne remplit pas les exigences élevées en matière d'exceptions justifiant des violations fondamentales du GATT. Une déclaration aussi importante a le potentiel d'influencer considérablement l'opinion du

Parlement et de la population sur l'initiative. Il serait donc impératif de fournir une justification détaillée. Enfin, le point 5 précise que l'initiative « pose problème du point de vue du droit commercial et n'est donc pas compatible avec les engagements internationaux de la Suisse ». Le fait que l'initiative pose problème du point de vue du droit commercial n'implique toutefois pas automatiquement qu'elle soit incompatible avec les engagements internationaux de la Suisse. Une mesure peut tout à fait être problématique du point de vue du droit commercial du fait qu'elle viole une disposition particulière du GATT, mais être couverte par une disposition d'exclusion (telle que celle de l'art. XX(a) du GATT) et être donc conforme aux obligations du droit commercial de la Suisse.

Les imprécisions mentionnées donnent l'impression d'une intention qui serait d'influencer les lectrices et lecteurs dans une certaine direction. Il serait pourtant souhaitable que le peuple et le Parlement soient informés de manière objective et neutre sur le contexte juridique de l'initiative contre la fourrure.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
14	<p><b>Orientation sur les principes directeurs de l'OMSA</b></p> <p>Selon l'art. 14, al. 3, du présent projet, la fourrure et les produits de la pelleterie doivent être considérés comme fabriqués en infligeant des traitements cruels aux animaux lorsque le bien-être de ces animaux a été gravement altéré. Le rapport explicatif justifie cette disposition par le fait que les principes directeurs de l'OMSA en matière de bien-être des animaux – notamment l'absence de douleur, de lésions et de maladie et l'absence de peur et de détresse – devraient être déterminants pour définir ce que sont les traitements cruels infligés aux animaux et que la définition des « libertés » selon l'OMSA correspond à peu près à celle du « bien-être » selon l'art. 3, let. b, LPA (p. 8). La raison pour laquelle, selon la présente proposition, seules les altérations <i>fortes</i> du bien-être des animaux sont considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux n'est toutefois pas claire. Les « libertés » selon l'OMSA se réfèrent d'une manière générale à la douleur, à la peur, etc., sans que des exigences particulières soient posées quant à l'intensité des différentes atteintes. Si la définition de ce qui est considéré comme « traitements cruels infligés aux animaux » devait effectivement s'orienter sur les principes directeurs de l'OMSA, toute atteinte au bien-être devrait donc logiquement être considérée comme un traitement cruel.</p>	<p><sup>2</sup> Sont interdits :</p> <p>a. l'importation, le transit et le commerce de fourrures et de produits de la pelleterie <del>fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels</del> <b>fabriqués selon des méthodes infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 ;</b></p> <p><sup>3</sup> <del>On considère que les fourrures et les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels si, pour les fabriquer, le bien-être des animaux a été fortement altéré.</del> <b>Le Conseil fédéral détermine les méthodes de fabrication qui sont considérées dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux.</b></p>

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>Du point de vue juridique, il serait de toute manière malvenu d'ajouter une définition supplémentaire des traitements cruels infligés aux animaux dans la LPA, dont l'article 26 définit déjà les comportements considérés comme des traitements cruels infligés aux animaux. Cela aurait pour conséquence que la notion de traitements cruels infligés aux animaux serait définie de manière différente au sein du même acte législatif. Il serait donc beaucoup plus cohérent que l'art. 14 LPA renvoie à l'art. 26 LPA pour la définition de « traitements cruels infligés aux animaux ». Cette solution n'irait pas plus loin que celle actuellement prévue, car les formes de production de fourrure qui doivent être considérées comme infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 LPA devraient pratiquement toujours constituer également une violation des principes directeurs de l'OMSA.</p> <p>Selon le rapport explicatif relatif au contre-projet, le fait de s'orienter aux principes directeurs de l'OMSA s'explique par le fait que ceux-ci bénéficient d'un large soutien international et correspondent aux attentes de la société en matière de bien-être animal, raison pour laquelle les partenaires commerciaux les accepteraient plus facilement comme référence pour l'interdiction d'importation que la législation suisse sur la protection des animaux (p. 7 s.). Il convient tout d'abord de noter à cet égard que les attentes sociales de la <i>population suisse</i> en matière de bien-être animal – et ce sont ces attentes qui importent en l'espèce, notamment en ce qui concerne la conformité de la mesure avec le GATT (voir les informations à ce sujet ci-dessous) – se reflètent en premier lieu dans la LPA suisse. En outre, il est fortement discutable que la réglementation telle que proposée à l'art. 14, al. 3, LPA soit effectivement mieux acceptée par les partenaires commerciaux qu'une référence à l'art. 26 LPA. En effet, même s'il est précisé dans le rapport explicatif que l'expression « traitements cruels infligés aux animaux » doit être définie comme une violation des principes directeurs de l'OMSA, le texte de loi prévu fait référence à la notion de bien-être au sens de l'art. 3, let. b, LPA. Le fait que les lignes directrices de l'OMSA doivent servir de référence ne ressort donc pas du texte de loi lui-même mais seulement des explications. Par conséquent, le fait de se référer à l'art. 3, let. b, LPA ou à l'art. 26 LPA pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux » ne devrait guère faire de différence du point de vue de l'acceptation par les partenaires commerciaux. Enfin, même en cas de renvoi à l'art. 26 LPA dans les explications ou – en ce qui concerne le projet définitif</p>	
--	--	--

soumis au Parlement – dans le message, il pourrait être mentionné que les infractions correspondantes devraient pratiquement toujours constituer des violations des principes directeurs de l'OMSA.

### **Compatibilité avec les engagements commerciaux internationaux**

En fin de compte, la conformité juridique de la mesure est davantage décisive que son acceptation par les partenaires commerciaux. Il n'est pas nécessaire pour cela de recourir aux principes directeurs de l'OMSA. Comme mentionné dans les explications, les accords internationaux pertinents dans le présent contexte – en particulier le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE – autorisent l'adoption de mesures commerciales restrictives nécessaires à la protection de la moralité publique. Les organes de règlement des différends de l'OMC ont souligné à plusieurs reprises la nécessité d'accorder aux États membres une certaine marge de manœuvre dans l'interprétation de la notion de « moralité publique » pour leur permettre de la définir et de l'appliquer conformément à leurs propres valeurs (voir par exemple Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff. ; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759 ; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). En ce qui concerne la conformité au droit international de l'interdiction d'importation, il est donc tout à fait possible de se référer à la législation suisse sur la protection des animaux – concrètement à l'art. 26 LPA – pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux ».

En outre, il convient de noter ici que, contrairement à ce qui est dit dans le rapport explicatif, l'accord sur l'agriculture avec l'UE ne s'applique pas de manière générale aux fourrures, selon l'avis présenté ici. Conformément à l'art. 1, ch. 2 de l'accord, seuls les produits des chapitres 1 à 24 du système harmonisé de désignation et de codification des marchandises sont considérés comme des « produits agricoles ». Or les produits de la pelleterie relèvent du chapitre 43. Seul le champ d'application de l'annexe 11 de l'accord s'étend aux fourrures en vertu de l'art. 5, ch. 2. L'article 8 de l'Annexe 11 précise toutefois que les dispositions du Titre II de l'Annexe 11 (Commerce des produits animaux) n'affectent pas les droits et obligations des parties découlant de l'accord de l'OMC et de ses annexes. Par

conséquent, les observations formulées ci-dessus en lien avec le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE concernant les mesures commerciales restrictives visant à protéger la moralité publique s'appliquent également à l'annexe 11 de l'accord sur l'agriculture.

### **Exemples concrets de formes de production de fourrures réprouvées**

Comme nous l'avons déjà expliqué dans notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, indépendamment du fait que la définition de la notion de « traitements cruels infligés aux animaux » renvoie à l'art. 26 LPA, à l'art. 3, let. b, LPA ou aux principes directeurs de l'OMSA, il convient, dans un souci de clarté, de citer dans le texte de l'ordonnance quelques exemples de modes de détention et de chasse considérés dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux. Selon les explications, l'interdiction d'importation s'applique par exemple à la détention dans des cages à sol grillagé et à la chasse avec des pièges à mâchoires ou à collets, mais pas à la chasse avec des pièges à percussion (p. 8). Toutefois, ce champ d'application est nettement trop étroit.

Contrairement aux affirmations régulières du secteur de la fourrure, les cages avec sol grillagé doivent toujours être considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (voir par ex. Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink (Neovison vison) : Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667, qui, dans le cadre d'une étude pour laquelle 1159 visons ont été examinés après leur abattage dans quatre exploitations à fourrure différentes au Danemark, ont constaté des blessures aux pattes chez 34 à 53 pour cent des animaux, selon l'exploitation). En ce qui concerne l'élevage d'animaux à fourrure, la définition d'un mode de détention infligeant ou n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux ne devrait toutefois pas dépendre uniquement de la nature du sol des cages. Par exemple, la détention d'animaux à fourrure dans des cages offrant des possibilités d'occupation insuffisantes (p. ex. pas de possibilité de se baigner pour les visons ou pas de possibilité de creuser pour les renards) doit être considérée comme des traitements cruels même si les cages possèdent un sol plein. À notre connaissance, les cages utilisées actuellement sont presque toujours

dotées d'un sol en treillis métallique. Il faudrait néanmoins s'assurer que l'interdiction d'importation ne puisse pas être contournée simplement en équipant les sols des cages d'une grille en plastique ou de matériaux solides (matériaux plastiques ou naturels comme le bambou, etc.). On peut certes se demander si le marché suisse est suffisamment grand pour que les éleveurs d'animaux à fourrure aient un intérêt à modifier leurs conditions de détention dans le seul but de pouvoir continuer à livrer leurs produits en Suisse. En Hongrie, par exemple, les lapins sont toutefois déjà élevés dans des cages dotées de grilles en plastique pour la production de viande et l'exportation vers la Suisse. En outre, il serait tout à fait envisageable, comme précisé dans les explications, que la réglementation suisse ait un effet de signal et soit reprise par d'autres États. Il serait donc important que l'interdiction soit plus large et que toutes les formes de détention nettement inférieures aux exigences minimales de la législation suisse sur la protection des animaux concernant la nature et les dimensions des enclos ainsi que l'offre de possibilités d'occupation soient considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (cf. notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, y compris la proposition de formulation correspondante).

Il convient ici de souligner clairement que les labels actuels créés par le secteur de la fourrure, comme Furmark – ou les protocoles WelFur sur lesquels Furmark s'appuie concernant les normes de protection animale à respecter – sont loin de répondre aux exigences d'une production de fourrure n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux. Les protocoles WelFur suggèrent certes qu'un standard élevé de protection des animaux est assuré. En réalité, ces derniers s'orientent uniquement sur le statu quo, c'est-à-dire sur les conditions-cadres très limitées d'une détention industrielle d'animaux à fourrure économiquement viable, qui doivent être qualifiées clairement de traitements cruels infligés aux animaux selon les critères suisses et qui violent aussi gravement les principes directeurs de l'OMSA (voir à ce sujet les informations détaillées et les nombreuses références à des études scientifiques contenues dans Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023 ; Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms,

Amsterdam 2020 ; Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not Protect Consumers or Animals, London 2023 ; Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018).

L'intention exprimée dans les explications d'exclure de l'interdiction d'importation les fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion est également très contestable. À notre connaissance, il n'existe pas de pièges à percussion dont le fonctionnement soit suffisamment fiable pour garantir que les animaux soient tués immédiatement ou placés dans un état d'insensibilité et de perte de conscience. Même si de tels pièges étaient disponibles, de nombreux modèles ne garantissant pas une mort rapide des animaux sont actuellement utilisés (voir par exemple Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America : The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals [Basel], 2019 9[8], 570 ; le piège Conibear 120 qui y est mentionné est toujours listé dans les « Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States » comme piège répondant aux critères correspondants et figure également dans la liste des pièges autorisés au Canada). Selon l'Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS), conclu en 1998 entre l'Union européenne, le Canada et la Russie, qui fixe des normes minimales générales pour la capture de 19 espèces de mammifères, les méthodes de mise à mort de nombreuses espèces animales, dont les coyotes ou les rats laveurs, sont déjà considérées comme humaines si au moins 80 pour cent des animaux capturés perdent conscience et sensibilité en cinq minutes (annexe 1, points 3.3 et 3.4 de l'Agreement). Une mort aussi lente n'est pas acceptable du point de vue de la Protection des animaux. Le comité scientifique vétérinaire de la Commission européenne a également conclu que, pour être qualifié d'« humain », un piège mortel doit placer les animaux dans un état d'insensibilité immédiatement ou au moins en quelques secondes et que l'utilisation du terme « humain » dans l'AIHTS n'est donc pas appropriée (voir le point 2.6 de l'Avis du Comité économique et social européen sur la « Proposition de directive du Parlement européen et du Conseil introduisant des normes de piégeage sans cruauté pour certaines espèces animales » du 16 décembre 2004 [Journal officiel de l'Union européenne 2005/C 157/11]). La chasse avec des pièges à percussion est donc clairement contraire aux principes directeurs de l'OMSA. Selon la législation suisse, l'utilisation de

pièges à percussion serait à considérer comme une mise à mort cruelle – au moins une tentative, éventuellement intentionnelle – au sens de l’art. 26 al. 1 let. b LPA, en raison de leur manque de fiabilité quant au déclenchement d’un état immédiat de perte de conscience. En outre, ces pièges présentent un risque élevé de prises accidentelles, ce qui rend leur utilisation particulièrement préoccupante du point de vue de la protection des espèces. En conséquence, leur utilisation est expressément interdite par la législation suisse sur la chasse (art. 2 al. 1, let. a, OChP). En raison de la mort souvent douloureuse des animaux et de l’absence de spécificité mentionnée concernant les espèces capturées, la décision du Conseil fédéral de classer la chasse au moyen de pièges à percussion comme méthode n’infligeant pas de traitements cruels aux animaux n’est pas compréhensible. Il faudrait plutôt – sur le modèle de la réglementation actuelle de l’ordonnance sur la déclaration des fourrures (art. 5 al. 2 let. a) – que la chasse avec des pièges, non autorisée en Suisse, soit expressément mentionnée dans l’OITE-PT et l’OITE-UE comme exemple de méthode de production infligeant de traitements cruels aux animaux (sur ce point, voir aussi la lettre « Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen » des organisations Stiftung für das Tier im Recht [TIR] et QUATRE PATTES – Fondation pour la protection des animaux à l’Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires [OSAV] du 30 juillet 2024).

Il convient également de critiquer la formulation très euphémique des explications, selon laquelle les animaux pénètrent « de leur plein gré » dans les pièges à percussion, « où ils sont immédiatement mis à mort conformément aux règles définies pour leur espèce ». Outre le fait que l’on ne peut parler de « plein gré » que lorsque l’animal sait à quoi s’attendre, mais pas dans le cas d’une embuscade, il semble cynique d’utiliser l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » pour décrire l’abattage des animaux. Comme il est évident que les intérêts des animaux sont diamétralement opposés lorsqu’ils sont abattus par un piège, l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » est manifestement totalement déplacée dans le présent contexte.

	<p><b>Dérogations pour des fins non commerciales (al. 4)</b></p> <p>Il est compréhensible que, pour des raisons de proportionnalité, des dérogations soient prévues pour des fins non commerciales. Toutefois, la dérogation incluse dans les adaptations de l'OITE-PT et de l'OITE-UE pour le transport à des fins personnelles a pour résultat fâcheux de permettre le contournement de l'interdiction par l'achat de produits de la pelleterie dans les pays limitrophes. Il serait donc souhaitable que les dérogations soient formulées de manière à ce que de tels actes de contournement ne soient pas possibles.</p>	
14b	<p>Al. 1 : La formulation de la lettre a est problématique ; en effet, contrairement à la lettre b, elle ne se réfère pas directement à la méthode de production mais à l'origine de la fourrure ou du produit de la pelleterie. Toutefois, nulle part n'est défini ce qu'il faut entendre exactement par « provenir d'un pays ». Il n'est par exemple pas clair si un produit de la pelleterie provient de Grande-Bretagne ou du Danemark lorsqu'il a été transformé en Grande-Bretagne mais que l'animal duquel la fourrure est composée a été élevé et tué au Danemark. La formulation devrait indiquer clairement que la réglementation se réfère au pays dans lequel l'animal a été élevé, détenu et tué ou chassé.</p> <p>L'art. 7 de l'ordonnance agricole sur la déclaration (OAgRD) prévoit en outre que les pays ne doivent pas seulement disposer d'une interdiction légale des formes de production à déclarer selon l'OAgRD, mais aussi d'un programme de surveillance correspondant pour pouvoir être inscrits sur la liste des pays selon l'OAgRD. Il devrait en être de même pour la liste de pays prévue ici pour l'interdiction d'importations de la fourrure ; il ne suffit pas qu'un pays interdise les méthodes de production concernées sur le papier, il doit également garantir la mise en œuvre de l'interdiction.</p>	<p><sup>1</sup> La preuve que les fourrures ou les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux qui n'ont pas subi de traitements cruels est fournie :</p> <p>a. <del>s'ils proviennent d'un pays qui interdit la fabrication de fourrures et de produits de la pelleterie à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels,</del> ou <b>s'ils proviennent d'animaux élevés, détenus et tués ou chassés dans un pays dont la législation interdit les méthodes visées à l'article 14 al. 2 let. a pour la production de fourrures et qui dispose d'un programme de surveillance correspondant ; ou</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».  
(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : Association La colline aux lapins  
Sigle entreprise / organisation / service : CAL  
Adresse, lieu : Route de l'Aurore 3, 2053 Cernier  
Interlocuteur : Elena Grisafi Favre  
Téléphone : 076 416 56 69  
Courriel : elena.grisafi@greenmail.ch  
Date : 15.11.2024

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

L'introduction prévue d'une interdiction d'importation des produits de la pelletterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels doit être vivement saluée sur le principe. Les méthodes courantes de production de la fourrure sont liées à d'immenses souffrances pour les animaux concernés. C'est pour cette raison que la protection des animaux demande depuis de nombreuses années une telle interdiction. Seule une interdiction d'importation permettrait d'éviter que la demande intérieure ne favorise à l'étranger des formes de production de fourrure clairement rejetées par une grande partie de la population suisse. En outre, deux avis de droit démontrent qu'une telle interdiction d'importation est également compatible avec les engagements commerciaux internationaux de la Suisse (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 4, Zurich/Bâle/Genève 2011 ; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 16, Zurich/Bâle/Genève 2017).

Il convient également de saluer le fait que le présent contre-projet prévoit, outre l'interdiction d'importation, une interdiction de commerce pour les produits de la pelletterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels. Une telle interdiction constituerait un complément judicieux et logique à l'interdiction d'importation et contribuerait de manière déterminante à une réglementation cohérente du commerce des produits de la pelletterie. Il en va de même pour la disposition prévue concernant la procédure en cas de soupçon de produits de la pelletterie importés ou commercialisés illégalement, qui créerait les conditions nécessaires à une mise en œuvre conséquente des nouvelles prescriptions.

Il est néanmoins inacceptable du point de vue de la protection animale que, selon le rapport explicatif relatif au contre-projet indirect à l'initiative contre la fourrure ainsi que le rapport explicatif relatif aux adaptations prévues de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, l'interdiction ne s'étende pas aux fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion. Une telle conception ou mise en œuvre de la mesure serait en diamétrale opposition au but qu'elle poursuit et ne serait en aucun cas justifiable d'un point de vue objectif (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous de l'adaptation prévue de l'art. 14).

Il convient également de critiquer le fait que le rapport explicatif contient plusieurs explications trompeuses ou imprécises quant à la compatibilité de l'initiative contre la fourrure avec les engagements commerciaux internationaux. Il est par exemple affirmé au point 4.4 qu'une différence de traitement entre des produits en raison d'une méthode de production qui ne se reflète pas dans les caractéristiques physiques du produit *et pour laquelle le droit national est pris comme référence* constitue une violation des obligations du droit commercial et contrevient notamment à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT). En réalité, le fait que le droit propre ou une norme internationale soit pris comme référence pour déterminer si une telle différence de traitement constitue ou non une violation des obligations du droit commercial ne joue aucun rôle. Selon l'opinion dominante, une telle différence de traitement devrait d'une manière générale violer les obligations du droit commercial, indépendamment de la loi sur laquelle la distinction est fondée. Une telle violation est toutefois justifiable dans certaines conditions. Dans ce contexte, l'art. XX(a) du GATT est particulièrement pertinent. En effet, son applicabilité ne dépend pas non plus du fait que le critère de distinction se fonde sur le droit national ou international (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous concernant l'adaptation prévue de l'art. 14 LPA).

Le Conseil fédéral considère par ailleurs au point 4.4, sans apporter de justification précise, que l'initiative ne remplit pas les exigences élevées en matière d'exceptions justifiant des violations fondamentales du GATT. Une déclaration aussi importante a le potentiel d'influencer considérablement l'opinion du

Parlement et de la population sur l'initiative. Il serait donc impératif de fournir une justification détaillée. Enfin, le point 5 précise que l'initiative « pose problème du point de vue du droit commercial et n'est donc pas compatible avec les engagements internationaux de la Suisse ». Le fait que l'initiative pose problème du point de vue du droit commercial n'implique toutefois pas automatiquement qu'elle soit incompatible avec les engagements internationaux de la Suisse. Une mesure peut tout à fait être problématique du point de vue du droit commercial du fait qu'elle viole une disposition particulière du GATT, mais être couverte par une disposition d'exclusion (telle que celle de l'art. XX(a) du GATT) et être donc conforme aux obligations du droit commercial de la Suisse.

Les imprécisions mentionnées donnent l'impression d'une intention qui serait d'influencer les lectrices et lecteurs dans une certaine direction. Il serait pourtant souhaitable que le peuple et le Parlement soient informés de manière objective et neutre sur le contexte juridique de l'initiative contre la fourrure.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
14	<p><b>Orientation sur les principes directeurs de l'OMSA</b></p> <p>Selon l'art. 14, al. 3, du présent projet, la fourrure et les produits de la pelleterie doivent être considérés comme fabriqués en infligeant des traitements cruels aux animaux lorsque le bien-être de ces animaux a été gravement altéré. Le rapport explicatif justifie cette disposition par le fait que les principes directeurs de l'OMSA en matière de bien-être des animaux – notamment l'absence de douleur, de lésions et de maladie et l'absence de peur et de détresse – devraient être déterminants pour définir ce que sont les traitements cruels infligés aux animaux et que la définition des « libertés » selon l'OMSA correspond à peu près à celle du « bien-être » selon l'art. 3, let. b, LPA (p. 8). La raison pour laquelle, selon la présente proposition, seules les altérations <i>fortes</i> du bien-être des animaux sont considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux n'est toutefois pas claire. Les « libertés » selon l'OMSA se réfèrent d'une manière générale à la douleur, à la peur, etc., sans que des exigences particulières soient posées quant à l'intensité des différentes atteintes. Si la définition de ce qui est considéré comme « traitements cruels infligés aux animaux » devait effectivement s'orienter sur les principes directeurs de l'OMSA, toute atteinte au bien-être devrait donc logiquement être considérée comme un traitement cruel.</p>	<p><sup>2</sup> Sont interdits :</p> <p>a. l'importation, le transit et le commerce de fourrures et de produits de la pelleterie <del>fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels</del> <b>fabriqués selon des méthodes infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 ;</b></p> <p><sup>3</sup> <del>On considère que les fourrures et les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels si, pour les fabriquer, le bien-être des animaux a été fortement altéré.</del> <b>Le Conseil fédéral détermine les méthodes de fabrication qui sont considérées dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux.</b></p>

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>Du point de vue juridique, il serait de toute manière malvenu d'ajouter une définition supplémentaire des traitements cruels infligés aux animaux dans la LPA, dont l'article 26 définit déjà les comportements considérés comme des traitements cruels infligés aux animaux. Cela aurait pour conséquence que la notion de traitements cruels infligés aux animaux serait définie de manière différente au sein du même acte législatif. Il serait donc beaucoup plus cohérent que l'art. 14 LPA renvoie à l'art. 26 LPA pour la définition de « traitements cruels infligés aux animaux ». Cette solution n'irait pas plus loin que celle actuellement prévue, car les formes de production de fourrure qui doivent être considérées comme infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 LPA devraient pratiquement toujours constituer également une violation des principes directeurs de l'OMSA.</p> <p>Selon le rapport explicatif relatif au contre-projet, le fait de s'orienter aux principes directeurs de l'OMSA s'explique par le fait que ceux-ci bénéficient d'un large soutien international et correspondent aux attentes de la société en matière de bien-être animal, raison pour laquelle les partenaires commerciaux les accepteraient plus facilement comme référence pour l'interdiction d'importation que la législation suisse sur la protection des animaux (p. 7 s.). Il convient tout d'abord de noter à cet égard que les attentes sociales de la <i>population suisse</i> en matière de bien-être animal – et ce sont ces attentes qui importent en l'espèce, notamment en ce qui concerne la conformité de la mesure avec le GATT (voir les informations à ce sujet ci-dessous) – se reflètent en premier lieu dans la LPA suisse. En outre, il est fortement discutable que la réglementation telle que proposée à l'art. 14, al. 3, LPA soit effectivement mieux acceptée par les partenaires commerciaux qu'une référence à l'art. 26 LPA. En effet, même s'il est précisé dans le rapport explicatif que l'expression « traitements cruels infligés aux animaux » doit être définie comme une violation des principes directeurs de l'OMSA, le texte de loi prévu fait référence à la notion de bien-être au sens de l'art. 3, let. b, LPA. Le fait que les lignes directrices de l'OMSA doivent servir de référence ne ressort donc pas du texte de loi lui-même mais seulement des explications. Par conséquent, le fait de se référer à l'art. 3, let. b, LPA ou à l'art. 26 LPA pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux » ne devrait guère faire de différence du point de vue de l'acceptation par les partenaires commerciaux. Enfin, même en cas de renvoi à l'art. 26 LPA dans les explications ou – en ce qui concerne le projet définitif</p>	
--	--	--

soumis au Parlement – dans le message, il pourrait être mentionné que les infractions correspondantes devraient pratiquement toujours constituer des violations des principes directeurs de l'OMSA.

### **Compatibilité avec les engagements commerciaux internationaux**

En fin de compte, la conformité juridique de la mesure est davantage décisive que son acceptation par les partenaires commerciaux. Il n'est pas nécessaire pour cela de recourir aux principes directeurs de l'OMSA. Comme mentionné dans les explications, les accords internationaux pertinents dans le présent contexte – en particulier le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE – autorisent l'adoption de mesures commerciales restrictives nécessaires à la protection de la moralité publique. Les organes de règlement des différends de l'OMC ont souligné à plusieurs reprises la nécessité d'accorder aux États membres une certaine marge de manœuvre dans l'interprétation de la notion de « moralité publique » pour leur permettre de la définir et de l'appliquer conformément à leurs propres valeurs (voir par exemple Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff. ; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759 ; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). En ce qui concerne la conformité au droit international de l'interdiction d'importation, il est donc tout à fait possible de se référer à la législation suisse sur la protection des animaux – concrètement à l'art. 26 LPA – pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux ».

En outre, il convient de noter ici que, contrairement à ce qui est dit dans le rapport explicatif, l'accord sur l'agriculture avec l'UE ne s'applique pas de manière générale aux fourrures, selon l'avis présenté ici. Conformément à l'art. 1, ch. 2 de l'accord, seuls les produits des chapitres 1 à 24 du système harmonisé de désignation et de codification des marchandises sont considérés comme des « produits agricoles ». Or les produits de la pelleterie relèvent du chapitre 43. Seul le champ d'application de l'annexe 11 de l'accord s'étend aux fourrures en vertu de l'art. 5, ch. 2. L'article 8 de l'Annexe 11 précise toutefois que les dispositions du Titre II de l'Annexe 11 (Commerce des produits animaux) n'affectent pas les droits et obligations des parties découlant de l'accord de l'OMC et de ses annexes. Par

conséquent, les observations formulées ci-dessus en lien avec le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE concernant les mesures commerciales restrictives visant à protéger la moralité publique s'appliquent également à l'annexe 11 de l'accord sur l'agriculture.

### **Exemples concrets de formes de production de fourrures réprochées**

Comme nous l'avons déjà expliqué dans notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, indépendamment du fait que la définition de la notion de « traitements cruels infligés aux animaux » renvoie à l'art. 26 LPA, à l'art. 3, let. b, LPA ou aux principes directeurs de l'OMSA, il convient, dans un souci de clarté, de citer dans le texte de l'ordonnance quelques exemples de modes de détention et de chasse considérés dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux. Selon les explications, l'interdiction d'importation s'applique par exemple à la détention dans des cages à sol grillagé et à la chasse avec des pièges à mâchoires ou à collets, mais pas à la chasse avec des pièges à percussion (p. 8). Toutefois, ce champ d'application est nettement trop étroit.

Contrairement aux affirmations régulières du secteur de la fourrure, les cages avec sol grillagé doivent toujours être considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (voir par ex. Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink (Neovison vison) : Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667, qui, dans le cadre d'une étude pour laquelle 1159 visons ont été examinés après leur abattage dans quatre exploitations à fourrure différentes au Danemark, ont constaté des blessures aux pattes chez 34 à 53 pour cent des animaux, selon l'exploitation). En ce qui concerne l'élevage d'animaux à fourrure, la définition d'un mode de détention infligeant ou n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux ne devrait toutefois pas dépendre uniquement de la nature du sol des cages. Par exemple, la détention d'animaux à fourrure dans des cages offrant des possibilités d'occupation insuffisantes (p. ex. pas de possibilité de se baigner pour les visons ou pas de possibilité de creuser pour les renards) doit être considérée comme des traitements cruels même si les cages possèdent un sol plein. À notre connaissance, les cages utilisées actuellement sont presque toujours

dotées d'un sol en treillis métallique. Il faudrait néanmoins s'assurer que l'interdiction d'importation ne puisse pas être contournée simplement en équipant les sols des cages d'une grille en plastique ou de matériaux solides (matériaux plastiques ou naturels comme le bambou, etc.). On peut certes se demander si le marché suisse est suffisamment grand pour que les éleveurs d'animaux à fourrure aient un intérêt à modifier leurs conditions de détention dans le seul but de pouvoir continuer à livrer leurs produits en Suisse. En Hongrie, par exemple, les lapins sont toutefois déjà élevés dans des cages dotées de grilles en plastique pour la production de viande et l'exportation vers la Suisse. En outre, il serait tout à fait envisageable, comme précisé dans les explications, que la réglementation suisse ait un effet de signal et soit reprise par d'autres États. Il serait donc important que l'interdiction soit plus large et que toutes les formes de détention nettement inférieures aux exigences minimales de la législation suisse sur la protection des animaux concernant la nature et les dimensions des enclos ainsi que l'offre de possibilités d'occupation soient considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (cf. notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, y compris la proposition de formulation correspondante).

Il convient ici de souligner clairement que les labels actuels créés par le secteur de la fourrure, comme Furmark – ou les protocoles WelFur sur lesquels Furmark s'appuie concernant les normes de protection animale à respecter – sont loin de répondre aux exigences d'une production de fourrure n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux. Les protocoles WelFur suggèrent certes qu'un standard élevé de protection des animaux est assuré. En réalité, ces derniers s'orientent uniquement sur le statu quo, c'est-à-dire sur les conditions-cadres très limitées d'une détention industrielle d'animaux à fourrure économiquement viable, qui doivent être qualifiées clairement de traitements cruels infligés aux animaux selon les critères suisses et qui violent aussi gravement les principes directeurs de l'OMSA (voir à ce sujet les informations détaillées et les nombreuses références à des études scientifiques contenues dans Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023 ; Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms,

Amsterdam 2020 ; Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not Protect Consumers or Animals, London 2023 ; Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018).

L'intention exprimée dans les explications d'exclure de l'interdiction d'importation les fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion est également très contestable. À notre connaissance, il n'existe pas de pièges à percussion dont le fonctionnement soit suffisamment fiable pour garantir que les animaux soient tués immédiatement ou placés dans un état d'insensibilité et de perte de conscience. Même si de tels pièges étaient disponibles, de nombreux modèles ne garantissant pas une mort rapide des animaux sont actuellement utilisés (voir par exemple Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America : The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals [Basel], 2019 9[8], 570 ; le piège Conibear 120 qui y est mentionné est toujours listé dans les « Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States » comme piège répondant aux critères correspondants et figure également dans la liste des pièges autorisés au Canada). Selon l'Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS), conclu en 1998 entre l'Union européenne, le Canada et la Russie, qui fixe des normes minimales générales pour la capture de 19 espèces de mammifères, les méthodes de mise à mort de nombreuses espèces animales, dont les coyotes ou les rats laveurs, sont déjà considérées comme humaines si au moins 80 pour cent des animaux capturés perdent conscience et sensibilité en cinq minutes (annexe 1, points 3.3 et 3.4 de l'Agreement). Une mort aussi lente n'est pas acceptable du point de vue de la Protection des animaux. Le comité scientifique vétérinaire de la Commission européenne a également conclu que, pour être qualifié d'« humain », un piège mortel doit placer les animaux dans un état d'insensibilité immédiatement ou au moins en quelques secondes et que l'utilisation du terme « humain » dans l'AIHTS n'est donc pas appropriée (voir le point 2.6 de l'Avis du Comité économique et social européen sur la « Proposition de directive du Parlement européen et du Conseil introduisant des normes de piégeage sans cruauté pour certaines espèces animales » du 16 décembre 2004 [Journal officiel de l'Union européenne 2005/C 157/11]). La chasse avec des pièges à percussion est donc clairement contraire aux principes directeurs de l'OMSA. Selon la législation suisse, l'utilisation de

pièges à percussion serait à considérer comme une mise à mort cruelle – au moins une tentative, éventuellement intentionnelle – au sens de l’art. 26 al. 1 let. b LPA, en raison de leur manque de fiabilité quant au déclenchement d’un état immédiat de perte de conscience. En outre, ces pièges présentent un risque élevé de prises accidentelles, ce qui rend leur utilisation particulièrement préoccupante du point de vue de la protection des espèces. En conséquence, leur utilisation est expressément interdite par la législation suisse sur la chasse (art. 2 al. 1, let. a, OChP). En raison de la mort souvent douloureuse des animaux et de l’absence de spécificité mentionnée concernant les espèces capturées, la décision du Conseil fédéral de classer la chasse au moyen de pièges à percussion comme méthode n’infligeant pas de traitements cruels aux animaux n’est pas compréhensible. Il faudrait plutôt – sur le modèle de la réglementation actuelle de l’ordonnance sur la déclaration des fourrures (art. 5 al. 2 let. a) – que la chasse avec des pièges, non autorisée en Suisse, soit expressément mentionnée dans l’OITE-PT et l’OITE-UE comme exemple de méthode de production infligeant de traitements cruels aux animaux (sur ce point, voir aussi la lettre « Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen » des organisations Stiftung für das Tier im Recht [TIR] et QUATRE PATTES – Fondation pour la protection des animaux à l’Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires [OSAV] du 30 juillet 2024).

Il convient également de critiquer la formulation très euphémique des explications, selon laquelle les animaux pénètrent « de leur plein gré » dans les pièges à percussion, « où ils sont immédiatement mis à mort conformément aux règles définies pour leur espèce ». Outre le fait que l’on ne peut parler de « plein gré » que lorsque l’animal sait à quoi s’attendre, mais pas dans le cas d’une embuscade, il semble cynique d’utiliser l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » pour décrire l’abattage des animaux. Comme il est évident que les intérêts des animaux sont diamétralement opposés lorsqu’ils sont abattus par un piège, l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » est manifestement totalement déplacée dans le présent contexte.

	<p><b>Dérogations pour des fins non commerciales (al. 4)</b></p> <p>Il est compréhensible que, pour des raisons de proportionnalité, des dérogations soient prévues pour des fins non commerciales. Toutefois, la dérogation incluse dans les adaptations de l'OITE-PT et de l'OITE-UE pour le transport à des fins personnelles a pour résultat fâcheux de permettre le contournement de l'interdiction par l'achat de produits de la pelleterie dans les pays limitrophes. Il serait donc souhaitable que les dérogations soient formulées de manière à ce que de tels actes de contournement ne soient pas possibles.</p>	
14b	<p>Al. 1 : La formulation de la lettre a est problématique ; en effet, contrairement à la lettre b, elle ne se réfère pas directement à la méthode de production mais à l'origine de la fourrure ou du produit de la pelleterie. Toutefois, nulle part n'est défini ce qu'il faut entendre exactement par « provenir d'un pays ». Il n'est par exemple pas clair si un produit de la pelleterie provient de Grande-Bretagne ou du Danemark lorsqu'il a été transformé en Grande-Bretagne mais que l'animal duquel la fourrure est composée a été élevé et tué au Danemark. La formulation devrait indiquer clairement que la réglementation se réfère au pays dans lequel l'animal a été élevé, détenu et tué ou chassé.</p> <p>L'art. 7 de l'ordonnance agricole sur la déclaration (OAgrD) prévoit en outre que les pays ne doivent pas seulement disposer d'une interdiction légale des formes de production à déclarer selon l'OAgrD, mais aussi d'un programme de surveillance correspondant pour pouvoir être inscrits sur la liste des pays selon l'OAgrD. Il devrait en être de même pour la liste de pays prévue ici pour l'interdiction d'importations de la fourrure ; il ne suffit pas qu'un pays interdise les méthodes de production concernées sur le papier, il doit également garantir la mise en œuvre de l'interdiction.</p>	<p><sup>1</sup> La preuve que les fourrures ou les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux qui n'ont pas subi de traitements cruels est fournie :</p> <p>a. <del>s'ils proviennent d'un pays qui interdit la fabrication de fourrures et de produits de la pelleterie à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels,</del> ou <b>s'ils proviennent d'animaux élevés, détenus et tués ou chassés dans un pays dont la législation interdit les méthodes visées à l'article 14 al. 2 let. a pour la production de fourrures et qui dispose d'un programme de surveillance correspondant ; ou</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Associazione svizzera per l'abolizione della vivisezione  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ATRA  
Adresse, Ort : Via Capelli, 28  
Kontaktperson : Max Molteni  
Telefon : 091 9701945  
E-Mail : infoatra@bluemail.ch  
Datum : 6.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAH-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAH-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAH-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAH als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-  
Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not](#)

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

	<p>aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>).</p> <p>Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.</p>	
--	--	--

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».  
(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : Coalition animaliste  
Sigle entreprise / organisation / service : COA  
Adresse, lieu : Avenue Jacques-Martin 14, 1224 Chêne-Bougeries (GE)  
Interlocuteur : Catherine Santoru  
Téléphone : 079 417 33 89  
Courriel : c.santoru@coanimaliste.ch  
Date : 20.11.2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

L'introduction prévue d'une interdiction d'importation des produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels doit être vivement saluée sur le principe. Les méthodes courantes de production de la fourrure sont liées à d'immenses souffrances pour les animaux concernés. C'est pour cette raison que la protection des animaux demande depuis de nombreuses années une telle interdiction. Seule une interdiction d'importation permettrait d'éviter que la demande intérieure ne favorise à l'étranger des formes de production de fourrure clairement rejetées par une grande partie de la population suisse. En outre, deux avis de droit démontrent qu'une telle interdiction d'importation est également compatible avec les engagements commerciaux internationaux de la Suisse (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 4, Zurich/Bâle/Genève 2011 ; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 16, Zurich/Bâle/Genève 2017).

Il convient également de saluer le fait que le présent contre-projet prévoit, outre l'interdiction d'importation, une interdiction de commerce pour les produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels. Une telle interdiction constituerait un complément judicieux et logique à l'interdiction d'importation et contribuerait de manière déterminante à une réglementation cohérente du commerce des produits de la pelleterie. Il en va de même pour la disposition prévue concernant la procédure en cas de soupçon de produits de la pelleterie importés ou commercialisés illégalement, qui créerait les conditions nécessaires à une mise en œuvre conséquente des nouvelles prescriptions.

Il est néanmoins inacceptable du point de vue de la protection animale que, selon le rapport explicatif relatif au contre-projet indirect à l'initiative contre la fourrure ainsi que le rapport explicatif relatif aux adaptations prévues de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, l'interdiction ne s'étende pas aux fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion. Une telle conception ou mise en œuvre de la mesure serait en diamétrale opposition au but qu'elle poursuit et ne serait en aucun cas justifiable d'un point de vue objectif (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous de l'adaptation prévue de l'art. 14).

Il convient également de critiquer le fait que le rapport explicatif contient plusieurs explications trompeuses ou imprécises quant à la compatibilité de l'initiative contre la fourrure avec les engagements commerciaux internationaux. Il est par exemple affirmé au point 4.4 qu'une différence de traitement entre des produits en raison d'une méthode de production qui ne se reflète pas dans les caractéristiques physiques du produit *et pour laquelle le droit national est pris comme référence* constitue une violation des obligations du droit commercial et contrevient notamment à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT). En réalité, le fait que le droit propre ou une norme internationale soit pris comme référence pour déterminer si une telle différence de traitement constitue ou non une violation des obligations du droit commercial ne joue aucun rôle. Selon l'opinion dominante, une telle différence de traitement devrait d'une manière générale violer les obligations du droit commercial, indépendamment de la loi sur laquelle la distinction est fondée. Une telle violation est toutefois justifiable dans certaines conditions. Dans ce contexte, l'art. XX(a) du GATT est particulièrement pertinent. En effet, son applicabilité ne dépend pas non plus du fait que le critère de distinction se fonde sur le droit national ou international (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous concernant l'adaptation prévue de l'art. 14 LPA).

Le Conseil fédéral considère par ailleurs au point 4.4, sans apporter de justification précise, que l'initiative ne remplit pas les exigences élevées en matière d'exceptions justifiant des violations fondamentales du GATT. Une déclaration aussi importante a le potentiel d'influencer considérablement l'opinion du

Parlement et de la population sur l'initiative. Il serait donc impératif de fournir une justification détaillée. Enfin, le point 5 précise que l'initiative « pose problème du point de vue du droit commercial et n'est donc pas compatible avec les engagements internationaux de la Suisse ». Le fait que l'initiative pose problème du point de vue du droit commercial n'implique toutefois pas automatiquement qu'elle soit incompatible avec les engagements internationaux de la Suisse. Une mesure peut tout à fait être problématique du point de vue du droit commercial du fait qu'elle viole une disposition particulière du GATT, mais être couverte par une disposition d'exclusion (telle que celle de l'art. XX(a) du GATT) et être donc conforme aux obligations du droit commercial de la Suisse.

Les imprécisions mentionnées donnent l'impression d'une intention qui serait d'influencer les lectrices et lecteurs dans une certaine direction. Il serait pourtant souhaitable que le peuple et le Parlement soient informés de manière objective et neutre sur le contexte juridique de l'initiative contre la fourrure.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
14	<p><b>Orientation sur les principes directeurs de l'OMSA</b></p> <p>Selon l'art. 14, al. 3, du présent projet, la fourrure et les produits de la pelleterie doivent être considérés comme fabriqués en infligeant des traitements cruels aux animaux lorsque le bien-être de ces animaux a été gravement altéré. Le rapport explicatif justifie cette disposition par le fait que les principes directeurs de l'OMSA en matière de bien-être des animaux – notamment l'absence de douleur, de lésions et de maladie et l'absence de peur et de détresse – devraient être déterminants pour définir ce que sont les traitements cruels infligés aux animaux et que la définition des « libertés » selon l'OMSA correspond à peu près à celle du « bien-être » selon l'art. 3, let. b, LPA (p. 8). La raison pour laquelle, selon la présente proposition, seules les altérations <i>fortes</i> du bien-être des animaux sont considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux n'est toutefois pas claire. Les « libertés » selon l'OMSA se réfèrent d'une manière générale à la douleur, à la peur, etc., sans que des exigences particulières soient posées quant à l'intensité des différentes atteintes. Si la définition de ce qui est considéré comme « traitements cruels infligés aux animaux » devait effectivement s'orienter sur les principes directeurs de l'OMSA, toute atteinte au bien-être devrait donc logiquement être considérée comme un traitement cruel.</p>	<p><sup>2</sup> Sont interdits :</p> <p>a. l'importation, le transit et le commerce de fourrures et de produits de la pelleterie <del>fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels</del> <b>fabriqués selon des méthodes infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 ;</b></p> <p><sup>3</sup> <del>On considère que les fourrures et les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels si, pour les fabriquer, le bien-être des animaux a été fortement altéré.</del> <b>Le Conseil fédéral détermine les méthodes de fabrication qui sont considérées dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux.</b></p>

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>Du point de vue juridique, il serait de toute manière malvenu d'ajouter une définition supplémentaire des traitements cruels infligés aux animaux dans la LPA, dont l'article 26 définit déjà les comportements considérés comme des traitements cruels infligés aux animaux. Cela aurait pour conséquence que la notion de traitements cruels infligés aux animaux serait définie de manière différente au sein du même acte législatif. Il serait donc beaucoup plus cohérent que l'art. 14 LPA renvoie à l'art. 26 LPA pour la définition de « traitements cruels infligés aux animaux ». Cette solution n'irait pas plus loin que celle actuellement prévue, car les formes de production de fourrure qui doivent être considérées comme infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 LPA devraient pratiquement toujours constituer également une violation des principes directeurs de l'OMSA.</p> <p>Selon le rapport explicatif relatif au contre-projet, le fait de s'orienter aux principes directeurs de l'OMSA s'explique par le fait que ceux-ci bénéficient d'un large soutien international et correspondent aux attentes de la société en matière de bien-être animal, raison pour laquelle les partenaires commerciaux les accepteraient plus facilement comme référence pour l'interdiction d'importation que la législation suisse sur la protection des animaux (p. 7 s.). Il convient tout d'abord de noter à cet égard que les attentes sociales de la <i>population suisse</i> en matière de bien-être animal – et ce sont ces attentes qui importent en l'espèce, notamment en ce qui concerne la conformité de la mesure avec le GATT (voir les informations à ce sujet ci-dessous) – se reflètent en premier lieu dans la LPA suisse. En outre, il est fortement discutable que la réglementation telle que proposée à l'art. 14, al. 3, LPA soit effectivement mieux acceptée par les partenaires commerciaux qu'une référence à l'art. 26 LPA. En effet, même s'il est précisé dans le rapport explicatif que l'expression « traitements cruels infligés aux animaux » doit être définie comme une violation des principes directeurs de l'OMSA, le texte de loi prévu fait référence à la notion de bien-être au sens de l'art. 3, let. b, LPA. Le fait que les lignes directrices de l'OMSA doivent servir de référence ne ressort donc pas du texte de loi lui-même mais seulement des explications. Par conséquent, le fait de se référer à l'art. 3, let. b, LPA ou à l'art. 26 LPA pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux » ne devrait guère faire de différence du point de vue de l'acceptation par les partenaires commerciaux. Enfin, même en cas de renvoi à l'art. 26 LPA dans les explications ou – en ce qui concerne le projet définitif</p>	
--	--	--

soumis au Parlement – dans le message, il pourrait être mentionné que les infractions correspondantes devraient pratiquement toujours constituer des violations des principes directeurs de l'OMSA.

### **Compatibilité avec les engagements commerciaux internationaux**

En fin de compte, la conformité juridique de la mesure est davantage décisive que son acceptation par les partenaires commerciaux. Il n'est pas nécessaire pour cela de recourir aux principes directeurs de l'OMSA. Comme mentionné dans les explications, les accords internationaux pertinents dans le présent contexte – en particulier le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE – autorisent l'adoption de mesures commerciales restrictives nécessaires à la protection de la moralité publique. Les organes de règlement des différends de l'OMC ont souligné à plusieurs reprises la nécessité d'accorder aux États membres une certaine marge de manœuvre dans l'interprétation de la notion de « moralité publique » pour leur permettre de la définir et de l'appliquer conformément à leurs propres valeurs (voir par exemple Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff. ; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759 ; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). En ce qui concerne la conformité au droit international de l'interdiction d'importation, il est donc tout à fait possible de se référer à la législation suisse sur la protection des animaux – concrètement à l'art. 26 LPA – pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux ».

En outre, il convient de noter ici que, contrairement à ce qui est dit dans le rapport explicatif, l'accord sur l'agriculture avec l'UE ne s'applique pas de manière générale aux fourrures, selon l'avis présenté ici. Conformément à l'art. 1, ch. 2 de l'accord, seuls les produits des chapitres 1 à 24 du système harmonisé de désignation et de codification des marchandises sont considérés comme des « produits agricoles ». Or les produits de la pelleterie relèvent du chapitre 43. Seul le champ d'application de l'annexe 11 de l'accord s'étend aux fourrures en vertu de l'art. 5, ch. 2. L'article 8 de l'Annexe 11 précise toutefois que les dispositions du Titre II de l'Annexe 11 (Commerce des produits animaux) n'affectent pas les droits et obligations des parties découlant de l'accord de l'OMC et de ses annexes. Par

conséquent, les observations formulées ci-dessus en lien avec le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE concernant les mesures commerciales restrictives visant à protéger la moralité publique s'appliquent également à l'annexe 11 de l'accord sur l'agriculture.

### **Exemples concrets de formes de production de fourrures réprochées**

Comme nous l'avons déjà expliqué dans notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, indépendamment du fait que la définition de la notion de « traitements cruels infligés aux animaux » renvoie à l'art. 26 LPA, à l'art. 3, let. b, LPA ou aux principes directeurs de l'OMSA, il convient, dans un souci de clarté, de citer dans le texte de l'ordonnance quelques exemples de modes de détention et de chasse considérés dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux. Selon les explications, l'interdiction d'importation s'applique par exemple à la détention dans des cages à sol grillagé et à la chasse avec des pièges à mâchoires ou à collets, mais pas à la chasse avec des pièges à percussion (p. 8). Toutefois, ce champ d'application est nettement trop étroit.

Contrairement aux affirmations régulières du secteur de la fourrure, les cages avec sol grillagé doivent toujours être considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (voir par ex. Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink (Neovison vison) : Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667, qui, dans le cadre d'une étude pour laquelle 1159 visons ont été examinés après leur abattage dans quatre exploitations à fourrure différentes au Danemark, ont constaté des blessures aux pattes chez 34 à 53 pour cent des animaux, selon l'exploitation). En ce qui concerne l'élevage d'animaux à fourrure, la définition d'un mode de détention infligeant ou n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux ne devrait toutefois pas dépendre uniquement de la nature du sol des cages. Par exemple, la détention d'animaux à fourrure dans des cages offrant des possibilités d'occupation insuffisantes (p. ex. pas de possibilité de se baigner pour les visons ou pas de possibilité de creuser pour les renards) doit être considérée comme des traitements cruels même si les cages possèdent un sol plein. À notre connaissance, les cages utilisées actuellement sont presque toujours

dotées d'un sol en treillis métallique. Il faudrait néanmoins s'assurer que l'interdiction d'importation ne puisse pas être contournée simplement en équipant les sols des cages d'une grille en plastique ou de matériaux solides (matériaux plastiques ou naturels comme le bambou, etc.). On peut certes se demander si le marché suisse est suffisamment grand pour que les éleveurs d'animaux à fourrure aient un intérêt à modifier leurs conditions de détention dans le seul but de pouvoir continuer à livrer leurs produits en Suisse. En Hongrie, par exemple, les lapins sont toutefois déjà élevés dans des cages dotées de grilles en plastique pour la production de viande et l'exportation vers la Suisse. En outre, il serait tout à fait envisageable, comme précisé dans les explications, que la réglementation suisse ait un effet de signal et soit reprise par d'autres États. Il serait donc important que l'interdiction soit plus large et que toutes les formes de détention nettement inférieures aux exigences minimales de la législation suisse sur la protection des animaux concernant la nature et les dimensions des enclos ainsi que l'offre de possibilités d'occupation soient considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (cf. notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, y compris la proposition de formulation correspondante).

Il convient ici de souligner clairement que les labels actuels créés par le secteur de la fourrure, comme Furmark – ou les protocoles WelFur sur lesquels Furmark s'appuie concernant les normes de protection animale à respecter – sont loin de répondre aux exigences d'une production de fourrure n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux. Les protocoles WelFur suggèrent certes qu'un standard élevé de protection des animaux est assuré. En réalité, ces derniers s'orientent uniquement sur le statu quo, c'est-à-dire sur les conditions-cadres très limitées d'une détention industrielle d'animaux à fourrure économiquement viable, qui doivent être qualifiées clairement de traitements cruels infligés aux animaux selon les critères suisses et qui violent aussi gravement les principes directeurs de l'OMSA (voir à ce sujet les informations détaillées et les nombreuses références à des études scientifiques contenues dans Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023 ; Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms,

Amsterdam 2020 ; Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not Protect Consumers or Animals, London 2023 ; Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018).

L'intention exprimée dans les explications d'exclure de l'interdiction d'importation les fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion est également très contestable. À notre connaissance, il n'existe pas de pièges à percussion dont le fonctionnement soit suffisamment fiable pour garantir que les animaux soient tués immédiatement ou placés dans un état d'insensibilité et de perte de conscience. Même si de tels pièges étaient disponibles, de nombreux modèles ne garantissant pas une mort rapide des animaux sont actuellement utilisés (voir par exemple Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America : The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals [Basel], 2019 9[8], 570 ; le piège Conibear 120 qui y est mentionné est toujours listé dans les « Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States » comme piège répondant aux critères correspondants et figure également dans la liste des pièges autorisés au Canada). Selon l'Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS), conclu en 1998 entre l'Union européenne, le Canada et la Russie, qui fixe des normes minimales générales pour la capture de 19 espèces de mammifères, les méthodes de mise à mort de nombreuses espèces animales, dont les coyotes ou les rats laveurs, sont déjà considérées comme humaines si au moins 80 pour cent des animaux capturés perdent conscience et sensibilité en cinq minutes (annexe 1, points 3.3 et 3.4 de l'Agreement). Une mort aussi lente n'est pas acceptable du point de vue de la Protection des animaux. Le comité scientifique vétérinaire de la Commission européenne a également conclu que, pour être qualifié d'« humain », un piège mortel doit placer les animaux dans un état d'insensibilité immédiatement ou au moins en quelques secondes et que l'utilisation du terme « humain » dans l'AIHTS n'est donc pas appropriée (voir le point 2.6 de l'Avis du Comité économique et social européen sur la « Proposition de directive du Parlement européen et du Conseil introduisant des normes de piégeage sans cruauté pour certaines espèces animales » du 16 décembre 2004 [Journal officiel de l'Union européenne 2005/C 157/11]). La chasse avec des pièges à percussion est donc clairement contraire aux principes directeurs de l'OMSA. Selon la législation suisse, l'utilisation de

pièges à percussion serait à considérer comme une mise à mort cruelle – au moins une tentative, éventuellement intentionnelle – au sens de l’art. 26 al. 1 let. b LPA, en raison de leur manque de fiabilité quant au déclenchement d’un état immédiat de perte de conscience. En outre, ces pièges présentent un risque élevé de prises accidentelles, ce qui rend leur utilisation particulièrement préoccupante du point de vue de la protection des espèces. En conséquence, leur utilisation est expressément interdite par la législation suisse sur la chasse (art. 2 al. 1, let. a, OChP). En raison de la mort souvent douloureuse des animaux et de l’absence de spécificité mentionnée concernant les espèces capturées, la décision du Conseil fédéral de classer la chasse au moyen de pièges à percussion comme méthode n’infligeant pas de traitements cruels aux animaux n’est pas compréhensible. Il faudrait plutôt – sur le modèle de la réglementation actuelle de l’ordonnance sur la déclaration des fourrures (art. 5 al. 2 let. a) – que la chasse avec des pièges, non autorisée en Suisse, soit expressément mentionnée dans l’OITE-PT et l’OITE-UE comme exemple de méthode de production infligeant de traitements cruels aux animaux (sur ce point, voir aussi la lettre « Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen » des organisations Stiftung für das Tier im Recht [TIR] et QUATRE PATTES – Fondation pour la protection des animaux à l’Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires [OSAV] du 30 juillet 2024).

Il convient également de critiquer la formulation très euphémique des explications, selon laquelle les animaux pénètrent « de leur plein gré » dans les pièges à percussion, « où ils sont immédiatement mis à mort conformément aux règles définies pour leur espèce ». Outre le fait que l’on ne peut parler de « plein gré » que lorsque l’animal sait à quoi s’attendre, mais pas dans le cas d’une embuscade, il semble cynique d’utiliser l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » pour décrire l’abattage des animaux. Comme il est évident que les intérêts des animaux sont diamétralement opposés lorsqu’ils sont abattus par un piège, l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » est manifestement totalement déplacée dans le présent contexte.

	<p><b>Dérogations pour des fins non commerciales (al. 4)</b></p> <p>Il est compréhensible que, pour des raisons de proportionnalité, des dérogations soient prévues pour des fins non commerciales. Toutefois, la dérogation incluse dans les adaptations de l'OITE-PT et de l'OITE-UE pour le transport à des fins personnelles a pour résultat fâcheux de permettre le contournement de l'interdiction par l'achat de produits de la pelleterie dans les pays limitrophes. Il serait donc souhaitable que les dérogations soient formulées de manière à ce que de tels actes de contournement ne soient pas possibles.</p>	
14b	<p>Al. 1 : La formulation de la lettre a est problématique ; en effet, contrairement à la lettre b, elle ne se réfère pas directement à la méthode de production mais à l'origine de la fourrure ou du produit de la pelleterie. Toutefois, nulle part n'est défini ce qu'il faut entendre exactement par « provenir d'un pays ». Il n'est par exemple pas clair si un produit de la pelleterie provient de Grande-Bretagne ou du Danemark lorsqu'il a été transformé en Grande-Bretagne mais que l'animal duquel la fourrure est composée a été élevé et tué au Danemark. La formulation devrait indiquer clairement que la réglementation se réfère au pays dans lequel l'animal a été élevé, détenu et tué ou chassé.</p> <p>L'art. 7 de l'ordonnance agricole sur la déclaration (OAgrD) prévoit en outre que les pays ne doivent pas seulement disposer d'une interdiction légale des formes de production à déclarer selon l'OAgrD, mais aussi d'un programme de surveillance correspondant pour pouvoir être inscrits sur la liste des pays selon l'OAgrD. Il devrait en être de même pour la liste de pays prévue ici pour l'interdiction d'importations de la fourrure ; il ne suffit pas qu'un pays interdise les méthodes de production concernées sur le papier, il doit également garantir la mise en œuvre de l'interdiction.</p>	<p><sup>1</sup> La preuve que les fourrures ou les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux qui n'ont pas subi de traitements cruels est fournie :</p> <p>a. <del>s'ils proviennent d'un pays qui interdit la fabrication de fourrures et de produits de la pelleterie à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels,</del> ou <b>s'ils proviennent d'animaux élevés, détenus et tués ou chassés dans un pays dont la législation interdit les méthodes visées à l'article 14 al. 2 let. a pour la production de fourrures et qui dispose d'un programme de surveillance correspondant ; ou</b></p>



Per Mail: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bern, 19. November 2024

## **Vernehmlassung: Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Am 28. Dezember 2023 hat die Alliance Animale Suisse die Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte» (Pelz-Initiative) eingereicht, welche ein Importverbot für Pelzprodukte verlangt, deren Herstellung gegen Schweizer Recht verstösst. Der Bundesrat hält fest, dass das Anliegen der Volksinitiative grundsätzlich unterstützenswert ist. Dennoch lehnt er die Initiative aus handelsrechtlichen Gründen ab, stellt ihr jedoch einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Gemäss diesem soll sich das Wort «tierquälerisch» nicht am Schweizer Recht, sondern an den Leitprinzipien der «World Organisation for Animal Health (WOAH)» orientieren. Zudem soll neben dem Import auch der Handel mit tierquälerisch erzeugten Pelzen und Pelzprodukten verboten werden.

### **Die Mitte unterstützt den indirekten Gegenvorschlag**

Die Mitte begrüsst den indirekten Gegenvorschlag und somit ein Einfuhrverbot für tierquälerisch hergestellte Pelze und Pelzprodukte. Die heute geltende, mildere Massnahme der Deklarationspflicht erreicht das Schutzziel aus Sicht der Mitte nicht, da die Deklaration trotz Verschärfung der Kontrollen und Zunahme der Strafverfahren überwiegend missachtet wird. Auch das im indirekten Gegenvorschlag vorgesehene Verbot des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzen sowie die Verwaltungsmassnahmen, um widerrechtlich in Verkehr gebrachte Pelze zu beschlagnahmen, unterstützt Die Mitte.

Die Mitte spricht sich dafür aus, dass sich die Kriterien, die den Import von Pelzen oder Pelzprodukten erlauben oder nicht, wie vom Bundesrat vorgesehen auf die Leitprinzipien der «WOAH» beziehen sollen, denn diese sind international breit abgestützt. Eine Definition von «tierquälerisch» mit Bezug auf schweizerisches Recht, wie es die Initiative verlangt, würde aus Sicht der Mitte hingegen zu handelsrechtlichen Problemen führen und ist entsprechend nicht mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz vereinbar.

Schliesslich begrüsst Die Mitte ausdrücklich, dass der Bundesrat mit vorliegendem Vorgehen auf ein «Swiss Finish» verzichtet.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

### **Die Mitte**

Die Mitte  
Schweiz

Seilerstrasse 8a  
Postfach  
CH-3001 Bern

T 031 357 33 33  
[info@die-mitte.ch](mailto:info@die-mitte.ch)  
[die-mitte.ch](http://die-mitte.ch)



Sig. Gerhard Pfister  
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz



Frau Bundesrätin  
Elisabeth Baume-Schneider  
Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Per Mail: [Imr@blv.admin.ch](mailto:Imr@blv.admin.ch)

Bern, 22. November 2024

## Vernehmlassungsantwort zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider,  
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an diesem Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen und unterbreiten Ihnen die folgende Stellungnahme.

Die EVP ist der festen Überzeugung, dass alle Lebewesen mit Respekt behandelt und vor unnötigem Leid bewahrt werden müssen. Auch Tiere haben einen eigenen Wert und verdienen es, würdevoll behandelt zu werden. Dies erfordert einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur, bei dem die Bedürfnisse und das Wohl der Tiere berücksichtigt werden. So wird nicht nur das Tierwohl geschützt, sondern auch ein Beitrag zu einer gerechteren und harmonischeren Welt für alle Lebewesen geleistet. Vor diesem Hintergrund misst die EVP dem Tierschutz eine hohe Bedeutung bei und unterstützt die Grundsätze, wie sie in Art. 4 des Tierschutzgesetzes festgehalten sind.

**Die EVP begrüsst den indirekten Gegenvorschlag des Bundes zur Pelzinitiative ohne Vorbehalt.** Der vorliegende Vorschlag des Bundesrates steht im Einklang mit diesen Grundsätzen, indem ein Verbot der Ein- und Durchfuhr sowie des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten eingeführt werden soll. Als Referenz für das Kriterium der «tierquälerischen» Herstellung dienen die Leitprinzipien der «World Organisation for Animal Health» im Bereich Tierwohl. Importierende müssen nachweisen, dass die eingeführten Pelze und Pelzprodukte nicht unter tierquälerischen Bedingungen hergestellt wurden. Pelze und Produkte, die unrechtmässig in Verkehr gebracht werden, sollen beschlagnahmt und gegebenenfalls eingezogen werden. Die Kontrolle des Ein- und Durchfuhrverbots obliegt dem Bund, was einen Mehraufwand von ca. einer halben Vollzeitstelle bedeutet. Die Überwachung des Handelsverbots wird den Kantonen übertragen. Der dafür erforderliche Mehraufwand hängt von der Anzahl der Behörden und der jährlichen Kontrollen ab – für 100 Kontrollen pro Jahr wird etwa eine Vollzeitstelle benötigt. Der Mehraufwand bleibt damit verhältnismässig und im angemessenen Rahmen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung. Freundliche Grüsse

Lilian Studer  
Präsidentin EVP Schweiz

Alex Würzler  
Generalsekretär EVP Schweiz



Federal Office for Food Safety and Veterinary Affairs  
Schwarzenburgstrasse 155  
3097 Liebefeld  
Switzerland

Amsterdam, 22 November 2024

**Reference: Consultation on the indirect counter-proposal to the popular initiative “Yes to a ban on the import of fur products produced in a cruel manner”**

Dear sir, madam,

I write to you on behalf of the Fur Free Alliance, an international coalition of more than fifty animal protection organisations who work together to end the exploitation and killing of animals for their fur. Working with our partners, we encourage governments around the world to bring about legislation to end the fur trade.

The Fur Free Alliance welcomes, in principle, the planned introduction of an import ban on cruelly produced furs and fur products and we support the comments made by our Swiss colleagues<sup>1</sup> as part of their consultation submission. We are aware of the strong public support for an end to fur imports, and write to you today to respectfully encourage you to bring about a comprehensive ban at the earliest possible opportunity.

Not only is the fur trade of great concern from an animal welfare perspective, it is damaging to the environment and, in light of outbreaks of COVID-19 and highly pathogenic avian influenza A(H5N1) on fur farms in recent years, it poses a risk to public health.

To-date, twenty-two European countries have taken legislative action to ban fur farming, Israel has banned fur sales as have 17 jurisdictions in the United States, including the state of California<sup>2</sup>. In Europe, more than 1.5 million citizens have signed the European Citizens Initiative “Fur Free Europe” which calls for an EU wide ban on fur farming and the placement on the market of fur products<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Tier im Recht, VIER PFOTEN and Schweizer Tierschutz STS.

<sup>2</sup> List of countries that have introduced fur production bans, Fur Free Alliance. <https://www.furfreealliance.com/fur-bans/>

<sup>3</sup> Press release, Fur Free Alliance, June 2023.

<https://www.furfreealliance.com/more-than-1-5-million-citizens-ask-for-a-fur-free-europe/>



## **Animal welfare concerns**

It is clear from veterinary reports and numerous investigations over many years that the welfare of animals killed for their fur is seriously compromised. The conditions in which they are kept prevents them from expressing their natural behaviours and fails to satisfy the Five Freedoms contained in the Council of Europe's Convention for the Protection of Animals kept for Farming Purposes (Directive 98/58/EC)<sup>4</sup>.

In recent years, clear evidence has been gathered, through numerous investigations on European fur farms, including in Poland and Finland,<sup>5 6 7</sup> of serious animal health problems that are inherent to the battery housing system used on such farms, including self-mutilation, infected wounds, cannibalism and stress-related stereotypical behaviour. A recent investigation looking at the trapping animals for their fur in the United States raises serious concerns about the welfare implications of the use of traps and snares<sup>8</sup>.

## **Certification schemes**

We wish to draw your attention specifically to the concerns raised by our colleagues regarding fur industry-led certification schemes, such as Welfur and Furmark. Welfur is an integral part of Furmark, an umbrella scheme which also includes a number of other fur industry-led schemes.

The 'assurance schemes' of so-called 'high-welfare' fur farming promoted by the fur industry have been repeatedly and extensively proven not to provide animals with a life worth living. As well as putting in place wholly inadequate welfare measures, these voluntary schemes are run, funded and audited by the fur industry and its affiliates. Further, the schemes do not cover all farms, all countries, nor all animals raised for their fur.

1. Despite fur industry claims, such schemes cannot guarantee animal welfare. They do not offer new ways of fur farming, they support only the status quo: permitting the continued use of the intensive cage system which confines animals in small wire cages and allowing the killing of

---

<sup>4</sup> Council Directive 98/58/EC of 20 July 1998 concerning the protection of animals kept for farming purposes.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A01998L0058-20191214>

<sup>5</sup> Shocking investigation, fur farm in Poland. Otwarte Klatki, September 2020.

<https://www.furfreealliance.com/shocking-results-of-the-investigation-on-probably-the-largest-fur-farm-in-the-world/>

<sup>6</sup> Fur farm investigations from France and Finland shown to Members of the European Parliament. November 2019.

<https://www.furfreealliance.com/dark-side-of-fur-farming-exposed-at-the-european-parliament/>

<sup>7</sup> Serious animal welfare violations exposed on fur farms across Finland, Poland, Lithuania, Latvia, Spain and Denmark, November 2023. <https://www.dailymail.co.uk/news/article-12762003/Horrifying-truth-fur-industry-revealed-footage-largest-undercover-investigation-animals-engaged-cannibalism-limbs-gnawed-maggot-infested-wounds.html>

<sup>8</sup> Trapped: Exposing the Violence of Animal Trapping in the U.S., Born Free USA, Humane Society International and Humane Society of the United States. 2022. <https://www.bornfreeusa.org/campaigns/trapping/trappingexposed/>



animals by gassing or anal electrocution. As Professor Emeritus Bo Algers has stated about Welfur: “The combining of different welfare measures into overall scores obscure individual measures and therefore allow serious cases of individuals suffering from poor welfare to be masked.”<sup>9</sup>

2. The farming allowed does not allow the farmed animals to exercise their natural behaviours. In their review of Welfur, Heather Pickett and Professor Stephen Harris state: “Mink, foxes and raccoon dogs are highly motivated to access resources and perform species- specific behaviours that are not possible in the housing systems currently used on fur farms. Because its protocols are designed around the very serious limitations of current systems, Welfur fails to take account of the scientific evidence which shows that the welfare needs of animals kept on fur farms are not being met.”<sup>10</sup>
3. The Welfur protocols make little attempts to encourage progress beyond the minimum legal requirements already in place. For example, when it comes to a minimum floor area, the Welfur protocol for mink awards the best available score for an area of 2550cm<sup>2</sup>, which is the same minimum floor area specified in the 1999 Council of Europe Recommendations. A farm providing 1000cm<sup>2</sup> floor space is awarded an intermediate score, despite it being less than 40% of the minimum requirement. As Pickett and Harris state “The ‘best current practice’ ceiling for the classification of farms using the Welfur protocols means that welfare is still likely to be extremely poor on farms that score highly, and it is impossible for Welfur to ensure that animals farmed for fur live a good life.”<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> Certified Cruel. Why Welfur fails to stop the suffering of animals on fur farms. Fur Free Alliance, 2020. [https://www.furfreealliance.com/wp-content/uploads/2020/01/CertifiedCruel\\_FFA-Research-Report-3.pdf](https://www.furfreealliance.com/wp-content/uploads/2020/01/CertifiedCruel_FFA-Research-Report-3.pdf)

<sup>10</sup> The case against fur factory farming in Europe. A scientific review of animal welfare standards and 'Welfur'. Heather Pickett and Professor Stephen Harris. Eurogroup for Animals and Respect for Animals, March 2023. [https://www.eurogroupforanimals.org/files/eurogroupforanimals/2023-03/202303\\_efa\\_The%20case%20against%20fur%20factory%20ofarming\\_Report.pdf](https://www.eurogroupforanimals.org/files/eurogroupforanimals/2023-03/202303_efa_The%20case%20against%20fur%20factory%20ofarming_Report.pdf)

<sup>11</sup> The case against fur factory farming in Europe. A scientific review of animal welfare standards and 'Welfur'. Heather Pickett and Professor Stephen Harris. Eurogroup for Animals and Respect for Animals, March 2023. [https://www.eurogroupforanimals.org/files/eurogroupforanimals/2023-03/202303\\_efa\\_The%20case%20against%20fur%20factory%20ofarming\\_Report.pdf](https://www.eurogroupforanimals.org/files/eurogroupforanimals/2023-03/202303_efa_The%20case%20against%20fur%20factory%20ofarming_Report.pdf)



4. A critical analysis of conditions filmed on two certified “high welfare” Finnish fur farms, reviewed against the Five Freedoms of animal welfare by a number of experts concluded that “There is no doubt that there is clear evidence from this footage, of supposedly 'high welfare' certified farms, that none of the Five Freedoms are being met. By implication therefore, the conditions are highly likely to contravene the guiding principles of the WOA (formerly OIE), the European Directive 98/58/EC Concerning the Protection of Animals Kept for Farming Purposes, as well as the Council of Europe’s 1999 Recommendations Concerning Fur Animals.”<sup>12</sup>

### **Veterinarian comment on current fur farming practices**

Veterinarians in countries that continue to allow animals to be farmed for their fur, and where certified farms exist, have spoken out against the fur farming:

In 2023, the Finnish Veterinary Association stated: “The current form of fur farming based on cage breeding does not allow the species-typical behavior of fur animals. Fur farming is problematic ethically, in terms of animal welfare, environmental protection and zoonotic diseases”. The Association makes its position clear, saying it believes that “cage farming of fur animals should be banned in Finland”.<sup>13</sup> In addition, The Danish Animal Ethics Council has stated that “... allowing animals good possibilities to express their natural behaviour is a crucial precondition for animal welfare. Keeping animals under very restrictive conditions can therefore not be considered up-to-date and appropriate in terms of animal welfare considering the current knowledge about the behavioural needs of animals. Therefore, the Council is of the overall opinion that keeping mink in the existing cages is unacceptable”.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Five Freedoms and the Fur Trade. A critical analysis of conditions filmed on two certified “high welfare” Finnish fur farms, reviewed against the Five Freedoms of animal welfare. Report:

<https://www.hsi.org/wp-content/uploads/2019/05/Five-Freedoms-and-Fur-Trade-briefing-2019.pdf> Film:

<https://newsroom.humanesociety.org/reviewvideo.php?bctid=5844928068001>

<sup>13</sup> The Finnish Veterinary Association’s position on the keeping of animals bred for their fur, 11 November 2023

<https://sell.fi/suomen-elainlaakariliiton-kanta-turkkien-vuoksi-kasvatettavien-elainten-pidosta/>

<sup>14</sup> Statement on mink production, Danish Animal Ethics Council, November 2021.

[https://detdyreetiskeraad.dk/fileadmin/user\\_upload/Dyreetisk\\_Raad/Publikationer/Udtalelser/Oversaettelser/Statement\\_on\\_mink\\_production\\_2021.pdf](https://detdyreetiskeraad.dk/fileadmin/user_upload/Dyreetisk_Raad/Publikationer/Udtalelser/Oversaettelser/Statement_on_mink_production_2021.pdf)



Finally, to reiterate the concerns of our Swiss colleagues made in their consultation submission, we believe that the proposed import ban should include fur products made from all animals kept in cages (regardless of what the flooring of the cage is made from) or trapped in the wild for their fur.

We, the members of the Fur Free Alliance, respectfully urge you to help end the suffering of animals killed for their fur by adopting a fur import ban in Switzerland.

We thank you in advance for your consideration of our request. Please do not hesitate to contact us if you require additional information, or would like to discuss this important matter in greater detail.

Yours faithfully,

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Joh Vinding". The signature is fluid and cursive, with a large loop at the end.

Joh Vinding  
Chairman of the Fur Free Alliance



Panamalaan 110  
1019 AZ Amsterdam  
The Netherlands  
E: info@furfreealliance.com  
W: www.furfreealliance.com

The Fur Free Alliance is an international coalition of over 50 animal protection organisations representing millions of supporters worldwide.

The Fur Free Alliance is represented by:





Panamalaan 110  
1019 AZ Amsterdam  
The Netherlands  
E: [info@furfreealliance.com](mailto:info@furfreealliance.com)  
W: [www.furfreealliance.com](http://www.furfreealliance.com)

- ACTAsia
- Anima
- ANIMAL
- Animal Rights Center Japan (ARCJ)
- Animalia
- Bont voor Dieren (Fur for Animals)
- Campaigns and Activism for Animals in the Industry (CAAI)
- Deutscher Tierschutzbund
- Dyrenes Alliance
- Dzīvnieku brīvība (Animal Freedom)
- FOUR PAWS Australia
- FOUR PAWS Bulgaria
- FOUR PAWS South Africa
- FOUR PAWS UK
- FOUR PAWS USA
- GAIA
- HSI Canada
- HSI Europe
- HSI Europe/Germany
- HSI Europe/Italy
- HSI Europe/Poland
- HSI Europe/Romania
- Humane Society International
- JAVA
- Last Chance for Animals
- LAV
- Loomus
- Nevidimi zivotni (Невидими животни)
- NOAH
- Oikeutta Eläimille
- One Voice
- Otwarte Klatki
- Project 1882
- Respect for Animals
- RSPCA
- Swiss Animal Protection (SAP)
- The Fur-Bearers
- The Humane Society of the United States
- Tu Abrigo Su Vida
- Tusti Narvai
- UAnimals
- Una Terra
- Unique Planet
- VEGAIA
- VIER PFOTEN Austria
- VIER PFOTEN Germany
- Voices for Animals (Голоса за животных)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Fondation Franz Weber  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : FFW  
Adresse, Ort : Mühlenplatz 3, 3011 Bern  
Kontaktperson : Monika Wasenegger  
Telefon : 021 / 964 24 24 ; direkt: 079 / 655 34 74  
E-Mail : monikawasenegger@ffw.ch  
Datum : 20.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die gängigen Methoden der Pelzgewinnung sind seit langem ein Thema und für die betroffenen Tiere mit immensm Leid verbunden. Seit Jahren versucht die Fondation Franz Weber (FFW), sowie die meisten Tierschutzorganisationen, ein schweizweites Pelzimportverbot zu erreichen. Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte begrüßen wir daher im Grundsatz sehr. Nur mit einem Einfuhrverbot kann erreicht werden, dass aufgrund der ausbleibenden, inländischen Nachfrage, die Pelzproduktionen im Ausland nicht mehr gefördert werden, welche ein Grossteil der Schweizer Bevölkerung ablehnt.

Dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist, belegen zwei Rechtsgutachten (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls begrüsst die FFW das Handelsverbot, das im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Dieses wäre eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot und trüge zu einer klaren Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen bei. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend dem Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Aus unserer Sicht ist es jedoch nicht akzeptabel, dass sich das Verbot nicht auch auf die Pelzgewinnung aus Fallenjagd (sog. Totschlagfallen etc.) erstrecken soll (dies gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU). Eine Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme ohne Einschluss dieser Methoden stünde dem angestrebten Ziel diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar.

Wir sind ausserdem der Meinung, dass der Import von Pelzprodukten nahtlos verfolgbar sein muss und dass sowohl die [Pelzarten als auch die Tierarten](#), von denen die Pelze stammen, beim Import genau deklariert werden müssen. Das genaue Herkunftsland, Verarbeitungsland sowie Tötungsland müssen lückenlos nachverfolgt werden können. Weiter auch die Tötungsart. Bei allen Angaben ist zwingend die Deklaration «unbekannt» als nicht zulässig einzustufen.

Für die Schweiz (wie für die EU) gilt beim internationalen Handel mit Tieren, Waren tierischen Ursprungs und gewisser Produkte nicht-tierischen Ursprungs das Informationssystem [Trade Control and Expert System“ \(TRACES\)](#). Heute wird TRACES in rund 90 Ländern mit mehr als 113'000 Nutzern weltweit für die Ausstellung von Gesundheits- und amtlichen Dokumenten genutzt. Die Schweiz ist vollständig integriert. Das TRACES-System zielt darauf ab, die Zertifizierungs- und Zulassungsverfahren zu rationalisieren und einen vollständig digitalen, papierlosen Arbeitsablauf im Einklang mit der Politik der Europäischen Kommission „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zu schaffen.

Zurzeit werden alle Pelze als «Echt- oder Kunstfell (Furskins and Artificial Fur) mit dem Zolltarifcode (Harmonized Systems Code HS) 43 importiert und nur in Nerz-, Lamm, Fuchsfelle sowie «andere» und Teile für Kürschner unterteilt. Die Unterkategorien in TRACES für den HS Codes 43 sind die folgenden:

- 430110 Of mink, whole, with or without head, tail or paws
- 4030130 Of lamb, the following: Astrakhan, Broadtail, Caracul, Persian and similar lamb, Indian, Chinese, Mongolian or Tibetan lamb whole, with or without head, tail or paws
- 430160 Of fox, whole, with or without head, tail or paws
- 430180 Other furskins, whole, with or without head tail or paws
- 430190 Heads, tails, paws and other pieces or cuttings, suitable for furriers' use

Wir sind der Meinung, dass die über [150 Tierarten](#), von denen Pelze gewonnen werden, in genauere Kategorien unterteilt werden müssen sowie auf Artniveau und mit wissenschaftlichem Namen und die Zuchtformen ausgewiesen werden sollen. Hiermit kann verifiziert werden, dass keine tierquälischen Produkte importiert werden. Die Zustimmung dazu soll beim Import die grenztierärztliche Kontrolle erteilen und den Import freigeben oder zurückweisen. Eine eindeutige Deklaration ist auch im Hinblick auf die Biosicherheit und die Vermeidung möglicher Gesundheitsrisiken äusserst wichtig. Die Gesetzgebung dazu findet sich unter: [Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen \(EDAV-EU\)](#), [Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten \(EDAV-DS\)](#).

Ausnahmebestimmungen im Sinne von nicht kommerziellen Zwecken sind nicht grundsätzlich verwerflich. Allerdings sollten sie dringend so gewählt werden, dass sie absolut keine Umgehungsmöglichkeiten bieten. Hierzu würde sich die FFW wünschen, dass die ab dem 1. Januar 2025 gültige Herabsetzung der Wertfreigrenze von neu CHF 150 (bisher CHF 300) für Fellprodukte noch weiter reduziert würde auf CHF 50.

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält:

Einerseits ist unter Punkt 4.4 zu lesen, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Die Aussage wird ohne Begründung getätigt und dies, obwohl eine derartige Aussage allenfalls die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich beeinflussen könnte.

Auch wird unter Punkt 4.4 eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt **und für die als Masstab das eigene Recht herangezogen wird**, als grundsätzliche Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen sowie als Verstoss gegen das GATT dargestellt. Für eine Ungleichbehandlung resp. eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen spielt es jedoch keine Rolle, ob als Masstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird – es wäre so oder so eine. Viel wichtiger ist, dass sich eine solche Verletzung jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen lässt. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich

problematisch sein – indem sie bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Es wäre somit verfehlt anzunehmen, dass die Initiative aufgrund dieser für die Umsetzung notwendigen Bestimmungen, nicht realisierbar wäre. Im Gegenteil, es gibt absolut Lösungsansätze zur Umsetzung und es wäre gerade in diesem bereits seit Jahrzehnten für die Bevölkerung wichtigen Anliegen wünschenswert, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Einheitliche rechtliche Orientierung am TSchG</b></p> <p>Ein Grossteil der Bevölkerung der Schweiz lehnt die Einfuhr von und den Handel mit tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten ab. Diese Ablehnung orientiert sich an den als tierquälerisch geltenden Richtlinien des TSchG nach Artikel 26. Es erscheint daher naheliegend, dass für die Umsetzung der Initiative zwingend auch diese Orientierung nach TSchG gelten soll und nicht, wie im bundesrätlichen Gegenvorschlag vorgestellt, eine Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH. Nebst dem gesellschaftlichen Aspekt wäre es auch aus rechtlicher Sicht unglücklich, wenn innerhalb desselben Erlasses die Definition «tierquälerisch» unterschiedlich definiert würde.</p> <p>Die Begründung im erläuternden Bericht, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8), erachtet die FFW nicht als sinnvoll und zwingend. Dies einerseits, da er nicht in jeder Beziehung für Klarheit sorgt. Gemäss dem vorliegenden Vorschlag sollen nur <b>starke</b> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten. Allerdings beziehen sich die "freedoms" nach WOAH generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</del></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. So müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.

Als Grund für die Anlehnung an die WOA-Prinzipien nennt der erläuternde Bericht, dass diese international breit abgestützt seien und sie deshalb von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden (S. 7 f.). Aus Sicht der FFW überwiegen hier jedoch klar die Erwartungen der *Schweizer Bevölkerung* an das Tierwohl (die sich im Schweizer TSchG widerspiegeln). Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG (nach erläuterndem Bericht würde "tierquälerisch" als Verletzung der WOA-Prinzipien definiert, jedoch im geplanten Gesetzestext wird auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen). Die Leitlinien der WOA als Massstab ergeben sich somit lediglich aus den Erläuterungen und nicht dem Gesetzestext. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird.

#### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Für die Rechtskonformität der Massnahmen ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOA nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres

möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

#### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, sollten im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Für die FFW ist dieser Anwendungsbereich deutlich zu eng.

Käfige mit Gitterböden sind zwar immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Allerdings ist nicht nur der Käfigboden, sondern auch die Haltungsform in Käfigen grundsätzlich zB aufgrund unzureichender Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) als tierquälerisch einzustufen. Im Hinblick auf eine Verbesserung sollte somit sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die Käfigböden anders ausgestaltet werden (zB mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien wie Kunststoffe oder Bambus ausgelegt). Lässt man dies ausseracht, läuft man Gefahr, dass die Betreiber von Pelztierzuchten einzig die Haltungsbedingungen für einzelne Tiere minimal umstellen und so weiter in die Schweiz liefern (siehe zB Kaninchen welche zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten werden für den Export in die Schweiz). Geht man andererseits davon aus, dass die Schweizer Umsetzung neue Massstäbe zu setzen vermag, sollte das Verbot unbedingt sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten

von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch einstufen.

**Bestehende Labels sind keinesfalls ein Beitrag zum Tierschutz**

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmark – 10 Reasons why Furmark will not Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

**Keine Ausnahmen von tierquälerischen Gewinnungsmethoden**

Scharf zu kritisieren ist aus unserer Sicht die im Erläuterungsbericht geäußerte Absicht, dass sich das Verbot nicht auch auf Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden (sog. Totschlagfallen etc.) erstrecken soll. Eine Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme ohne Einschluss dieser Methoden stünde dem angestrebten Ziel diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod

der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fallen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung

	<p>an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>). Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden.</p> <p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b>  Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Möglichkeit bietet, das Verbot zu umgehen durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland. Es wäre daher zu begrüssen, wenn hier die Bestimmungen so festgelegt würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind (zB in den eingangs genannten Wertfreigrenzen ab dem 1. Januar 2025, die neu CHF 150 statt CHF 300. Für Fellprodukte sollte dies auf CHF 50 reduziert werden.)</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt.</p> <p>Wir sind klar der Meinung, dass der Import von Pelzprodukten nahtlos verfolgbar sein muss und dass sowohl die <a href="#">Pelzarten als auch die Tierarten</a>, von denen die Pelze stammen, beim Import genau deklariert werden müssen. Das genaue Herkunftsland, Verarbeitungsland sowie Tötungsland müssen</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. <a href="#">aus einem Land stammen, das die tierquälische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet; oder nahtlos verfolgbar sind und sowohl die Pelzarten als auch die Tierarten, von denen die Pelze stammen, beim Import genau deklariert werden. Das genaue Herkunftsland, Verarbeitungsland sowie Tötungsland müssen lückenlos nachverfolgt werden können. Weiter auch die Tötungsart. Eine Deklaration «unbekannt» ist nicht zulässig.</a></li> </ul>

lückenlos nachverfolgt werden können. Weiter auch die Tötungsart. Bei allen Angaben ist zwingend die Deklaration «unbekannt» als nicht zulässig einzustufen.

Für die Schweiz (wie für die EU) gilt beim internationalen Handel mit Tieren, Waren tierischen Ursprungs und gewisser Produkte nicht-tierischen Ursprungs das Informationssystem [Trade Control and Expert System“ \(TRACES\)](#). Heute wird TRACES in rund 90 Ländern mit mehr als 113'000 Nutzern weltweit für die Ausstellung von Gesundheits- und amtlichen Dokumenten genutzt. Die Schweiz ist vollständig integriert. Das TRACES-System zielt darauf ab, die Zertifizierungs- und Zulassungsverfahren zu rationalisieren und einen vollständig digitalen, papierlosen Arbeitsablauf im Einklang mit der Politik der Europäischen Kommission „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ zu schaffen.

Zurzeit werden alle Pelze als «Echt- oder Kunstfell (Furskins and Artificial Fur) mit dem Zolltarifcode (Harmonized Systems Code HS) 43 importiert und nur in Nerz-, Lamm, Fuchsfelle sowie «andere» und Teile für Kürschner unterteilt. Die Unterkategorien in TRACES für den HS Codes 43 sind die folgenden:

- 430110 Of mink, whole, with or without head, tail or paws
- 4030130 Of lamb, the following: Astrakhan, Broadtail, Caracul, Persian and similar lamb, Indian, Chinese, Mongolian or Tibetan lamb whole, with or without head, tail or paws
- 430160 Of fox, whole, with or without head, tail or paws
- 430180 Other furskins, whole, with or without head tail or paws
- 430190 Heads, tails, paws and other pieces or cuttings, suitable for furriers' use

Wir sind der Meinung, dass die über [150 Tierarten](#), von denen Pelze gewonnen werden, in genauere Kategorien unterteilt werden müssen sowie auf Artniveau und mit wissenschaftlichem Namen und die Zuchtformen ausgewiesen werden sollen. Hiermit kann verifiziert werden, dass keine tierquälereischen Produkte importiert werden. Die Zustimmung dazu soll beim Import die grenztierärztliche Kontrolle erteilen und den Import freigeben oder zurückweisen. Eine eindeutige Deklaration ist auch im Hinblick auf die Biosicherheit und die Vermeidung möglicher Gesundheitsrisiken äusserst wichtig.

	<p>Die Gesetzgebung dazu findet sich unter: <a href="#">Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit den EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen (EDAV-EU)</a>, <a href="#">Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten im Verkehr mit Drittstaaten (EDAV-DS)</a>.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».  
(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : Fédération romande des consommateurs  
Sigle entreprise / organisation / service : FRC  
Adresse, lieu : Rue de Genève 17, CP 585, 1001 Lausanne  
Interlocuteur : Laurianne Altwegg  
Téléphone : 021 331 00 95  
Courriel : l.altwegg@frc.ch  
Date : 22.11.2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

La FRC vous remercie de lui donner la possibilité de prendre position dans le cadre de la consultation relative au contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements» et vous prie de trouver sa position ci-après.

**La FRC soutient le projet de loi proposé.** Alors que les consommateurs accordent une grande importance au bien-être des animaux, la FRC a elle-même constaté l'échec de l'obligation de déclarer la provenance et l'origine des fourrures et des produits de la pelleterie en vigueur lors de son [enquête](#) réalisée en 2021. Elle rejoint donc le constat et l'insatisfaction du Conseil fédéral quant au « non-respect persistant et généralisé de l'obligation de déclaration (...) pour les fourrures et les produits de la pelleterie par le secteur concerné » (rapport explicatif, p.5). Alors que le but de la législation est de permettre à la clientèle de faire un choix en toute connaissance de cause, l'absence de déclaration conforme à la loi l'en empêche.

Comme indiqué dans le rapport explicatif (p.6) « [l]a déclaration obligatoire est une mesure moins contraignante que l'interdiction d'importer, mais elle s'est révélée inefficace. » Cette situation justifie un renforcement des dispositions légales et donc l'interdiction d'importation, de commerce et de transit des fourrures et produits de la pelleterie fabriqués à partir d'animaux ayant subis de mauvais traitements.

De plus, la FRC relève également que les conditions d'élevage parfois scandaleuses des animaux destinés à la production de fourrure ont heurté la sensibilité de nombreux consommateurs. Les produits à base de fourrure ont ainsi mauvaise réputation et sont délibérément évités. Il est donc judicieux que les consommateurs puissent compter sur le fait que les fourrures et produits de pelleterie disponibles en Suisse ont été fabriqués dans le plus grand respect possible des animaux. Car même avec les directives de déclaration, il est impossible de savoir dans quelle mesure l'élevage a été respectueux des animaux dans la réalité.

Lors de la récente consultation sur les modifications de l'OITE-PT et l'OITE-UE qui s'est terminée le 12 juillet 2024, la FRC avait déjà [soutenu](#) l'interdiction proposée, tout en regrettant qu'elle soit limitée à la frontière et appliquée de manière aléatoire sans que des contrôles dans les commerces soient prévus. **Elle salue donc expressément le projet soumis à consultation qui ancre cette interdiction dans la loi, l'étend au commerce et au transit de fourrures et de produits de la pelleterie fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels et crée également une base légale pour des mesures visant à retirer de la circulation les fourrures et les produits de la pelleterie importés ou commercialisés de manière illicite.**

La FRC estime également judicieux d'ancrer ces dispositions dans la loi sur la protection des animaux (LPA) et non dans la Constitution. Elle salue donc le fait que le Conseil fédéral mette en consultation un contre-projet indirect qui reprend en grande partie les préoccupations de l'initiative «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements » (initiative fourrure).

Toutefois, le secteur de la fourrure ayant démontré qu'il était réticent au respect des obligations légales, il sera nécessaire de veiller à ce que les nouvelles dispositions soient respectées une fois celles-ci en vigueur. Il est en effet essentiel que les nouvelles exigences de la LPA ne trompent pas les consommateurs et ne leur donnent pas une fausse impression de sécurité. Il faut garantir de manière fiable qu'aucune fourrure ou produit de pelleterie

provenant d'animaux ayant subi des mauvais traitements ne soit effectivement disponible sur le marché suisse. C'est pourquoi la FRC regrette que la loi ne précise pas concrètement comment les contrôles seront effectués et qui en est responsable. La balle est dans le camp des autorités cantonales, qui peuvent éventuellement déléguer l'exécution à d'autres autorités. La FRC compte donc sur le fait que les ordonnances définissent plus précisément le contrôle et les sanctions possibles. **En effet, un contrôle fiable est la condition sine qua non pour que les fourrures produites de manière cruelle pour les animaux n'arrivent pas sur le marché suisse. Pour cela, des sanctions efficaces sont également nécessaires.**

Nous n'avons pas de remarques particulières sur les différents articles, mais soutenons les demandes de plusieurs organisations de protection des animaux qui exigent qu'une seule norme serve de base à la loi, à savoir la loi suisse sur la protection des animaux. De même, une **liste exhaustive des méthodes de production cruelles** considérées comme mauvais traitements des animaux doit figurer dans la loi sur la protection des animaux et dans les ordonnances correspondantes. Le rapport explicatif ne mentionne que les cages sur sol grillagé et les pièges à mâchoires ou à collet, mais ce ne sont que deux des nombreuses formes de cruauté que subissent les animaux exploités pour leur fourrure ou leur peau.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



**GRÜNE Schweiz**

Urs Scheuss  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern

urs.scheuss@gruene.ch  
031 326 66 04

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen  
3003 Bern

per Mail an: [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bern, 21. November 2024

**Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Die GRÜNEN begrüssen die Vorlage. Die Bestrebungen zur Verbesserung des Tierwohls in der Schweiz sollen nicht durch den Import von Produkten aus tierquälerischer Haltung und in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden untergraben werden. Dafür setzten sich die GRÜNEN nicht zuletzt mit der Fair-Food-Initiative ein. Das nun als indirekter Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative vorgelegte Ein- und Durchfuhrverbot für tierquälerisch erzeugte Pelze und Pelzprodukte sowie das Verbot des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sind wichtige Verbesserungen. Damit die Vorlage griffiger wird und die angestrebten Ziele erreicht, sind aus Sicht der GRÜNEN Anpassungen nötig.

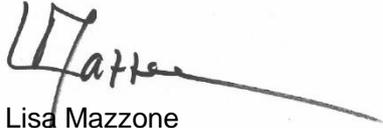
Die seit 2013 bestehende Pelzdeklarationsverordnung legt fest, dass Herkunft und Gewinnungsart von Echtpelz und Pelzprodukten deklariert werden müssen, damit die tierquälerischen Produktionsmethoden für die Konsument\*innen ersichtlich sind. Wiederholte Kontrollen des Bundes haben jedoch ergeben, dass diese Vorschrift sehr mangelhaft umgesetzt wird. So wurde die Kennzeichnung in den vergangenen Jahren regelmässig in rund zwei Dritteln der überprüften Verkaufsstellen beanstandet. Das Ein- und Durchfuhrverbot sowie das Verbot des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten ist somit eine logische Folge daraus, dass sich die Branche mehrheitlich nicht an die mildereren Regeln zur Deklaration hält.

Aus Sicht der GRÜNEN sollte sich der Begriff «tierquälerisch» am Schweizer Tierschutzrecht orientieren und nicht nur an den Leitprinzipien der World Organisation for Animal Health (WOAH). Gemäss den Erläuterungen soll mit den WOAH-Leitprinzipien sichergestellt werden, dass das Einfuhrverbot völkerrechtskonform umgesetzt wird. Wie in den Erläuterungen ebenfalls erwähnt, gestatten die relevanten völkerrechtlichen Verträge – an vorderster Stelle das GATT – auch das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der «öffentlichen Moral» erforderlich sind. Gemäss Rechtsprechung der WTO-Gremien ist den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs «öffentliche Moral» ein Ermessensspielraum einzuräumen. Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots möglich, sich bei der Definition von «tierquälerisch» auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung zu beziehen.

Sollte an den WOAH-Leitprinzipien festgehalten werden, müssen diese aus Sicht der GRÜNEN für die Anwendung präzisiert werden. Dazu gehört etwa die «Missachtung der Tierwürde» und konkreter das «Verhindern normaler Verhaltensmuster». Auch sollen Angst und Leiden nicht nur gemeinsam, sondern auch getrennt voneinander auftreten können, um den Tatbestand der Tierquälerei zu erfüllen. Die WOAH-Leitprinzipien im Bereich Tierwohl sehen nicht vor, dass Angst und Leiden kumulativ vorhanden sein müssen. Schliesslich sollten aus Sicht der GRÜNEN in den Ausführungsbestimmungen Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die als tierquälerei eingestuft werden. Dazu gehören etwa die Jagd mit sogenannten Schlagfallen oder die Haltung von Pelztieren in engen Käfigen ohne Beschäftigungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang lehnen die GRÜNEN die in den Erläuterungen geäusserte Absicht ab, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Es existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet oder in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden.

Wir danken für die Kenntnisnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone  
Präsidentin



Urs Scheuss  
stv. Generalsekretär



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GST  
Adresse, Ort : Brückfeldstrasse 18  
Kontaktperson : Frau Carole Malik  
Telefon : 031 307 35 35  
E-Mail : [info@gstsvs.ch](mailto:info@gstsvs.ch)  
Datum : 19.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die GST bedankt sich für die Möglichkeit, Stellung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte» nehmen zu dürfen. Sie hat die Vorlage geprüft und kommt zu folgendem Schluss:

Grundsätzlich nimmt der indirekte Gegenvorschlag das Anliegen der Initianten auf. Die GST begrüsst insbesondere, dass ein absolutes Verbot für Import und Handel von tierquälerisch erzeugtem Pelz eingeführt werden soll. Aus unserer Sicht ist dem indirekten Gegenvorschlag den Vorzug zu geben, mit Ausnahme der Definition der «tierquälerischen Produktionsmethoden». Die Initianten lehnen sich bei der Definition an die Schweizer Tierschutzstandards. Der indirekte Gegenvorschlag hingegen lehnt sich an die Leitlinien der WOAH (World Organisation of Animal Health), welche eine Tiergesundheitsorganisation und keine Tierschutzorganisation darstellt. Diese Leitlinien lassen je nach Auslegung aus schweizerischer Sicht auch tierquälerische Tötungsmethoden zu, wie zum Beispiel die Totschlagfallen (die schweizerische Jagdverordnung verbietet hingegen solche Methoden ausdrücklich, Art. 2 Abs.1). Aus Sicht der GST muss deswegen bei einem derartigen Tierschutzanliegen *zwingend* auf die Schweizer Tierschutzstandards abgestellt werden.

Die GST spricht sich darüber hinaus für eine Überprüfung des aktuellen Prozesses im Zusammenhang mit der Eigendeklarationspflicht aus, welche in der Vergangenheit offenbar Defizite aufwies. Einzig auf die Eigenverantwortung der Branche und der Kundschaft abzustellen ist aus unserer Sicht ungenügend. Die von den Initianten kritisierte Ausnahme für den sogenannten Eigengebrauch ist aus Sicht der GST hingegen von beschränkter Tragweite.

**Daher gibt die GST dem indirekten Gegenvorschlag und damit einer Regelung auf Gesetzes- statt Verfassungsstufe den Vorzug, unter Vorbehalt, dass die Definition der «tierquälerischen Produktionsmethoden» sich an Schweizer Tierschutzstandards orientiert. Insbesondere die Verwendung von Totschlagfallen muss aus Sicht der GST unter den Tatbestand der «tierquälerischen Produktionsmethode» fallen.**



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Igelzentrum  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Hagenholzstrasse 108b, 8052 Zürich  
Kontaktperson : Simon Steinemann  
Telefon : 079 385 52 90  
E-Mail : [simon.steinemann@igelzentrum.ch](mailto:simon.steinemann@igelzentrum.ch)  
Datum : 4.11.24

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not](#)

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

	<p>aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>).</p> <p>Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.</p>	
--	--	--

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : JagdSchweiz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : JagdSchweiz  
Adresse, Ort : Forstackerstrasse 2a, 4800 Zofingen  
Kontaktperson : David Clavadetscher  
Telefon : 062 751 87 78  
E-Mail : david.clavadetscher@jagdschweiz.ch  
Datum : 28. Oktober 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf für einen indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten Pelz-Initiative.

Die Vorschläge, im vorliegenden Entwurf erachten wir aus den folgenden Gründen als kritisch:

- Es braucht eine klare Definition bezüglich Pelze und Produkte aus Pelz
- Es müssen Ausnahmen für die Pelzgewinnung aus der Jagd wie aber auch aus der Nutz- und Kleintierhaltung formuliert werden. Der Gegenvorschlag hat sich auf Pelze (inkl. Häute und Felle) ausländischer Herkunft zu beschränken. Pelze aus inländischer Jagd oder inländischer landwirtschaftlicher Produktion sind explizit auszunehmen.
- Wir haben den Eindruck, dass der Entwurf für einen Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative weiter geht als die Initiative selbst.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

JagdSchweiz

David Clavadetscher, Geschäftsführer



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<i>Art. 14 Abs. 2–4 (3 und 4 neu); Art. 14a; Art. 14b und Art. 24 Abs. 1<sup>bis</sup>–1<sup>quinqües</sup> (neu)</i>	Die Anwendbarkeit ist auf Pelze (inkl. Häute und Felle) ausländischer Herkunft zu beschränken. Pelze wie auch Produkte aus Pelz aus der inländischen Jagd sowie aus der inländischen Nutz- und Kleintierhaltung sind explizit auszunehmen.	<sup>5</sup> Pelze wie auch Produkte aus Pelz aus der inländischen Jagd sowie aus der inländischen Nutz- und Kleintierhaltung sind von diesem Verbot nicht betroffen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : :

Sigle entreprise / organisation / service : :

Adresse, lieu : :

Interlocuteur : :

Téléphone : :

Courriel : :

Date : :

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

L'introduction prévue d'une interdiction d'importation des produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels doit être vivement saluée sur le principe. Les méthodes courantes de production de la fourrure sont liées à d'immenses souffrances pour les animaux concernés. C'est pour cette raison que la protection des animaux demande depuis de nombreuses années une telle interdiction. Seule une interdiction d'importation permettrait d'éviter que la demande intérieure ne favorise à l'étranger des formes de production de fourrure clairement rejetées par une grande partie de la population suisse. En outre, deux avis de droit démontrent qu'une telle interdiction d'importation est également compatible avec les engagements commerciaux internationaux de la Suisse (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 4, Zurich/Bâle/Genève 2011 ; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Vol. 16, Zurich/Bâle/Genève 2017).

Il convient également de saluer le fait que le présent contre-projet prévoit, outre l'interdiction d'importation, une interdiction de commerce pour les produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi des traitements cruels. Une telle interdiction constituerait un complément judicieux et logique à l'interdiction d'importation et contribuerait de manière déterminante à une réglementation cohérente du commerce des produits de la pelleterie. Il en va de même pour la disposition prévue concernant la procédure en cas de soupçon de produits de la pelleterie importés ou commercialisés illégalement, qui créerait les conditions nécessaires à une mise en œuvre conséquente des nouvelles prescriptions.

Il est néanmoins inacceptable du point de vue de la protection animale que, selon le rapport explicatif relatif au contre-projet indirect à l'initiative contre la fourrure ainsi que le rapport explicatif relatif aux adaptations prévues de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, l'interdiction ne s'étende pas aux fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion. Une telle conception ou mise en œuvre de la mesure serait en diamétrale opposition au but qu'elle poursuit et ne serait en aucun cas justifiable d'un point de vue objectif (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous de l'adaptation prévue de l'art. 14).

Il convient également de critiquer le fait que le rapport explicatif contient plusieurs explications trompeuses ou imprécises quant à la compatibilité de l'initiative contre la fourrure avec les engagements commerciaux internationaux. Il est par exemple affirmé au point 4.4 qu'une différence de traitement entre des produits en raison d'une méthode de production qui ne se reflète pas dans les caractéristiques physiques du produit *et pour laquelle le droit national est pris comme référence* constitue une violation des obligations du droit commercial et contrevient notamment à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT). En réalité, le fait que le droit propre ou une norme internationale soit pris comme référence pour déterminer si une telle différence de traitement constitue ou non une violation des obligations du droit commercial ne joue aucun rôle. Selon l'opinion dominante, une telle différence de traitement devrait d'une manière générale violer les obligations du droit commercial, indépendamment de la loi sur laquelle la distinction est fondée. Une telle violation est toutefois justifiable dans certaines conditions. Dans ce contexte, l'art. XX(a) du GATT est particulièrement pertinent. En effet, son applicabilité ne dépend pas non plus du fait que le critère de distinction se fonde sur le droit national ou international (voir à ce sujet les explications détaillées ci-dessous concernant l'adaptation prévue de l'art. 14 LPA).

Le Conseil fédéral considère par ailleurs au point 4.4, sans apporter de justification précise, que l'initiative ne remplit pas les exigences élevées en matière d'exceptions justifiant des violations fondamentales du GATT. Une déclaration aussi importante a le potentiel d'influencer considérablement l'opinion du

Parlement et de la population sur l'initiative. Il serait donc impératif de fournir une justification détaillée. Enfin, le point 5 précise que l'initiative « pose problème du point de vue du droit commercial et n'est donc pas compatible avec les engagements internationaux de la Suisse ». Le fait que l'initiative pose problème du point de vue du droit commercial n'implique toutefois pas automatiquement qu'elle soit incompatible avec les engagements internationaux de la Suisse. Une mesure peut tout à fait être problématique du point de vue du droit commercial du fait qu'elle viole une disposition particulière du GATT, mais être couverte par une disposition d'exclusion (telle que celle de l'art. XX(a) du GATT) et être donc conforme aux obligations du droit commercial de la Suisse.

Les imprécisions mentionnées donnent l'impression d'une intention qui serait d'influencer les lectrices et lecteurs dans une certaine direction. Il serait pourtant souhaitable que le peuple et le Parlement soient informés de manière objective et neutre sur le contexte juridique de l'initiative contre la fourrure.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
14	<p><b>Orientation sur les principes directeurs de l'OMSA</b></p> <p>Selon l'art. 14, al. 3, du présent projet, la fourrure et les produits de la pelleterie doivent être considérés comme fabriqués en infligeant des traitements cruels aux animaux lorsque le bien-être de ces animaux a été gravement altéré. Le rapport explicatif justifie cette disposition par le fait que les principes directeurs de l'OMSA en matière de bien-être des animaux – notamment l'absence de douleur, de lésions et de maladie et l'absence de peur et de détresse – devraient être déterminants pour définir ce que sont les traitements cruels infligés aux animaux et que la définition des « libertés » selon l'OMSA correspond à peu près à celle du « bien-être » selon l'art. 3, let. b, LPA (p. 8). La raison pour laquelle, selon la présente proposition, seules les altérations <i>fortes</i> du bien-être des animaux sont considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux n'est toutefois pas claire. Les « libertés » selon l'OMSA se réfèrent d'une manière générale à la douleur, à la peur, etc., sans que des exigences particulières soient posées quant à l'intensité des différentes atteintes. Si la définition de ce qui est considéré comme « traitements cruels infligés aux animaux » devait effectivement s'orienter sur les principes directeurs de l'OMSA, toute atteinte au bien-être devrait donc logiquement être considérée comme un traitement cruel.</p>	<p><sup>2</sup> Sont interdits :</p> <p>a. l'importation, le transit et le commerce de fourrures et de produits de la pelleterie <del>fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels</del> <b>fabriqués selon des méthodes infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 ;</b></p> <p><sup>3</sup> <del>On considère que les fourrures et les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels si, pour les fabriquer, le bien-être des animaux a été fortement altéré.</del> <b>Le Conseil fédéral détermine les méthodes de fabrication qui sont considérées dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux.</b></p>

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

Du point de vue juridique, il serait de toute manière malvenu d'ajouter une définition supplémentaire des traitements cruels infligés aux animaux dans la LPA, dont l'article 26 définit déjà les comportements considérés comme des traitements cruels infligés aux animaux. Cela aurait pour conséquence que la notion de traitements cruels infligés aux animaux serait définie de manière différente au sein du même acte législatif. Il serait donc beaucoup plus cohérent que l'art. 14 LPA renvoie à l'art. 26 LPA pour la définition de « traitements cruels infligés aux animaux ». Cette solution n'irait pas plus loin que celle actuellement prévue, car les formes de production de fourrure qui doivent être considérées comme infligeant des traitements cruels aux animaux au sens de l'art. 26 LPA devraient pratiquement toujours constituer également une violation des principes directeurs de l'OMSA.

Selon le rapport explicatif relatif au contre-projet, le fait de s'orienter aux principes directeurs de l'OMSA s'explique par le fait que ceux-ci bénéficient d'un large soutien international et correspondent aux attentes de la société en matière de bien-être animal, raison pour laquelle les partenaires commerciaux les accepteraient plus facilement comme référence pour l'interdiction d'importation que la législation suisse sur la protection des animaux (p. 7 s.). Il convient tout d'abord de noter à cet égard que les attentes sociales de la *population suisse* en matière de bien-être animal – et ce sont ces attentes qui importent en l'espèce, notamment en ce qui concerne la conformité de la mesure avec le GATT (voir les informations à ce sujet ci-dessous) – se reflètent en premier lieu dans la LPA suisse. En outre, il est fortement discutable que la réglementation telle que proposée à l'art. 14, al. 3, LPA soit effectivement mieux acceptée par les partenaires commerciaux qu'une référence à l'art. 26 LPA. En effet, même s'il est précisé dans le rapport explicatif que l'expression « traitements cruels infligés aux animaux » doit être définie comme une violation des principes directeurs de l'OMSA, le texte de loi prévu fait référence à la notion de bien-être au sens de l'art. 3, let. b, LPA. Le fait que les lignes directrices de l'OMSA doivent servir de référence ne ressort donc pas du texte de loi lui-même mais seulement des explications. Par conséquent, le fait de se référer à l'art. 3, let. b, LPA ou à l'art. 26 LPA pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux » ne devrait guère faire de différence du point de vue de l'acceptation par les partenaires commerciaux. Enfin, même en cas de renvoi à l'art. 26 LPA dans les explications ou – en ce qui concerne le projet définitif

soumis au Parlement – dans le message, il pourrait être mentionné que les infractions correspondantes devraient pratiquement toujours constituer des violations des principes directeurs de l'OMSA.

### **Compatibilité avec les engagements commerciaux internationaux**

En fin de compte, la conformité juridique de la mesure est davantage décisive que son acceptation par les partenaires commerciaux. Il n'est pas nécessaire pour cela de recourir aux principes directeurs de l'OMSA. Comme mentionné dans les explications, les accords internationaux pertinents dans le présent contexte – en particulier le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE – autorisent l'adoption de mesures commerciales restrictives nécessaires à la protection de la moralité publique. Les organes de règlement des différends de l'OMC ont souligné à plusieurs reprises la nécessité d'accorder aux États membres une certaine marge de manœuvre dans l'interprétation de la notion de « moralité publique » pour leur permettre de la définir et de l'appliquer conformément à leurs propres valeurs (voir par exemple Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff. ; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759 ; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). En ce qui concerne la conformité au droit international de l'interdiction d'importation, il est donc tout à fait possible de se référer à la législation suisse sur la protection des animaux – concrètement à l'art. 26 LPA – pour définir les « traitements cruels infligés aux animaux ».

En outre, il convient de noter ici que, contrairement à ce qui est dit dans le rapport explicatif, l'accord sur l'agriculture avec l'UE ne s'applique pas de manière générale aux fourrures, selon l'avis présenté ici. Conformément à l'art. 1, ch. 2 de l'accord, seuls les produits des chapitres 1 à 24 du système harmonisé de désignation et de codification des marchandises sont considérés comme des « produits agricoles ». Or les produits de la pelleterie relèvent du chapitre 43. Seul le champ d'application de l'annexe 11 de l'accord s'étend aux fourrures en vertu de l'art. 5, ch. 2. L'article 8 de l'Annexe 11 précise toutefois que les dispositions du Titre II de l'Annexe 11 (Commerce des produits animaux) n'affectent pas les droits et obligations des parties découlant de l'accord de l'OMC et de ses annexes. Par

conséquent, les observations formulées ci-dessus en lien avec le GATT, l'OTC et l'accord de libre-échange avec l'UE concernant les mesures commerciales restrictives visant à protéger la moralité publique s'appliquent également à l'annexe 11 de l'accord sur l'agriculture.

### **Exemples concrets de formes de production de fourrures réprochées**

Comme nous l'avons déjà expliqué dans notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, indépendamment du fait que la définition de la notion de « traitements cruels infligés aux animaux » renvoie à l'art. 26 LPA, à l'art. 3, let. b, LPA ou aux principes directeurs de l'OMSA, il convient, dans un souci de clarté, de citer dans le texte de l'ordonnance quelques exemples de modes de détention et de chasse considérés dans tous les cas comme des traitements cruels infligés aux animaux. Selon les explications, l'interdiction d'importation s'applique par exemple à la détention dans des cages à sol grillagé et à la chasse avec des pièges à mâchoires ou à collets, mais pas à la chasse avec des pièges à percussion (p. 8). Toutefois, ce champ d'application est nettement trop étroit.

Contrairement aux affirmations régulières du secteur de la fourrure, les cages avec sol grillagé doivent toujours être considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (voir par ex. Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink (Neovison vison) : Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667, qui, dans le cadre d'une étude pour laquelle 1159 visons ont été examinés après leur abattage dans quatre exploitations à fourrure différentes au Danemark, ont constaté des blessures aux pattes chez 34 à 53 pour cent des animaux, selon l'exploitation). En ce qui concerne l'élevage d'animaux à fourrure, la définition d'un mode de détention infligeant ou n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux ne devrait toutefois pas dépendre uniquement de la nature du sol des cages. Par exemple, la détention d'animaux à fourrure dans des cages offrant des possibilités d'occupation insuffisantes (p. ex. pas de possibilité de se baigner pour les visons ou pas de possibilité de creuser pour les renards) doit être considérée comme des traitements cruels même si les cages possèdent un sol plein. À notre connaissance, les cages utilisées actuellement sont presque toujours

dotées d'un sol en treillis métallique. Il faudrait néanmoins s'assurer que l'interdiction d'importation ne puisse pas être contournée simplement en équipant les sols des cages d'une grille en plastique ou de matériaux solides (matériaux plastiques ou naturels comme le bambou, etc.). On peut certes se demander si le marché suisse est suffisamment grand pour que les éleveurs d'animaux à fourrure aient un intérêt à modifier leurs conditions de détention dans le seul but de pouvoir continuer à livrer leurs produits en Suisse. En Hongrie, par exemple, les lapins sont toutefois déjà élevés dans des cages dotées de grilles en plastique pour la production de viande et l'exportation vers la Suisse. En outre, il serait tout à fait envisageable, comme précisé dans les explications, que la réglementation suisse ait un effet de signal et soit reprise par d'autres États. Il serait donc important que l'interdiction soit plus large et que toutes les formes de détention nettement inférieures aux exigences minimales de la législation suisse sur la protection des animaux concernant la nature et les dimensions des enclos ainsi que l'offre de possibilités d'occupation soient considérées comme des traitements cruels infligés aux animaux (cf. notre prise de position sur l'adaptation prévue de l'OITE-PT et de l'OITE-UE, y compris la proposition de formulation correspondante).

Il convient ici de souligner clairement que les labels actuels créés par le secteur de la fourrure, comme Furmark – ou les protocoles WelFur sur lesquels Furmark s'appuie concernant les normes de protection animale à respecter – sont loin de répondre aux exigences d'une production de fourrure n'infligeant pas de traitements cruels aux animaux. Les protocoles WelFur suggèrent certes qu'un standard élevé de protection des animaux est assuré. En réalité, ces derniers s'orientent uniquement sur le statu quo, c'est-à-dire sur les conditions-cadres très limitées d'une détention industrielle d'animaux à fourrure économiquement viable, qui doivent être qualifiées clairement de traitements cruels infligés aux animaux selon les critères suisses et qui violent aussi gravement les principes directeurs de l'OMSA (voir à ce sujet les informations détaillées et les nombreuses références à des études scientifiques contenues dans Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023 ; Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms,

Amsterdam 2020 ; Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not Protect Consumers or Animals, London 2023 ; Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018).

L'intention exprimée dans les explications d'exclure de l'interdiction d'importation les fourrures d'animaux tués au moyen de pièges à percussion est également très contestable. À notre connaissance, il n'existe pas de pièges à percussion dont le fonctionnement soit suffisamment fiable pour garantir que les animaux soient tués immédiatement ou placés dans un état d'insensibilité et de perte de conscience. Même si de tels pièges étaient disponibles, de nombreux modèles ne garantissant pas une mort rapide des animaux sont actuellement utilisés (voir par exemple Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America : The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals [Basel], 2019 9[8], 570 ; le piège Conibear 120 qui y est mentionné est toujours listé dans les « Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States » comme piège répondant aux critères correspondants et figure également dans la liste des pièges autorisés au Canada). Selon l'Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS), conclu en 1998 entre l'Union européenne, le Canada et la Russie, qui fixe des normes minimales générales pour la capture de 19 espèces de mammifères, les méthodes de mise à mort de nombreuses espèces animales, dont les coyotes ou les rats laveurs, sont déjà considérées comme humaines si au moins 80 pour cent des animaux capturés perdent conscience et sensibilité en cinq minutes (annexe 1, points 3.3 et 3.4 de l'Agreement). Une mort aussi lente n'est pas acceptable du point de vue de la Protection des animaux. Le comité scientifique vétérinaire de la Commission européenne a également conclu que, pour être qualifié d'« humain », un piège mortel doit placer les animaux dans un état d'insensibilité immédiatement ou au moins en quelques secondes et que l'utilisation du terme « humain » dans l'AIHTS n'est donc pas appropriée (voir le point 2.6 de l'Avis du Comité économique et social européen sur la « Proposition de directive du Parlement européen et du Conseil introduisant des normes de piégeage sans cruauté pour certaines espèces animales » du 16 décembre 2004 [Journal officiel de l'Union européenne 2005/C 157/11]). La chasse avec des pièges à percussion est donc clairement contraire aux principes directeurs de l'OMSA. Selon la législation suisse, l'utilisation de

pièges à percussion serait à considérer comme une mise à mort cruelle – au moins une tentative, éventuellement intentionnelle – au sens de l’art. 26 al. 1 let. b LPA, en raison de leur manque de fiabilité quant au déclenchement d’un état immédiat de perte de conscience. En outre, ces pièges présentent un risque élevé de prises accidentelles, ce qui rend leur utilisation particulièrement préoccupante du point de vue de la protection des espèces. En conséquence, leur utilisation est expressément interdite par la législation suisse sur la chasse (art. 2 al. 1, let. a, OChP). En raison de la mort souvent douloureuse des animaux et de l’absence de spécificité mentionnée concernant les espèces capturées, la décision du Conseil fédéral de classer la chasse au moyen de pièges à percussion comme méthode n’infligeant pas de traitements cruels aux animaux n’est pas compréhensible. Il faudrait plutôt – sur le modèle de la réglementation actuelle de l’ordonnance sur la déclaration des fourrures (art. 5 al. 2 let. a) – que la chasse avec des pièges, non autorisée en Suisse, soit expressément mentionnée dans l’OITE-PT et l’OITE-UE comme exemple de méthode de production infligeant de traitements cruels aux animaux (sur ce point, voir aussi la lettre « Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen » des organisations Stiftung für das Tier im Recht [TIR] et QUATRE PATTES – Fondation pour la protection des animaux à l’Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires [OSAV] du 30 juillet 2024).

Il convient également de critiquer la formulation très euphémique des explications, selon laquelle les animaux pénètrent « de leur plein gré » dans les pièges à percussion, « où ils sont immédiatement mis à mort conformément aux règles définies pour leur espèce ». Outre le fait que l’on ne peut parler de « plein gré » que lorsque l’animal sait à quoi s’attendre, mais pas dans le cas d’une embuscade, il semble cynique d’utiliser l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » pour décrire l’abattage des animaux. Comme il est évident que les intérêts des animaux sont diamétralement opposés lorsqu’ils sont abattus par un piège, l’expression « conformément aux règles définies pour leur espèce » est manifestement totalement déplacée dans le présent contexte.

	<p><b>Dérogations pour des fins non commerciales (al. 4)</b></p> <p>Il est compréhensible que, pour des raisons de proportionnalité, des dérogations soient prévues pour des fins non commerciales. Toutefois, la dérogation incluse dans les adaptations de l'OITE-PT et de l'OITE-UE pour le transport à des fins personnelles a pour résultat fâcheux de permettre le contournement de l'interdiction par l'achat de produits de la pelleterie dans les pays limitrophes. Il serait donc souhaitable que les dérogations soient formulées de manière à ce que de tels actes de contournement ne soient pas possibles.</p>	
14b	<p>Al. 1 : La formulation de la lettre a est problématique ; en effet, contrairement à la lettre b, elle ne se réfère pas directement à la méthode de production mais à l'origine de la fourrure ou du produit de la pelleterie. Toutefois, nulle part n'est défini ce qu'il faut entendre exactement par « provenir d'un pays ». Il n'est par exemple pas clair si un produit de la pelleterie provient de Grande-Bretagne ou du Danemark lorsqu'il a été transformé en Grande-Bretagne mais que l'animal duquel la fourrure est composée a été élevé et tué au Danemark. La formulation devrait indiquer clairement que la réglementation se réfère au pays dans lequel l'animal a été élevé, détenu et tué ou chassé.</p> <p>L'art. 7 de l'ordonnance agricole sur la déclaration (OAGR D) prévoit en outre que les pays ne doivent pas seulement disposer d'une interdiction légale des formes de production à déclarer selon l'OAGR D, mais aussi d'un programme de surveillance correspondant pour pouvoir être inscrits sur la liste des pays selon l'OAGR D. Il devrait en être de même pour la liste de pays prévue ici pour l'interdiction d'importations de la fourrure ; il ne suffit pas qu'un pays interdise les méthodes de production concernées sur le papier, il doit également garantir la mise en œuvre de l'interdiction.</p>	<p><sup>1</sup> La preuve que les fourrures ou les produits de la pelleterie sont fabriqués à partir d'animaux qui n'ont pas subi de traitements cruels est fournie :</p> <p>a. <del>s'ils proviennent d'un pays qui interdit la fabrication de fourrures et de produits de la pelleterie à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels,</del> ou <b>s'ils proviennent d'animaux élevés, détenus et tués ou chassés dans un pays dont la législation interdit les méthodes visées à l'article 14 al. 2 let. a pour la production de fourrures et qui dispose d'un programme de surveillance correspondant ; ou</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Network for Animal Protection  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : NetAP  
Adresse, Ort : Vogelsangstrasse 32, 8133 Esslingen (ZH)  
Kontaktperson : lic.iur. Esther Geisser  
Telefon : 044 202 68 68  
E-Mail : [info@netap.ch](mailto:info@netap.ch)  
Datum : 15. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung ist folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser unzulässig in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es ist jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.  
Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass Gerichte für eine allfällige Auslegung von Begriffen im Tierschutzgesetz die im selben Gesetz bereits vorhandenen Definitionen heranziehen. Weil nun aber durch Verweise auf WOAHL-Leitprinzipien die Gefahr für Missverständnisse, Verwirrungen und für sich widersprechende Gerichtsentscheidungen geschaffen wurde, ist im Interesse der Klarheit und zur Vermeidung von Interpretationsproblemen ausdrücklich auf Art. 26 TSchG zu verweisen.

#### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur

Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

#### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die

	<p>Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).</p> <p>In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender</p>	
--	---	--

Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt für 80% und erst recht nicht für die übrigen 20% der Tiere ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des

	<p>Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fallen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>).</p> <p>Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle</p>	
--	---	--

	<p>erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.</p> <p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet; oder</del> <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></li> </ul>

PLR.Les Libéraux-Radicaux, case postale, 3001 Berne

Département fédéral de l'intérieur DFI

Berne, 6 novembre 2024 / DR  
VL/ Fourrure

Expédition électronique : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements (initiative fourrure)»

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

### Commentaire général

Le PLR Suisse montre un intérêt réel pour le contre-projet indirect proposé par le Conseil fédéral, qui représente une approche équilibrée et pragmatique face aux préoccupations légitimes concernant le bien-être animal tout en préservant les intérêts économiques et commerciaux de la Suisse.

Nous saluons particulièrement l'ancrage de cette réglementation au niveau de la loi plutôt que dans la Constitution, ce qui offre davantage de flexibilité pour des adaptations futures. Le choix de se référer aux principes directeurs de l'Organisation mondiale de la santé animale (OMSA) comme standard pour définir les traitements cruels, plutôt qu'à la législation suisse, est judicieux. Cette approche, basée sur des normes internationalement reconnues et soutenues par 183 pays membres, permet une meilleure compatibilité avec nos obligations en matière de droit commercial international.

L'extension de l'interdiction au transit et au commerce, en plus de l'importation, renforce l'efficacité de la mesure tout en garantissant une cohérence dans l'application de la loi sur l'ensemble du territoire. Le système de contrôle proposé, impliquant à la fois les autorités fédérales et cantonales, nous paraît approprié et proportionné. Nous apprécions particulièrement le mécanisme de preuve flexible permettant aux importateurs de démontrer la conformité de leurs produits soit par l'origine depuis un pays listé par l'OSAV, soit par une certification selon des directives de production reconnues. Cette double approche offre la souplesse nécessaire aux acteurs économiques tout en garantissant le respect des standards de bien-être animal. Par exemple, FURMARK est un système de certification efficace. Il s'agit d'un label reconnu au niveau international. Il garantit le respect des normes scientifiques de bien-être animal conformément aux directives de la WOAH et au programme WELFUR tout au long de la chaîne d'approvisionnement en fourrure. En avril 2024, FURMARK a été enregistré comme marque de certification officielle dans l'UE. Le programme WELFUR est la première initiative axée sur le bien-être animal à avoir reçu un label de qualité de la Commission européenne. Le système basé sur la recherche a été inclus dans la base de données de l'UE sur les « initiatives d'autorégulation et de corégulation ».

En ce qui concerne l'impact économique, nous relevons positivement que le projet n'entraîne pas de charges administratives excessives pour les entreprises, puisqu'il s'appuie sur les systèmes de déclaration déjà existants. Cette continuité permet aux acteurs économiques de s'adapter sans bouleversement majeur de leurs pratiques. Le PLR considère également que ce contre-projet répond de manière plus adéquate aux obligations internationales de la Suisse que l'initiative populaire. La référence aux standards de l'OMSA plutôt qu'au droit suisse réduit significativement les risques de conflits avec nos engagements vis-à-vis de l'OMC et de l'UE. Une coordination étroite avec l'UE sur ce dossier nous paraît essentielle pour éviter toute friction commerciale.

En conclusion, le PLR Suisse soutient ce contre-projet qui concilie de manière équilibrée protection des animaux, respect de nos engagements internationaux et intérêts économiques. Nous recommandons son adoption et le rejet de l'initiative populaire, trop rigide et préjudiciable aux relations commerciales de la Suisse.

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Le Président



Thierry Burkart  
Conseiller aux Etats

Le Secrétaire général



Jonas Projer



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Bauernverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SBV  
Adresse, Ort : Laurstrasse 10, 5200 Brugg  
Kontaktperson : Thomas Jäggi  
Telefon : 056 462 51 11  
E-Mail : thomas.jaeggi@sbv-usp.ch  
Datum : 18. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Schweizer Bauernverband (SBV) dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf für einen indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten Pelz-Initiative.

Die Vorschläge, im vorliegenden Entwurf für einen indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten Pelz-Initiative, für die Verbote der Ein- und Durchfuhr *sowie des Handels* mit Pelzen und Pelzprodukten sieht der SBV aus folgenden Gründen kritisch.

- Der Entwurf für einen Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative geht weiter als die Initiative selbst.
- Es werden neue Verbote im Gesetz verankert.
- Die Definition von Pelz und Pelzprodukten ist nicht vorgesehen.
- Notwendige Ausnahmen für im Inland anfallende Pelze aus Jagd, Nutz- und Hobbytierhaltungen (Kaninchen) sind nicht vorgesehen.

Wie schon in der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnungen im Bereich der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten (10.4. bis 12.7.2024) festgehalten verlangt der SBV diesen indirekten Gegenvorschlag auf Pelze (inkl. Häute und Felle) ausländischer Herkunft zu beschränken. Pelze etc. aus inländischer landwirtschaftlicher Produktion oder inländischer Jagd sind explizit auszunehmen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Schweizer Bauernverband**



Martin Rufer  
Direktor



Michel Darbellay  
Leiter DPMÖ



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<i>Art. 14 Abs. 2–4 (3 und 4 neu); Art. 14a; Art. 14b und Art. 24 Abs. 1bis_1quinquies (neu)</i>	Die Anwendbarkeit ist auf Pelze (inkl. Häute und Felle) ausländischer Herkunft zu beschränken. Pelze etc. aus inländischer landwirtschaftlicher Produktion oder inländischer Jagd sind explizit auszunehmen.	<sup>5</sup> Pelze wie auch Produkte aus Pelz aus der inländischen Jagd sowie aus der inländischen Nutz- und Kleintierhaltung sind von diesem Verbot nicht betroffen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Frau Bundesrätin  
Elisabeth Baume-Schneider  
Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)  
Inselgasse 1  
3003 Bern  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bern, 22. November 2024 sgv-dp/ap

### **Vernehmlassungsantwort: Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider, sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Publikation vom 21. August 2024 lädt das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) ein, zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» Stellung zu nehmen. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv dankt für diese Möglichkeit.

Der sgv begrüsst den Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)». Wir schlagen das international anerkannte FURMARK-Zertifizierungssystem für Naturpelzprodukte auch als Lösung für die Schweiz vor, um höhere Standards für einen nach wissenschaftlichen Kriterien überprüfbareren Tierschutz zu etablieren. Dies sollte im Gesetz und in der Botschaft des Bundesrates angemessen berücksichtigt werden (Ergänzung zu Art. 14).

Die Einführung des FURMARK-Labels durch den Bundesrat bzw. durch das verantwortliche Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) ist der optimale Weg, um die Inverkehrbringung tierquälerisch erzeugter Pelzprodukte effektiv und effizient zu unterbinden. Mit der Einführung des FURMARK-Labels kann die Schweiz auf eine rein schweizerische Pelzregelung verzichten. So liesse sich auch eine «Insellösung» und komplexe Diskussionen über die Gestaltung der bilateralen Beziehungen mit der EU vermeiden.

Übernimmt die Schweiz das FURMARK-Zertifizierungssystem, stellt sie automatisch sicher, dass der Pelzimport künftig mit den allgemeinen Grundsätzen der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) für den Schutz von Nutztieren übereinstimmt. Dabei sollte die Deklarationspflicht für die FURMARK-Zer-

tifizierung beim Importeur oder Lieferant liegen und nicht bei den einzelnen Händlern, für die eine solche Pflicht – gegeben ihre teilweise breite Produktpalette z. B. im Bereich Schuhe – eine übermässige Belastung darstellen würde.

Wir danken für die Kenntnisnahme und die gebührende Berücksichtigung unserer Hinweise.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgV**



Urs Furrer  
Direktor



Patrick Dümmler  
Ressortleiter



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Stiftung für Konsumentenschutz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Konsumentenschutz  
Adresse, Ort : Nordring 4, Postfach, 3001 Bern  
Kontaktperson : Josianne Walpen  
Telefon : 031 370 24 23  
E-Mail : [j.walpen@konsumentenschutz.ch](mailto:j.walpen@konsumentenschutz.ch)  
Datum : 21.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Konsumentenschutz bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zum indirekten Gegenentwurf zur eidgenössischen Volksinitiative „Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte“ (Pelz-Initiative) Stellung zu nehmen.

Der Konsumentenschutz begrüsst die Einführung eines Einfuhrverbotes für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte und unterstützt den vorgeschlagenen Gesetzesentwurf.

Die Deklarationspflicht, welche den Konsument:innen zumindest rudimentäre Informationen zu Herkunft und Produktionsart hätte vermitteln sollen, hat auch in den Augen der Behörden nicht funktioniert. Der Handel hat die gesetzlichen Vorlagen über Jahre ignoriert und den Konsument:innen die entsprechenden Informationen vorenthalten. Von daher ist es folgerichtig, dass die Behörden einen Schritt weitergehen und Pelze nicht mehr importiert werden können, wenn sie nicht gemäss tierschützerischen Auflagen produziert worden sind. Wir stimmen der Einschätzung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV voll und ganz zu, dass die Deklarationspflicht als mildere Massnahme zu einem Einfuhrverbot als gescheitert bezeichnet werden müsse.

Den Konsument:innen ist eine tierfreundliche Haltung sehr wichtig. Die teilweise skandalösen Haltungsbedingungen für Tiere, welche für die Pelzgewinnung gehalten werden, haben viele Konsument:innen vor den Kopf gestossen. Sie haben dazu geführt, dass Pelzprodukte einen schlechten Ruf haben und bewusst gemieden werden. Für die Konsument:innen ist es deshalb von Vorteil, wenn sie sich darauf verlassen können, dass die in der Schweiz erhältlichen Pelze und Pelzprodukte möglichst tierfreundlich hergestellt wurden. Denn auch mit den Deklarationsvorgaben ist es für Konsument:innen nicht möglich abzuschätzen, wie tierfreundlich die Haltung in der Realität gewesen ist.

Aus Sicht des Konsumentenschutzes macht es Sinn, die Einfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie den Handel im Tierschutzgesetz zu regeln und nicht in der Verfassung zu verankern. Er begrüsst deshalb, dass der Bundesrat einen Gegenvorschlag in die Vernehmlassung gibt, welche die Anliegen der Initiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte» (Pelz-Initiative) weitgehend aufnimmt.

Die Pelzbranche hat gezeigt, dass sie teilweise resistent ist gegen gesetzliche Auflagen. Nach Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Auflagen muss dafür gesorgt werden, dass diese auch umgesetzt werden.

Zentral für den Konsumentenschutz ist auch, dass die Konsument:innen durch die neuen Auflagen im Tierschutzgesetz nicht getäuscht werden oder sich in falscher Sicherheit wiegen könnten. Es muss verlässlich dafür gesorgt sein, dass auf dem Schweizer Markt tatsächlich keine tierquälerischen Pelze oder Produkte erhältlich sind. Der Konsumentenschutz vermisst deshalb im Gesetz konkrete Ausführungen, wie die Kontrollen durchgeführt werden und wer dafür verantwortlich ist. Der Ball wird den kantonalen Behörden zugeschoben, welche allenfalls den Vollzug anderen Behörden übertragen können. Der Konsumentenschutz fordert deshalb, dass in den Verordnungen die Kontrolle sowie die möglichen Sanktionen genauer umrissen werden. Denn eine verlässliche Kontrolle ist Voraussetzung dafür, dass tierquälerisch produzierte Pelze nicht auf den Schweizer Markt gelangen. Dazu sind auch wirksame Sanktionen notwendig. Wir begrüssen auch ausdrücklich, dass illegal eingeführte oder gehandelte Pelze und Pelzprodukte aus dem Verkehr gezogen werden dürfen.

Zu den einzelnen Artikeln haben wir keine besonderen Bemerkungen, unterstützen jedoch die Anliegen verschiedener Tierschutzorganisationen, welche einen einzigen Standard als Grundlage für das Gesetz fordern, nämlich das Schweizer Tierschutzgesetz. Ebenso ist eine umfassende Liste der tierquälerischen Gewinnungsmethoden für Pelz im Tierschutzgesetz und in der entsprechenden Verordnung aufzuführen. Der erläuternde Bericht erwähnt nur wenige Methoden, es darf also nicht der Eindruck entstehen, dass eine abschliessende Aufzählung ist.



**Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags**

<b>Artikel</b>	<b>Kommentare / Bemerkungen</b>	<b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Eidgenössisches Departement des Innern  
EDI  
Bundesamt für Landwirtschaft BLW  
Schwarzenburgstrasse 165  
3003 Bern

lmr@blv.admin.ch

Bern, 21. November 2024

**Sozialdemokratische  
Partei der Schweiz**

Zentralsekretariat  
Theaterplatz 4  
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

info@spschweiz.ch  
www.spschweiz.ch

**Vernehmlassungsantwort zum indirekten Gegenvorschlag zur  
Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte  
Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»**

Geschätzte Frau Bundesrätin,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen.

Die SP Schweiz begrüsst den Beschluss des Bundesrats vom 10. April 2024, der Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» durch die Änderung des Tierschutzgesetzes einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Dieser sieht neu ein Verbot für die Ein- und Durchfuhr *von* und des Handels *mit* tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten vor, wie es die Initiative verlangt. Als Referenz für «tierquälerisch» sollen jedoch die Leitprinzipien der «World Organisation for Animal Health» für den Bereich Tierwohl dienen und nicht das Schweizer Recht. Der indirekte Gegenvorschlag ist dadurch besser mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz vereinbar. Wer Pelze und Pelzprodukte einführt, muss zudem neu nachweisen, dass sie nicht mit tierquälerischen Methoden produziert wurden. Sich widerrechtlich im Verkehr befindende Pelze und Pelzprodukte werden beschlagnahmt und gegebenenfalls eingezogen.

Der Bundesrat trägt mit der Änderung des Tierschutzgesetzes den sich wandelnden Erwartungen an das Tierwohl Rechnung und setzt langjährige Anliegen und Forderungen im Bereich Tierschutz um.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Mit freundlichen Grüßen.

SP Schweiz

Mattea Meyer  
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth  
Co-Präsident

Sandro Liniger  
Politischer Fachreferent



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Tierschutz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : STS  
Adresse, Ort : Dornacherstrasse 101, 4018 Basel  
Kontaktperson : Pius Odermatt  
Telefon : 078 480 39 46  
E-Mail : pius.odermatt@tierschutz.com  
Datum : 31.10.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

	<p>Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).</p> <p>In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAAH in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien <a href="#">Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023</a>; <a href="#">Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020</a>; <a href="#">Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not</a></p>	
--	---	--

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben ["Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht \[TIR\] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen \[BLV\] vom 30. Juli 2024](#)).

Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Schweinezucht- und Schweineproduzentenverband  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Suisseporcs  
Adresse, Ort : Allmend 10, 6204 Sempach  
Kontaktperson : Adrian Schütz  
Telefon : 041 462 65 90  
@suisseporcs.ch  
E-Mail : info@suisseporcs.ch  
Datum : 08.10.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Suisseporcs dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf für einen indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten Pelz-Initiative.

Wir unterstützen die Stellungnahme des Schweizer Bauernverband.

Die Vorschläge, im vorliegenden Entwurf für einen indirekten Gegenvorschlag zur sogenannten Pelz-Initiative, für die Verbote der Ein- und Durchfuhr sowie des Handels mit Pelzen und Pelzprodukten sieht Suisseporcs aus folgenden Gründen kritisch und nicht brauchbar.

- Der Entwurf für einen Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative geht weiter als die Initiative selbst.
- Es werden neue Verbote im Gesetz verankert.
- Die Definition von Pelz und Pelzprodukten ist nicht vorgesehen.
- Notwendige Ausnahmen für im Inland anfallende Pelze aus Jagd, Nutz- und Hobbytierhaltungen (Kaninchen) sind nicht vorgesehen.

Wie schon in der Vernehmlassung zur Änderung der Verordnungen im Bereich der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten (10.4. bis 12.7.2024) festgehalten verlangt Suisseporcs diesen indirekten Gegenvorschlag auf Pelze (inkl. Häute und Felle) ausländischer Herkunft zu beschränken. Pelze etc. aus inländischer landwirtschaftlicher Produktion oder inländischer Jagd sind explizit auszunehmen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Suisseporcs

sig. Andreas Bernhard  
Präsident

sig. Stefan Müller  
Geschäftsführer



### Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
<i>Art. 14 Abs. 2–4 (3 und 4 neu); Art. 14a; Art. 14b und Art. 24 Abs. 1bis_1quinquies (neu)</i>	Die Anwendbarkeit ist auf Pelze (inkl. Häute und Felle) ausländischer Herkunft zu beschränken. Pelze etc. aus inländischer landwirtschaftlicher Produktion oder inländischer Jagd sind explizit auszunehmen.	

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Susy Utzinger Stiftung für Tierschutz  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SUST  
Adresse, Ort : Weisslingerstrasse 1, 8483 Kollbrunn  
Kontaktperson : Corinne Frana  
Telefon : 052 202 69 69  
E-Mail : corinne.frana@susyutzinger.ch  
Datum : 22. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die geplante Einführung eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte ist im Grundsatz sehr zu begrüßen. Die gängigen Pelzgewinnungsmethoden sind für die betroffenen Tiere mit immensem Leid verbunden. Von Seiten des Tierschutzes wird deshalb schon seit vielen Jahren ein entsprechendes Verbot gefordert. Nur mit einem solchen lässt sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Zwei Rechtsgutachten belegen zudem, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar ist (Stohner Nils/Bolliger Gieri, GATT-rechtliche Zulässigkeit von Importverboten für Pelzprodukte, Schriften zum Tier im Recht, Band 4, Zürich/Basel/Genf 2011; Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Ebenfalls zu begrüßen ist, dass im vorliegenden Gegenvorschlag zusätzlich zum Importverbot auch ein Handelsverbot für tierquälerisch hergestellte Pelzprodukte vorgesehen ist. Ein solches würde eine sinnvolle und logische Ergänzung zum Einfuhrverbot darstellen und massgeblich zu einer kohärenten Regelung des Verkehrs mit Pelzerzeugnissen beitragen. Dasselbe gilt für die geplante Bestimmung betreffend das Vorgehen beim Verdacht auf widerrechtlich importierte oder gehandelte Pelzprodukte, die die Voraussetzungen für eine konsequente Umsetzung der neuen Vorschriften schaffen würde.

Inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht jedoch der Umstand, dass sich das Verbot gemäss dem erläuternden Bericht zum vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative – wie auch schon gemäss dem erläuternden Bericht zu den geplanten Anpassungen der EDAV-DS und der EDAV-EU – nicht auf Pelze von Tieren, die mittels Totschlagfallen getötet wurden, erstrecken soll. Eine solche Ausgestaltung bzw. Umsetzung der Massnahme stünde dem mit ihr verfolgten Zweck diametral entgegen und wäre in sachlicher Hinsicht in keiner Weise nachvollziehbar (siehe dazu ausführlich unten die Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14).

Kritisch anzumerken ist zudem, dass der erläuternde Bericht in Bezug auf die Vereinbarkeit der Pelz-Initiative mit den internationalen Handelsverpflichtungen verschiedene irreführende bzw. unpräzise Ausführungen enthält. So wird etwa unter Punkt 4.4 behauptet, dass eine unterschiedliche Behandlung von Produkten aufgrund einer Produktionsmethode, die sich nicht in den physischen Eigenschaften des Produktes niederschlägt *und für die als Massstab das eigene Recht herangezogen wird*, grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstelle und insbesondere gegen das GATT verstosse. Tatsächlich spielt es für die Frage, ob eine solche Ungleichbehandlung grundsätzlich eine Verletzung der handelsrechtlichen Verpflichtungen darstellt oder nicht, jedoch keine Rolle, ob als Massstab für die Ungleichbehandlung das eigene Recht oder ein internationaler Standard herangezogen wird. Nach wohl herrschender Auffassung dürfte eine solche Ungleichbehandlung die handelsrechtlichen Verpflichtungen in aller Regel grundsätzlich verletzen – unabhängig davon, auf welchem Recht die Unterscheidung beruht. Eine solche Verletzung lässt sich jedoch unter gewissen Voraussetzungen rechtfertigen. Vorliegend ist in diesem Zusammenhang insbesondere Art. XX(a) GATT relevant – für dessen Anwendbarkeit es aber ebenfalls unerheblich ist, ob das Unterscheidungsmerkmal auf inländischem oder auf internationalem Recht basiert (siehe dazu ausführlich unten die entsprechenden Ausführungen zur geplanten Anpassung von Art. 14 TSchG).

Weiter stellt sich der Bundesrat unter Punkt 4.4 ohne nähere Begründung auf den Standpunkt, dass die Initiative die hohen Anforderungen an die rechtfertigenden Ausnahmen für grundsätzliche Verletzungen des GATT nicht erfülle. Eine solch schwerwiegende Aussage hat das Potenzial, die Meinung des Parlaments wie auch jene der Bevölkerung über die Initiative erheblich zu beeinflussen. Eine detaillierte Begründung wäre folglich dringend angezeigt. Letztlich wird unter Punkt 5 ausgeführt, dass die Initiative "aus handelsrechtlicher Sicht problematisch und daher mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" sei. Aus dem Umstand, dass die Initiative aus handelsrechtlicher Sicht problematisch ist, folgt jedoch nicht automatisch, dass sie tatsächlich auch mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz unvereinbar wäre. Eine Massnahme kann durchaus handelsrechtlich problematisch sein – indem sie eine bestimmte Bestimmungen des GATT verletzt –, aber durch eine Ausnahmebestimmung – beispielsweise Art. XX(a) GATT – gerechtfertigt werden und somit dennoch mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz in Einklang stehen.

Die genannten Ungenauigkeiten erwecken den Eindruck, dass beabsichtigt wurde, die Leserin bzw. den Leser in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Es wäre jedoch zu wünschen, dass Volk und Parlament sachlich und neutral über die rechtlichen Hintergründe der Pelz-Initiative informiert werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
14	<p><b>Orientierung an den Leitprinzipien der WOAH</b></p> <p>Als tierquälerisch hergestellt sollen Pelze und Pelzprodukte gemäss Art. 14 Abs. 3 des vorliegenden Entwurfs dann gelten, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde. Begründet wird dies im erläuternden Bericht damit, dass für die Definition von "tierquälerisch" die Leitprinzipien der WOAH im Bereich Tierwohl – zu denen u.a. "freedom from pain, injury and disease" und "freedom from fear and distress" zählen – massgebend sein sollten und die "freedoms" nach WOAH inhaltlich in etwa der Definition von "Wohlergehen" nach Art. 3 lit. b TSchG entsprechen (S. 8). Völlig unklar bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, weshalb gemäss dem vorliegenden Vorschlag nur <i>starke</i> Beeinträchtigungen des Wohlergehens als tierquälerisch gelten sollen. Die "freedoms" nach WOAH beziehen sich generell auf Schmerzen, Angst etc. – ohne dass besondere Anforderungen an die Intensität der einzelnen Beeinträchtigungen gestellt würden. Soll sich die Definition dessen, was als tierquälerisch gilt, tatsächlich an den WOAH-Leitprinzipien orientieren, müsste also konsequenterweise jede Beeinträchtigung des Wohlergehens als tierquälerisch eingestuft werden.</p>	<p><sup>2</sup> Verboten sind:</p> <p>a. die Ein- und Durchfuhr von <del>tierquälerisch hergestellten</del> Pelzen und Pelzprodukten, <b>die mit tierquälerischen Methoden im Sinne von Artikel 26 hergestellt wurden</b>, sowie der Handel mit solchen Pelzen und Pelzprodukten;</p> <p><sup>3</sup> <del>Pelze und Pelzprodukte gelten als tierquälerisch hergestellt, wenn das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde.</del> <b>Der Bundesrat bestimmt Herstellungsmethoden, die in jedem Fall als tierquälerisch gelten.</b></p>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	<p>In rechtstechnischer Hinsicht wäre es jedoch ohnehin unglücklich, wenn im TSchG, das in Art. 26 bereits festlegt, welche Verhaltensweisen als tierquälerisch gelten, noch eine weitere Tierquälerei-Definition eingefügt würde. Die Folge davon wäre, dass der Begriff der Tierquälerei innerhalb desselben Erlasses unterschiedlich definiert würde. Wesentlich kohärenter erschiene es daher, wenn der geplante Art. 14 TSchG hinsichtlich der Definition von "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG verweisen würde. Diese Lösung würde auch nicht weitergehen als die aktuell geplante, da Pelzgewinnungsformen, die als tierquälerisch im Sinne von Art. 26 TSchG einzustufen sind, praktisch immer auch eine Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien darstellen dürften.</p> <p>Der Grund für die Anlehnung an die WOAHL-Leitprinzipien liegt gemäss erläuterndem Bericht zum vorliegenden Gegenvorschlag darin, dass diese international breit abgestützt seien und den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl entsprächen, weshalb sie von den Handelspartnern eher als Massstab für das Einfuhrverbot akzeptiert würden als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung (S. 7 f.). Hierzu ist zunächst einmal festzuhalten, dass sich die gesellschaftlichen Erwartungen der <i>Schweizer Bevölkerung</i> an das Tierwohl – und auf diese kommt es vorliegend, auch im Hinblick auf die GATT-Konformität der Massnahme (siehe hierzu weiter unten), an – in erster Linie im Schweizer TSchG widerspiegeln. Weiter erscheint es höchst fraglich, ob die Regelung, wie sie in Art. 14 Abs. 3 TSchG vorgeschlagen wird, von den Handelspartnern tatsächlich besser akzeptiert würde als eine Bezugnahme auf Art. 26 TSchG. Denn wenngleich im erläuternden Bericht ausgeführt wird, dass "tierquälerisch" als Verletzung der WOAHL-Leitprinzipien definiert werden soll, wird im geplanten Gesetzestext doch auf den Begriff des Wohlergehens im Sinne von Art. 3 lit. b TSchG zurückgegriffen. Dass die Leitlinien der WOAHL als Massstab zugrunde gelegt werden sollen, ergibt sich somit gar nicht aus dem Gesetzestext selbst, sondern lediglich aus den Erläuterungen. Folglich dürfte es mit Blick auf die Akzeptanz der Handelspartner kaum einen Unterschied machen, ob für die Definition von "tierquälerisch" auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf Art. 26 TSchG verwiesen wird. Schliesslich könnte auch bei einem Verweis auf Art. 26 TSchG in den Erläuterungen bzw. – bezüglich der definitiven Vorlage ans Parlament – in der Botschaft darauf hingewiesen werden, dass</p>	
--	--	--

entsprechende Verstösse praktisch immer auch Verletzungen der WOAHL-  
Leitprinzipien darstellen dürften.

### **Vereinbarkeit mit den internationalen Handelsverpflichtungen**

Entscheidender als die Akzeptanz der Massnahme durch die Handelspartner ist letztlich aber ohnehin ihre Rechtskonformität. Für diese ist ein Rückgriff auf die Leitprinzipien der WOAHL nicht erforderlich. Wie in den Erläuterungen erwähnt wird, gestatten die im vorliegenden Zusammenhang relevanten völkerrechtlichen Verträge – insbesondere das GATT, das TBT und das Freihandelsabkommen mit der EU – das Ergreifen handelsbeschränkender Massnahmen, die für den Schutz der öffentlichen Moral erforderlich sind. Die Streitbeilegungsgremien der WTO haben wiederholt betont, dass den Mitgliedstaaten bei der Interpretation des Begriffs "öffentliche Moral" ein gewisser Ermessensspielraum einzuräumen ist, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diesen entsprechend ihren eigenen Wertvorstellungen für sich selbst zu definieren und anzuwenden (siehe etwa Panel Report, EC – Seal Products, WT/DS400/R, WT/DS401/R, Ziff. 7.380 ff.; Panel Report, China – Publications and Audiovisual Products, WT/DS363/R, Ziff. 7.759; Panel Report, US – Gambling, WT/DS285/R, Ziff. 6.461, 6.465). Folglich ist es mit Blick auf die Völkerrechtskonformität des Importverbots ohne Weiteres möglich, sich bei der Definition von "tierquälerisch" auf die Schweizer Tierschutzgesetzgebung – konkret auf Art. 26 TSchG – zu beziehen.

Angemerkt sei an dieser Stelle zudem, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU – entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht – nach hier vertretener Ansicht nicht generell auf Pelze anwendbar ist. Gemäss Art. 1 Ziff. 2 des Abkommens gelten als "landwirtschaftliche Erzeugnisse" lediglich die Erzeugnisse der Kapitel 1–24 des Harmonisierte System zur Bezeichnung und Codierung der Waren. Pelzerzeugnisse sind jedoch Gegenstand von Kapitel 43. Einzig der Geltungsbereich von Anhang 11 des Abkommens erstreckt sich aufgrund von Art. 5 Ziff. 2 auch auf Pelze. In Art. 8 von Anhang 11 wird jedoch festgehalten, dass die Bestimmungen des Titels II von Anhang 11 (Handel mit tierischen Erzeugnissen) nicht die Rechte und Pflichten berühren, die sich für die Parteien aus dem WTO-Übereinkommen und seinen Anhängen ergeben. Folglich gelten die oben im Zusammenhang

mit dem GATT, dem TBT und dem Freihandelsabkommen mit der EU dargelegten Ausführungen betreffend handelbeschränkende Massnahmen zum Schutz der öffentlichen Moral auch in Bezug auf Anhang 11 des Landwirtschaftsabkommens.

### **Konkrete Beispiele verpönter Pelzgewinnungsformen**

Wie wir bereits in unserer Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU dargelegt haben, sollten ungeachtet dessen, ob für die Definition des Begriffs "tierquälerisch" auf Art. 26 TSchG, auf Art. 3 lit. b TSchG oder auf die Leitprinzipien WOAH verwiesen wird, im Sinne der Klarheit im Verordnungstext selbst einige Beispiele von Haltungs- und Jagdformen genannt werden, die in jedem Fall als tierquälerisch eingestuft werden. Laut den Erläuterungen sollen etwa die Haltung in Käfigen mit Gitterböden und die Jagd mit Tellereisen oder Schlingenfallen, nicht aber jene mit Totschlagfallen unter das Importverbot fallen (S. 8). Dieser Anwendungsbereich ist jedoch deutlich zu eng.

Zwar sind Käfige mit Gitterböden – entgegen regelmässig geäusselter Behauptungen seitens der Pelzbranche – tatsächlich immer als tierquälerisch einzustufen (siehe etwa [Jespersen A. et al., Foot Lesions in Farmed Mink \(Neovison vison\): Pathologic and Epidemiologic Characteristics on 4 Danish Farms, Veterinary Pathology, 2016, Volume 53, Issue 3, 666-667](#), die im Rahmen einer Studie, für die auf vier verschiedenen Pelzbetrieben in Dänemark insgesamt 1159 Nerze nach ihrer Tötung untersucht wurden, je nach Betrieb bei 34–53 Prozent der Tiere Verletzungen an den Pfoten feststellten). Hinsichtlich der Pelztierzucht sollte die Einstufung einer Haltungsform als tierquälerisch oder nicht tierquälerisch jedoch nicht einzig von der Beschaffenheit des Käfigbodens abhängen. So ist beispielsweise die Haltung von Pelztieren in Käfigen mit unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten (bspw. fehlende Bademöglichkeiten für Nerze oder fehlende Grabmöglichkeiten für Füchse) auch dann als tierquälerisch einzustufen, wenn die Käfige über feste Böden verfügen. Aktuell werden nach unserem Kenntnisstand zwar fast ausschliesslich Käfige mit Drahtgitterböden verwendet. Es sollte jedoch sichergestellt werden, dass das Importverbot nicht einfach dadurch umgangen werden kann, dass die

Käfigböden mit einem Plastikrost versehen oder mit festen Materialien (Kunststoffe oder Naturmaterialien wie Bambus etc.) ausgelegt werden. Zwar erscheint es fraglich, ob der Schweizer Markt genügend gross ist, dass es sich für die Betreiber von Pelztierzuchten lohnen würde, die Haltungsbedingungen allein deshalb umzustellen, damit ihre Produkte weiterhin in die Schweiz geliefert werden können. In Ungarn werden aber z.B. schon heute Kaninchen zur Fleischgewinnung auf Plastikrosten gehalten für den Export in die Schweiz. Es wäre zudem – wie auch in den Erläuterungen festgehalten wird – durchaus denkbar, dass die Schweizer Regelung Signalwirkung hat und von anderen Staaten übernommen wird. Deshalb wäre es wichtig, dass das Verbot weiter gefasst wird und sämtliche Haltungsformen, die die Mindestanforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung in Bezug auf die Beschaffenheit und die Abmessung der Gehege sowie das Anbieten von Beschäftigungsmöglichkeiten deutlich unterschreiten, als tierquälerisch eingestuft werden (vgl. unsere Stellungnahme zur geplanten Anpassung der EDAV-DS und EDAV-EU inklusive entsprechendem Formulierungsvorschlag).

In aller Deutlichkeit festzuhalten ist an dieser Stelle, dass aktuell bestehende Labels, die von der Pelzbranche ins Leben gerufen wurden, wie etwa Furmark – bzw. die WelFur-Protokolle, auf die sich Furmark in Bezug auf die einzuhaltenden Tierschutzstandards stützt – den Anforderungen, die an eine nicht-tierquälerische Gewinnung von Pelzen zu stellen sind, bei Weitem nicht gerecht werden. Die WelFur-Protokolle suggerieren zwar, dass ein hoher Tierschutzstandard gewährleistet wird. Tatsächlich orientieren sie sich aber lediglich am Status quo, also an den hochgradig limitierten Rahmenbedingungen einer wirtschaftlich tragbaren industriellen Pelztierhaltung, die nach Schweizer Massstab als klar tierquälerisch zu qualifizieren sind und auch die Leitprinzipien der WOAHA in schwerwiegender Weise verletzen (siehe dazu ausführlich und mit zahlreichen Hinweisen auf wissenschaftliche Studien [Pickett Heather/Harris Stephen, The case against fur factory farming in Europe – A scientific review of animal welfare standards and 'WelFur' – A report for Eurogroup for Animals and Respect for Animals, 2. Aufl., Brüssel/Nottingham 2023](#); [Fur Free Alliance, Certified Cruel – Why WelFur fails to stop the suffering of animals on fur farms, Amsterdam 2020](#); [Humane Society International, Furmask – 10 Reasons why Furmark will not](#)

[Protect Consumers or Animals, London 2023](#); [Humane Society International, Fur Farming and Industry Certification Initiatives, London 2018](#)).

Scharf zu kritisieren ist zudem die in den Erläuterungen geäusserte Absicht, Felle von Tieren, die mittels Schlagfallen getötet wurden, vom Importverbot auszunehmen. Nach unserem Kenntnisstand existieren keine Schlagfallen, die derart zuverlässig funktionieren, dass tatsächlich gewährleistet wäre, dass die Tiere unmittelbar getötet bzw. in einen Zustand der Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzt werden. Und selbst wenn solche Fallen erhältlich sein sollten, sind aktuell dennoch zahlreiche Modelle in Gebrauch, die keinen schnellen Tod der Tiere garantieren (siehe etwa [Proulx Gilbert/Rodtka Dwight, Killing Traps and Snares in North America: The Need for Stricter Checking Time Periods, Animals \[Basel\], 2019 9\[8\], 570](#); die dort erwähnte Conibear-120-Falle wird nach wie vor in den "[Best Management Practices for Trapping American Marten in the United States](#)" als Falle gelistet, die die entsprechenden Kriterien erfüllt, und auch in der [Liste der in Kanada zulässigen Fallen](#) aufgeführt). Gemäss dem Agreement on International Humane Trapping Standards (AIHTS) mit generellen Mindeststandards für den Fang von 19 Säugetierarten, das 1998 zwischen der Europäischen Union, Kanada und Russland geschlossen wurde, gelten Tötungsarten für viele Tierarten – darunter etwa Kojoten oder Waschbären – bereits dann als human, wenn mindestens 80 Prozent der gefangenen Tiere innerhalb von fünf Minuten das Bewusstsein und das Empfindungsvermögen verlieren (Anhang 1, Ziff. 3.3 und 3.4 des Agreements). Ein solch langsamer Todeseintritt ist aus Tierschutzsicht nicht akzeptabel. Auch der Wissenschaftliche Veterinärausschuss der Europäischen Kommission gelangte zum Schluss, dass eine Totschlagfalle die Tiere sofort oder zumindest innerhalb weniger Sekunden in einen Zustand der Empfindungslosigkeit versetzen müsse, um als "human" bezeichnet werden zu können, und dass die Verwendung des Begriffs "human" im AIHTS demzufolge unangemessen sei (siehe Ziff. 2.6 der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung humaner Fangnormen für bestimmte Tierarten" vom 16. Dezember 2004 [Amtsblatt der Europäischen Union 2005/C 157/11]). Die Jagd mit Totschlagfallen verstösst somit klar gegen die Leitprinzipien der WOAH. Nach Schweizer Gesetzgebung wäre der Einsatz von Totschlagfallen

	<p>aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, was die Herbeiführung eines sofortigen Zustands der Wahrnehmungslosigkeit betrifft, als – zumindest versuchte eventualvorsätzliche – qualvolle Tötung im Sinne von Art. 26 Abs. 1 lit. b TSchG zu ahnden. Ausserdem besteht bei solchen Fällen ein hohes Risiko, dass es zu Fehlfängen kommt, weshalb ihr Einsatz auch aus Artenschutzsicht höchst bedenklich ist. Folgerichtig wird ihre Verwendung durch die Schweizer Jagdgesetzgebung auch ausdrücklich untersagt (Art. 2 Abs. 1 lit. a JSV). Aufgrund des oft qualvollen Todes und der erwähnten fehlenden Spezifität bezüglich der gefangenen Arten ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat vorsieht, die Jagd mit Schlagfallen als nicht-tierquälerische Methode einzustufen. Vielmehr sollte – in Anlehnung an die bisherige Regelung in der Pelzdeklarationsverordnung (Art. 5 Abs. 2 lit. a) – die in der Schweiz nicht zugelassene Fallenjagd in der EDAV-DS und der EDAV-EU ausdrücklich als Beispiel für eine tierquälerische Erzeugungsmethode aufgeführt werden (zum Ganzen siehe auch das Schreiben <a href="#">"Wissenschaftliche Evidenz in Bezug auf Totschlagfallen" der Organisationen Stiftung für das Tier im Recht [TIR] und VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz an das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen [BLV] vom 30. Juli 2024</a>).</p> <p>Zu kritisieren ist weiter die stark beschönigende Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Tiere "freiwillig" in die Totschlagfallen hineingehen und dort dann "augenblicklich artgerecht erschlagen" würden. Abgesehen davon, dass von Freiwilligkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn das Tier weiss, was es zu erwarten hat, nicht jedoch in Bezug auf einen Hinterhalt, mutet es geradezu zynisch an, im Zusammenhang mit dem Erschlagen von Tieren die Umschreibung "artgerecht" zu verwenden. Unter "artgerecht" wird gemäss Duden online "den Ansprüchen einer bestimmten Tierart genügend" verstanden. Da es den Interessen der Tiere jedoch selbstredend per se diametral zuwiderläuft, wenn sie von einer Falle erschlagen werden, ist der Begriff der Artgerechtigkeit im vorliegenden Kontext offenkundig völlig deplatziert.</p>	
--	--	--

	<p><b>Ausnahmen für nicht kommerzielle Zwecke (Abs. 4)</b></p> <p>Es ist nachvollziehbar, dass aus Gründen der Verhältnismässigkeit Ausnahmen für nichtkommerzielle Zwecke vorgesehen werden. Eine unerfreuliche Begleiterscheinung der in den Anpassungen der EDAV-DS und EDAV-EU vorgesehenen Ausnahme für das Mitführen zum Eigengebrauch ist jedoch, dass diese die Umgehung des Verbots durch den Erwerb von Pelzprodukten im grenznahen Ausland ermöglicht. Es wäre daher zu begrüssen, wenn die Ausnahmen so ausgestaltet würden, dass solche Umgehungshandlungen nicht möglich sind.</p>	
14b	<p>Abs. 1: Die Formulierung in lit. a ist problematisch, da sie sich – anders als dies in lit. b der Fall ist – nicht direkt auf die Erzeugungsmethode, sondern auf die Herkunft des Pelzes bzw. des Pelzprodukts bezieht. Es wird jedoch nirgends definiert, was genau unter "aus einem Land stammen" zu verstehen ist. So ist beispielsweise unklar, ob ein Pelzprodukt, das in Grossbritannien verarbeitet wurde, während das Tier, aus dessen Fell dieses besteht, in Dänemark gezüchtet und getötet wurde, nun aus Grossbritannien oder aus Dänemark stammt. Aus der Formulierung sollte klar hervorgehen, dass sich die Regelung auf jenes Land bezieht, in dem das Tier gezüchtet, gehalten und getötet bzw. gejagt wurde.</p> <p>Art. 7 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (LDV) sieht zudem vor, dass Länder nicht nur über ein gesetzliches Verbot der gemäss LDV zu deklarierenden Produktionsformen, sondern zusätzlich auch über ein entsprechendes Überwachungsprogramm verfügen müssen, um in die Länderliste nach LDV aufgenommen zu werden. Analoges sollte auch in Bezug auf die vorliegend geplante Länderliste zum Pelzimportverbot gelten, da es nicht genügt, wenn ein Land die betreffenden Erzeugungsmethoden lediglich auf dem Papier verbietet, sondern zusätzlich auch die Umsetzung des Verbots sichergestellt sein muss.</p>	<p><sup>1</sup> Der Nachweis, dass Pelze oder Pelzprodukte nicht tierquälerisch hergestellt wurden, ist erbracht, wenn sie:</p> <p>a. <del>aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten verbietet;</del> oder <b>von Tieren stammen, die in einem Land gezüchtet, gehalten und getötet oder gejagt wurden, dessen Gesetzgebung die Methoden nach Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a für die Pelzgewinnung verbietet und das ein entsprechendes Überwachungsprogramm hat; oder</b></p>

Département fédéral de l'intérieur DFI  
Madame la Conseillère fédérale  
Elisabeth Baume-Schneider  
3003 Berne  
Par courrier électronique :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Berne, le 22 novembre 2024

## **Contre-projet indirect à l'initiative fourrure**

### **Réponse de l'UDC Suisse à la procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Mesdames et Messieurs,

L'UDC Suisse vous remercie de l'avoir consultée au sujet de l'objet cité en titre. Après avoir examiné les détails du projet, elle a l'avantage de se prononcer comme suit :

**L'UDC Suisse poursuit le but de protéger les animaux. Elle rejette toutefois tant l'initiative fourrure, qui préfère l'interdiction à la transparence, que le contre-projet proposé, qui délègue un pan du droit national à une instance étrangère. La compétence législative revient aux institutions élues par le peuple et ne saurait être diluée, petit à petit, dans divers comités et organismes internationaux.**

L'initiative populaire « Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements (initiative fourrure) » demande qu'il soit interdit d'importer des produits de la pelleterie dont la fabrication a enfreint le droit suisse en ce qu'elle a impliqué des traitements cruels envers des animaux. Le Conseil fédéral estime que l'objet de l'initiative dit être soutenu, mais qu'il faut lui opposer un contre-projet ne s'appuyant pas sur le droit suisse pour définir les mauvais traitements. Afin d'éviter tout problème d'un point de vue du droit commercial, le Conseil fédéral souhaite que la définition des traitements cruels soit calquée sur les principes directeurs de l'Organisation mondiale de la santé animale (OMSA). Pour le surplus, le projet du Conseil fédéral interdit, outre l'importation, le commerce de fourrures et de produits de la pelleterie fabriqués à partir d'animaux ayant subi des traitements cruels et prévoit des mesures administratives permettant de séquestrer et de confisquer les fourrures et les produits mis sur le marché de manière illicite.

Aux yeux de l'UDC, il n'est pas acceptable de déléguer une compétence législative interne à un acteur étranger comme l'OMSA. Bien que la référence ne soit qu'indirecte dans le texte légal, il ressort clairement et indiscutablement du rapport que c'est la

définition de cet organisme qui sera appliquée. La Suisse se soumet donc à une interprétation étrangère du bien-être animal.

L'UDC remarque en outre que la réglementation proposée est conditionnée à des développements incertains du droit européen. En d'autres termes, l'application du contre-projet à l'initiative fourrure dépend de la volonté de l'Union européenne de réglementer ce pan de droit, sans quoi elle contreviendra à l'accord agricole, partie des Bilatérales I.

**Pour ces raisons, l'UDC rejette tant le contre-projet indirect proposé par le Conseil fédéral que l'initiative. S'il devait malgré tout être proposé, il conviendrait pour le moins d'exclure les produits suisses de son champ d'application et le limiter aux produits importés.**

Réitérant ses remerciements de l'avoir associée à cette consultation, l'UDC Suisse vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames et Messieurs, à l'assurance de sa considération.

Avec nos meilleures salutations

## **UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE**

Le président du parti

Le secrétaire général



Marcel Dettling  
Conseiller national

Henrique Schneider

SWISS TEXTILES  
Textilverband Schweiz  
Fédération textile suisse  
Swiss textile federation  
Beethovenstrasse 20  
Postfach, 8022 Zürich  
T +41 44 289 79 79  
info@swisstextiles.ch  
www.swisstextiles.ch

**SWISS  
TEXTILES**  
**INNOVATIVE  
TEXTILES**  
**UNIQUE  
TEXTILES**  
**SUSTAINABLE  
TEXTILES**  
**CREATIVE  
TEXTILES**

Per E-Mail an [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch).

Zürich, 22. November 2024

## **VERNEHMLASSUNG ZUM INDIREKTEN GEGENVORSCHLAG ZUR VOLKSINITIATIVE «JA ZUM IMPORTVERBOT FÜR TIERQUÄLERISCH ERZEUGTE PELZPRODUKTE.»**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)». Gerne nimmt Swiss Textiles zu diesem Thema Stellung.

Swiss Textiles ist der Verband der schweizerischen Textil- und Bekleidungsbranche. Wir vertreten die Interessen von rund 250 Firmen. Diese operieren entlang der textilen Wertschöpfungskette in Nischenmärkten und bilden gemeinsam ein globales Kompetenzzentrum für textile Lösungen. Textil ist das Material der Zukunft. Es wird lang nicht nur im Bekleidungs- oder Heimtextilbereich eingesetzt, sondern kommt zunehmend in der Medizin, der Architektur oder der Transportindustrie zum Einsatz.

### **PELZBEKLEIDUNG GEHT ZURÜCK**

Die grosse Mehrheit unserer Mitglieder arbeitet nicht mit Echtpelzen. Und auch die ganz wenigen Firmen, die es tun, sind kaum von einem solchen Import- und Handelsverbot betroffen, wie eine Umfrage zeigt: Falls mit Pelzen gearbeitet wird, stammen diese grösstenteils aus Schweizer Jagd (Rotfuchse) und fallen so bereits unter die geltenden Gesetze. Swiss Textiles unterstützt daher den Vorschlag des Bundesrats.

### **INTERNATIONAL ABGESTIMMTE REGELUNG WICHTIG**

Für Swiss Textiles ist es jedoch wichtig, dass der internationale Handel möglichst ungehemmt funktioniert. Die Verordnung stellt ein Handelshemmnis dar, welches diesem Grundsatz widerspricht. Daher ist es für uns von grosser Wichtigkeit, dass die Lösung international eingebettet ist und auch in Übereinkunft mit den WTO-Grundsätzen steht. Aus diesem Grund begrüssen wir die Definition in Anlehnung an die Leitprinzipien der WOH. Diese Definition soll jedoch in regelmässigen Abständen überprüft werden, vor allem im Hinblick auf Lösungen anderer Länder. Falls beispielsweise die EU oder weitere wichtige Handelspartner eine anderswertige Definition von tierquälerisch produzierten Pelzen anwenden würde oder aber eine einheitliche Zertifizierung entwickelt wird, müsste eine Anpassung geprüft werden, damit international möglichst einheitliche Regeln angewendet werden. Einen Alleingang der Schweiz ist zu Vermeiden.

## AUSNAHMEN FÜR RECYCLING

Wir würden es begrüßen, wenn Sie die Möglichkeit von zusätzlicher Ausnahme für Waren, die bereits vor dem Inkrafttreten des Gegenvorschlags in die Schweiz eingeführt oder in der Schweiz produziert wurden, prüfen würden. Aus unserer Sicht macht es Sinn, dass man Felle und Waren aus Fellen möglichst lange nutzt und wieder aufbereitet, anstatt neue Waren herzustellen, auch wenn diese nach den neuen Standards produziert würden. Diese Ausnahme sollte jedoch nur möglich sein, wenn der Produktions- respektive der Einfuhrzeitraum vor Inkrafttreten der Verordnung liegt und die Ware auch ansonsten klar deklariert werden kann (Bspw. Analog den heute geltenden Kriterien oder aber anhand bestehender Zertifikate wie beispielsweise Furcycle).

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Björn Von der Crone  
Wirtschaftspolitik, Marktzugang  
[Bjoern.vondercrone@swisstextiles.ch](mailto:Bjoern.vondercrone@swisstextiles.ch)



Peter Flückiger  
Vorsitzender der Geschäftsleitung



## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Regierungsrat Kanton Nidwalden  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : NW  
Adresse, Ort : Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Kontaktperson : Karen Dörr  
Telefon : 041 618 76 05  
E-Mail : karen.doerr@nw.ch  
Datum : 12. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Das Verbot der Einfuhr von Pelzen und Pelzprodukten, die nicht nach anerkannten Richtlinien produziert wurden, erachten wir als unterstützenswert.

Die schweizerische Tierschutzgesetzgebung beinhaltet grundsätzlich Haltungsvorschriften für lebende Tiere in der Schweiz. Der kantonale Vollzug liegt bei den kantonalen Veterinärbehörden, die die Tierhaltungen kontrollieren.

Die geplanten Vorschriften zu Pelzen und Pelzprodukten richten sich nicht nach den Vorschriften der schweizerischen Tierschutzgesetzgebung. Sie betreffen verarbeitete Tierprodukte. Die vorgesehenen Kontrollen finden an der Grenze, in Onlineshops und in Detailhandelsgeschäften statt. Geprüft werden administrative Belange. Im Hintergrund der Regelungen stehen zwar Tierwohlüberlegungen, die Bestimmungen betreffen in der Schweiz jedoch ausschliesslich Einfuhr- und Handelsbestimmungen. Im Kontext des kantonalen Tierschutzvollzugs sind diese Regelungen im Tierschutzgesetz systemfremd.

Wir lehnen die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus den folgenden Gründen ab:

Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden. Es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Es würde sich um eine gänzlich neue Aufgabe handeln, wofür keinerlei Strukturen oder Expertise bestehen. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) müsste in einem solchen Fall wesentliche Aufgaben bei der Schulung und Harmonisierung übernehmen. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde erscheint vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen aus unserer Sicht wenig sinnvoll.

Nicht konforme Pelze und Pelzprodukte können ausschliesslich aus dem Import stammen, da diese in der Schweiz gar nicht hergestellt werden können. Zudem arbeiten Importeure und Onlinehändler und Detailhandelsketten in der Regel schweizweit. Entsprechend sind ein Kontrollsystem und Vollzug auf nationaler Ebene sinnvoll.

Aus diesen Gründen drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 vollzieht das BLV bereits die Pelzdeklarationsverordnung und führt dazu Kontrollen der Deklarationspflicht durch. Die dafür notwendige Expertise und Strukturen wurden aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und 1 <sup>quinqies</sup> jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Art. 7 Abs. 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Art. 14 Abs. 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Departement des Innern  
EDI

per Mail an:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.5110  
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 20. November 2024

**Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)";  
Stellungnahme.**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, *geschätzte Elisabeth*  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Stellungnahme indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)" danken wir Ihnen.

Mit dem indirekten Gegenvorschlag soll ein Verbot der Einfuhr und des Handels von und mit tierquälerisch erzeugten Pelzen und Pelzprodukten eingeführt werden. Dazu ist unter anderem eine Nachweispflicht der Importeurin bzw. des Importeurs bzw. der Händlerin oder des Händlers vorgesehen, dass eingeführte oder zum Verkauf angebotene Pelze und Pelzprodukte nicht tierquälerisch erzeugt wurden. Der Vollzug des Einfuhrverbots ist durch den Bund vorgesehen, jener des Handelsverbots durch die Kantone.

Wir sind der Ansicht, dass die gesamte Umsetzung der Regelungen zur Ein- und Durchfuhr von Pelzen und Pelzprodukten – und somit auch das Handelsverbot – durch den Bund erfolgen soll. Eine diesbezügliche Aufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen erscheint uns nicht sinnvoll. Auf weitere Hinweise zur Vorlage verzichten wir.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad  
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Gesundheitsamt
- Laboratorium der Urkantone
- Staatskanzlei



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 89 42  
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 21. Oktober 2024

**Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 21. August 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Nicht einverstanden ist die Regierung mit der Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone. Insbesondere ist eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlinehops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde, wie z.B. die Gewerbepolizei, ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit dem Jahr 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgenabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die

Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.

Für die Bemerkungen zu den einzelnen gesetzlichen Bestimmungen verweisen wir auf die Beilage.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Susanne Hartmann  
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk  
Staatssekretär

**Beilage:**  
Antwortformular

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton St. Gallen  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Regierungsgebäude, 9000 St.Gallen  
Kontaktperson : -  
Telefon : -  
E-Mail : -  
Datum : -

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die St. Galler Regierung erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Da mit dem Importverbot nicht der Schutz von Tieren in der Schweiz gemäss Zweckartikel des Gesetzes steht, sondern lediglich ein Handelsverbot, sind wir der Meinung, dass das Tierschutzgesetz nicht der richtige Ort für das Verbot ist. Zudem hat das Importverbot der Schweiz auch keinen Einfluss auf die Haltung der Pelztiere im Ausland. Auch wird sich nichts an der Anzahl der zur Pelzproduktion gehaltenen Tiere im Ausland ändern. Bis jetzt kennt das Tierschutzgesetz keine vergleichbaren Bestimmungen, welche nicht im Zusammenhang mit dem minimalen Schutz der Tiere in der Schweiz stehen. Nachdem das Bundesgericht bereits Art. 78 betreffend Massnahmen gegen Tiere, welche wegen übermässiger Aggression auffallen, für den Vollzug und das Strafrecht als nicht anwendbar erklärt hat und die Streichung aus der Verordnung empfohlen hat, sehen wir in der gestellten Vorlage aus dem gleichen Grund eine Fehlüberlegung.

Was wir aus folgenden Gründen mit aller Vehemenz ablehnen, ist die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone. Namentlich ist Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde, wie z.B. die Gewerbeполиizei (Siehe Botschaft) ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgenabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten (siehe Botschaft). Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbeполиizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



### Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1 <sup>bis</sup> , 1 <sup>ter</sup> und 1 <sup>quinqies</sup> geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und 1 <sup>quinqies</sup> jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art. 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art. 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Schaffhausen (Interkantonales Labor & Veterinäramt)  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : KtSH (IKL & Vet)  
Adresse, Ort : Mühlentalstrasse 188  
Kontaktperson : Kurt Seiler / Peter Uehlinger  
Telefon : 052 632 74 80  
E-Mail : [interkantlab@sh.ch](mailto:interkantlab@sh.ch), [veterinaeramt@sh.ch](mailto:veterinaeramt@sh.ch)  
Datum : 23.10.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Kanton Schaffhausen erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Da mit dem Importverbot nicht der Schutz von Tieren in der Schweiz gemäss Zweckartikel des Gesetzes im Vordergrund steht, sondern lediglich ein Handelsverbot, ist der Kanton Schaffhausen der Meinung, dass das Tierschutzgesetz nicht der richtige Ort für das Verbot ist. Zudem hat das Importverbot der Schweiz auch keinen Einfluss auf die Haltung der Pelztiere im Ausland. Auch wird sich nichts an der Anzahl der zur Pelzproduktion gehaltenen Tiere im Ausland ändern. Bis jetzt kennt das Tierschutzgesetz keine vergleichbaren Bestimmungen, welche nicht im Zusammenhang mit dem minimalen Schutz der Tiere in der Schweiz stehen. Nachdem das Bundesgericht bereits Art. 78 betreffend Massnahmen gegen Tiere, welche wegen übermässiger Aggression auffallen, für den Vollzug und das Strafrecht als nicht anwendbar erklärt hat und die Streichung aus der Verordnung empfohlen hat, wird auch die Unterbringung der geplanten Änderung im Tierschutzrecht als Fehlüberlegung erachtet.

Die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone wird aus folgenden Gründen abgelehnt: Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde, wie z.B. die Gewerbepolizei (siehe Botschaft) ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten (siehe Botschaft). Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter, als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



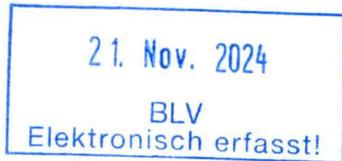
## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quater</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1quater und 1quinqies jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

**Regierungsrat**

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
so.ch



Bundesamt für  
Lebensmittelsicherheit und Veteri-  
närwesen  
Schwarzenburgstrasse 155  
3003 Bern

**per E-Mail an:**  
lmv@blv.admin.ch

18. November 2024

**Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Import-  
verbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. August 2024 geben Sie uns die Gelegenheit, zum indirekten Gegenvor-  
schlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-  
Initiative)» Stellung zu nehmen.

Wir erachten ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches  
Recht verstossen wurde, als unterstützenswert und begrüssen den indirekten Gegenvorschlag zur  
Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».  
Allerdings erachten wir die Übertragung der Kontroll- und Vollzugsaufgaben an den Kanton als  
nicht zielführend. Im Übrigen verweisen wir auf das Antwortformular in der Beilage.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

  
Peter Hodel  
Landammann

  
Andreas Eng  
Staatsschreiber

Beilage:            Antwortformular mit detaillierter Stellungnahme



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## **Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»**

**(21.8. bis 22.11.2024)**

### **Stellungnahme von**

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Solothurn, Volkswirtschaftsdepartement, Amt für Landwirtschaft, Veterinärdienst  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ALW  
Adresse, Ort : Hauptgasse 1, 4509 Solothurn  
Kontaktperson : Chantal Ritter, Kantonstierärztin  
Telefon : 032 627 25 02  
E-Mail : [Chantal.ritter@vd.so.ch](mailto:Chantal.ritter@vd.so.ch)  
Datum : 18.11.2024

### **Wichtige Hinweise:**

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Kanton Solothurn erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus folgenden Gründen ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.

Der Veterinärdienst Solothurn verfügt soweit ersichtlich nicht über ein Zutrittsrecht in Gebäude, in denen Pelze oder Pelzprodukte gelagert oder verkauft werden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quater</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1quater und 1quinqies jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement des Innern  
(EDI)  
Frau Elisabeth Baume-Schneider  
Bundesrätin  
3003 Bern

Frauenfeld, 19. November 2024  
Nr. 742

## **Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)“**

### **Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)“.

Das Anliegen der Initiative – Schutz der Tiere, die im Ausland für die Pelzproduktion verwendet werden – wird grundsätzlich unterstützt. Wir sind aber mit dem Bundesrat einig, dass eine Verankerung in der Bundesverfassung (BV; SR 101), so wie es die Annahme der Initiative nach sich zöge, nicht norm- und stufengerecht erscheint. Die Unterbreitung eines indirekten Gegenvorschlags wird daher ausdrücklich begrüsst.

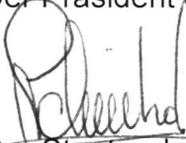
Jedoch ist aus Sicht des Kantons Thurgau der indirekte Gegenvorschlag in der vorliegenden Fassung abzulehnen. Diese würde zu Rechtsunsicherheiten führen und Aufwand verursachen, ohne dass sichergestellt ist, dass der Schutz der betreffenden Tiere tatsächlich verbessert wird. Damit der Vollzug gewährleistet werden kann, ist der Gegenvorschlag umfassend zu überarbeiten.

Unsere ausführlichen Bemerkungen dazu haben wir im beiliegenden Antwortformular festgehalten.

2/2

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



**Beilage:**

- Antwortformular



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte“.

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Departement für Inneres und Volkswirtschaft des Kantons Thurgau  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : DIV  
Adresse, Ort : Verwaltungsgebäude, Promenadenstrasse 8, 8510 Frauenfeld  
Kontaktperson : Sonja Rütimann  
Telefon : 058 345 54 68  
E-Mail : [sonja.ruetimann@tg.ch](mailto:sonja.ruetimann@tg.ch)  
Datum : 13. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Das Anliegen der Initiative – Schutz der Tiere, die im Ausland für die Pelzproduktion verwendet werden – wird grundsätzlich unterstützt, messen doch viele Konsumentinnen und Konsumenten dem Wohlergehen von Tieren eine grosse Bedeutung bei. Jedoch erachtet der Kanton Thurgau eine Normierung eines Partikularinteresses wie des vorliegenden in der Bundesverfassung (BV; SR 101) als nicht norm- und stufengerecht. Wir lehnen die Initiative daher ab und bevorzugen einen indirekten Gegenvorschlag. Allerdings ist der vorliegende indirekte Gegenvorschlag aus den nachfolgenden Gründen aber ebenfalls abzulehnen.

### 1. undefinierte Rechtsbegriffe und widersprüchliche Begriffsdefinitionen

Der vorliegende indirekte Gegenentwurf enthält zahlreiche undefinierte Rechtsbegriffe, die den Vollzug vor (nichtlösbare) Probleme stellen. So ist beispielsweise unklar, wann Pelze und Pelzprodukte als „tierquälerisch hergestellt“ und damit als verboten zu gelten haben. Der Definitionsversuch in Art. 14 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes (TSchG; SR 455), wonach Pelze und Pelzprodukte als tierquälerisch hergestellt gelten, wenn „das Wohlergehen der für die Herstellung verwendeten Tiere stark beeinträchtigt wurde“, bietet keine Hilfestellung. Damit werden undefinierte Rechtsbegriffe mit weiteren undefinierten Rechtsbegriffen umschrieben. Auch der Verweis auf die „Leitprinzipien“ der World Organisation for Animal Health (WOAH) erscheint als ungeeignet, zumal diese, wie auch dem erläuternden Bericht zu entnehmen ist, keinen internationalen Standard darstellen. Ausserdem würde mit den darin enthaltenen noch vageren Kriterien „freedom from pain, injury an disease“ und „freedom from fear and distress“ einer unkontrollierten Auslegung, contra legem und wider die gesetzgeberische Absicht, die weit über die ursprünglich beabsichtigte Regulierung hinausgeht, Tür und Tor geöffnet. Das TSchG selbst kennt bereits eine (nota bene abweichende) Definition des Begriffs „Wohlergehen“ (vgl. Art. 3 lit. b TSchG), so dass mit der allfälligen Annahme des bundesrätlichen Gegenvorschlags ein Begriff, die gleiche Gesetzgebung beschlagend, unterschiedliche Bedeutungen hätte. Das ist aus Rechtssicherheitsgründen unbedingt zu vermeiden.

### 2. Spielraum für Missbrauch

Art. 14b Abs. 1 TSchG sieht vor, dass ein Nachweis erbracht ist, wenn ein Land die tierquälerische Herstellung von Pelzen oder Pelzprodukten verbietet (lit. a) und das entsprechende Land auf einer Liste des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) geführt wird (Abs. 2). Der Nachweis ist auch erbracht, wenn die Pelze oder Pelzprodukte nach anerkannten Produktionsrichtlinien hergestellt wurden und die Einhaltung dieser Richtlinien durch eine unabhängige Zertifizierungsstelle kontrolliert wird (Art. 14b Abs. 1 lit. b TSchG). Folglich gelten gemäss Art. 14b Abs. 1 lit. a TSchG alle Pelzprodukte aus einem Land, das auf der Liste des BLV steht, a priori als „legal“. Sollte sich in einem Staat trotz des Verbots der tierquälerischen Herstellung von Pelzen und Pelzprodukten ein Produzent nicht an diese Landesvorschrift halten, was unter Umständen aufgrund geringer Kontrollen nicht entdeckt wird, könnten die Produkte dieses Produzenten trotzdem legal in die Schweiz eingeführt werden, da das Land auf dieser Liste geführt wird. Zusätzlich ist auch vorstellbar, dass aus einem Land, das sich nicht auf der Liste des BLV befindet, Pelze oder Pelzprodukte in ein „gelistetes“ Land importiert werden, wenn der Import in dieses Land nicht klar geregelt ist. Der Spielraum für Missbrauch ist mit dem vorliegenden indirekten Gegenvorschlag zu gross und ist erheblich einzuschränken.

### 3. Aufwand und Nutzen

Schliesslich führt der vom Bundesrat unterbreitete Vorschlag nicht nur zu deutlichen Mehraufwendungen für Gewerbe und Handel, sondern auch zu einem grossen zusätzlichen Aufwand seitens der Vollzugsbehörden ohne einen tatsächlichen Mehrwert für den öffentlichen Tierschutz.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass der von der Initiative – und auch dem indirekten Gegenvorschlag – verfolgte Grundgedanke sinnvoll und schützenswert ist. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen über wahrheitsgetreue Information verfügen. Aus diesem Grund ist der vorliegende indirekte Gegenvorschlag abzulehnen und umfassend zu überarbeiten, um das schützenswerte Ansinnen der Initiative im passenden Rahmen umzusetzen.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14 Abs. 3	Dieser Definitionsversuch bietet keinerlei Hilfestellung für den Vollzug, da undefinierte Rechtsbegriffe mit weiteren undefinierten Rechtsbegriffen umschrieben werden (siehe hierzu die Ausführungen in den Allgemeinen Bemerkungen oben).	
Art. 14 Abs. 1	Es bestehen Bedenken, dass mit der vorgesehenen Nachweisregelung zu viel Spielraum für Missbrauch geschaffen wird (siehe hierzu die Ausführungen in den Allgemeinen Bemerkungen oben).	

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

## Il Consiglio di Stato

Al  
Dipartimento federale dell'interno DFI  
3003 Berna

*Invio per posta elettronica pdf e word*  
[Imr@blv.admin.ch](mailto:Imr@blv.admin.ch)

### Procedura di consultazione Controprogetto indiretto all' «Iniziativa pellicce»

Gentili signore, gentili signori,

in riferimento alla proposta di modifica della Legge sulla protezione degli animali, con particolare riguardo al divieto di importazione e commercio di pellicce e prodotti di pellicceria ottenuti infliggendo sofferenze agli animali, desideriamo esprimere il nostro sostegno in linea di principio alla modifica della normativa in oggetto. Riteniamo infatti che il divieto di importazione e commercio di tali prodotti sia un passo fondamentale per rafforzare la protezione degli animali.

Tuttavia, riteniamo necessario esprimere il nostro dissenso in merito al trasferimento delle competenze di controllo ed esecuzione ai Cantoni, per i seguenti motivi:

#### 1. **Competenze inadeguate delle autorità veterinarie cantonali**

Le autorità veterinarie cantonali non sono attrezzate per svolgere compiti di controllo nei negozi e nei commerci online dove possono essere offerti pellicce e prodotti di pellicceria. Non esistono infatti sinergie dirette tra le funzioni di controllo veterinarie e quelle necessarie per monitorare il commercio di tali prodotti, il che potrebbe comportare un'applicazione poco efficiente e frammentata della legge.

#### 2. **Scarsità di risorse e difficoltà di coordinamento**

Il trasferimento dell'esecuzione del divieto a un'altra autorità cantonale non appare ragionevole, anche in ragione delle limitate risorse umane e finanziarie disponibili a livello cantonale. Inoltre, un simile trasferimento potrebbe rendere ancora più difficile garantire un'applicazione armonizzata della legge a livello federale, rischiando di creare disparità tra i vari Cantoni.

#### 3. **Esperienza consolidata dell'USAV**

Dal 2014, l'Ufficio federale della sicurezza alimentare e di veterinaria (USAV) è già incaricato di effettuare controlli sull'obbligo di dichiarazione per pellicce e prodotti di pellicceria. Nel corso di questi anni, l'USAV ha acquisito competenze e conoscenze

RG n. 5640 del 20 novembre 2024

specifiche in questo ambito, che lo rendono particolarmente idoneo non solo a monitorare l'adempimento del divieto di importazione, ma anche a gestirne l'esecuzione in modo efficiente e con una visione coordinata a livello nazionale.

Per questi motivi, riteniamo che, oltre al monitoraggio del divieto di importazione, sia più opportuno affidare anche l'esecuzione del divieto di commercializzazione alla Confederazione. Inoltre, tale soluzione permetterebbe di sfruttare le sinergie con i controlli doganali sul divieto di importazione alle frontiere, migliorando l'efficacia complessiva del sistema di controllo.

Siamo convinti che un approccio centralizzato, gestito dall'USAV, garantirebbe non solo una maggiore coerenza nell'applicazione della legge, ma anche una gestione più razionale delle risorse a livello nazionale.

Vogliate gradire, gentili signore, gentili signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Christian Vitta

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Allegato:

- formulario

Copia a:

- Dipartimento della sanità e socialità (dss-dir@ti.ch)
- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch)
- Ufficio del veterinario cantonale (dss-uvc@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Consultazione al controprogetto indiretto all'iniziativa popolare federale «Sì al divieto di importare prodotti di pellicceria ottenuti infliggendo sofferenze agli animali».

(dal 21.8. al 22.11.2024)

### Parere di

Nome / azienda / organizzazione / ufficio:	Consiglio di Stato del Cantone Ticino
Abbreviazione dell'azienda / dell'organizzazione / dell'ufficio:	CdS
Indirizzo, luogo:	Residenza governativa, 6500 Bellinzona
Persona di contatto:	Luca Bacciarini
Telefono:	091/814.41.00
E-mail:	luca.bacciarini@ti.ch
Data:	12 novembre 2024

### Indicazioni importanti:

1. Si prega di non modificare la formattazione del modulo
2. Utilizzare una nuova riga per ogni articolo dell'ordinanza
3. I pareri devono essere inviati in forma elettronica, come documento **Word**, entro il 22 novembre 2024 al seguente indirizzo:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Ufficio federale della sicurezza alimentare e  
di veterinaria (USAV)  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berna  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Osservazioni generali sul controprogetto indiretto

Sosteniamo il divieto di importazione dei prodotti di pellicceria prodotti in violazione della legislazione svizzera sulla protezione degli animali e accogliamo con favore il controprogetto "Controprogetto indiretto all'iniziativa popolare «Sì al divieto di importare prodotti di pellicceria ottenuti infliggendo sofferenze agli animali (Iniziativa pellicce)»".

In linea di principio siamo d'accordo con la proposta di modifica della legge sulla protezione degli animali relativa al divieto di importazione e commercio. Tuttavia, rifiutiamo il trasferimento dei compiti di controllo ed esecuzione ai Cantoni per i seguenti motivi. L'assegnazione alle autorità veterinarie cantonali non è opportuna. Le autorità veterinarie cantonali non hanno compiti di controllo nei negozi e nei commerci online in cui possono essere offerti tali pellicce e prodotti di pellicceria e non è dunque possibile sfruttare le sinergie con altri compiti di controllo e applicazione.

Anche il trasferimento dell'esecuzione a un'altra autorità cantonale non è ragionevole per motivi di scarsità di risorse e nel contesto del necessario sviluppo delle competenze. Ciò renderebbe inoltre ancora più difficile un'applicazione armonizzata a livello federale. Dal 2014, l'Ufficio federale per la sicurezza alimentare e veterinaria (UFV) effettua già controlli sull'obbligo di dichiarazione per le pellicce e i prodotti di pellicceria e ha acquisito le competenze e le conoscenze necessarie in questo ambito. Per questo motivo, oltre al monitoraggio del divieto di importazione, è opportuno assegnare anche l'esecuzione del divieto commerciale alla Confederazione. Si prevedono inoltre sinergie anche con i controlli sul divieto di importazione alle frontiere.

Questa è anche la conclusione della valutazione dell'impatto normativo commissionata dall'USAV sul divieto di importazione e commercio di pellicce e prodotti di pellicceria (Regulierungsfolgenabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten). In sintesi, lo studio ritiene che l'applicazione a livello federale sia più efficace ed efficiente rispetto all'applicazione da parte dei Cantoni (Ufficio del veterinario cantonale e Servizio autorizzazioni, commercio e giochi della Polizia cantonale). I controlli possono essere integrati nelle strutture e nei processi esistenti presso l'USAV e l'Ufficio federale della dogana e della sicurezza dei confini (UDSC), con minimi costi aggiuntivi. Alla luce dei chiari risultati di questo studio, non è comprensibile perché l'applicazione del divieto di importazione dei prodotti di pellicceria la cui produzione viola la legislazione svizzera sulla protezione degli animali debba essere trasferita ai Cantoni.



## Osservazioni sui singoli articoli del controprogetto indiretto

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica <sup>SEPA</sup> (testo proposto)
Art. 32 cpv. 5	Vedi i commenti generali	<p>L'esecuzione della procedura di autorizzazione secondo l'articolo 7 capoverso 2, la sorveglianza dell'importazione, del transito e dell'esportazione di animali e di prodotti animali presso i posti d'ispezione frontaliere riconosciuti <b>come pure l'esecuzione dei divieti di cui all'art. 14 capoverso. 2</b> sono di competenza della Confederazione.</p> <p>L'attuazione della procedura di autorizzazione ai sensi dell'articolo 7 cpv. 2, il controllo dell'importazione, del transito e dell'esportazione di animali e prodotti di origine animale presso i posti d'ispezione frontaliere autorizzati e l'applicazione dei divieti ai sensi dell'articolo 14, paragrafo 2, sono di competenza della Confederazione.</p>
Art. 33 cpv. 2	Vedi i commenti generali	Eliminare il paragrafo.

Ufficio federale della sicurezza alimentare e  
di veterinaria (USAV)  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berna  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

**CONSEIL D'ÉTAT**

Château cantonal  
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale  
Elisabeth Baume-Schneider  
Cheffe du Département fédéral de l'intérieur  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

*Envoi par courriel : [Imr@blv.admin.ch](mailto:Imr@blv.admin.ch)*

Réf. : 24\_COU\_6555

Lausanne, le 13 novembre 2024

**Consultation fédérale relative au contre-projet indirect à l'initiative fourrure**

Madame la Conseillère fédérale,

Le 21 août 2024, votre département nous a fait parvenir la consultation relative au contre-projet indirect à l'initiative fourrure et nous vous en remercions.

Ce projet, sous la forme d'une modification de la loi fédérale sur la protection des animaux, vise à régler l'interdiction de l'importation et du commerce de fourrures et de produits de la pelleterie obtenus en infligeant de mauvais traitements aux animaux.

Nous saluons et soutenons ce projet qui permet de renforcer le dispositif légal en lien avec la protection des animaux. Cela étant, nous nous opposons fermement au transfert de compétence proposé de la Confédération aux cantons dans le cadre du contrôle. À ce titre, nous relevons que le rapport explicatif n'indique pas les motifs qui conduiraient à un tel changement et qu'il ressort de l'analyse d'impact accompagnant la consultation que l'exécution de la législation serait plus efficace si elle restait au niveau fédéral, compte tenu, notamment, de l'expertise et de l'expérience acquises. Parallèlement, force est de constater que les cantons ne disposent en l'état ni des compétences ni des ressources nécessaires à la mise en œuvre d'une telle tâche.

Vous trouverez notre argumentaire détaillé sur ce qui précède dans le formulaire annexé à la présente.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

**Annexe**

- Formulaire de réponse

**Copies**

- Office des affaires extérieures
- Direction générale de l'agriculture, de la viticulture et des affaires vétérinaires



**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : : État de Vaud

Sigle entreprise / organisation / service : : VD

Adresse, lieu : Chancellerie d'État du Canton de Vaud, Place du Château 4, 1014 Lausanne

Interlocuteur : Giovanni Peduto, vétérinaire cantonal et directeur de la Direction des affaires vétérinaires et de l'inspectorat (DAVI)

Téléphone : 021 316 39 11

Courriel : giovanni.peduto@vd.ch

Date : 16.10.2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

L'initiative populaire ainsi que le présent contre-projet découlent du constat selon lequel une grande partie des contrôles réalisés par l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV) en application de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et des produits de la pelleterie du 7 décembre 2012 ont mis en évidence des non-conformités. Sur cette base, nous saluons et soutenons la volonté de vouloir renforcer le cadre légal en prévoyant une interdiction d'importation et de commerce de fourrures et de produits de pelleterie obtenus en infligeant de mauvais traitements aux animaux.

Nous constatons cependant que la modification proposée introduit également un transfert de compétences de la Confédération aux cantons dès lors que le contrôle incomberait aux autorités cantonales d'exécution et non plus à l'OSAV. Cela étant, le rapport explicatif n'indique pas les motivations qui amènent à cette proposition de changement. On relève toutefois que l'analyse d'impact jointe à la présente consultation conclut que, dans ce domaine bien précis, l'exécution de la législation est plus efficace si elle demeure au niveau fédéral. En effet, depuis 2014 l'OSAV a acquis une expertise et un réseau dans ce domaine de contrôle. Il a en outre instauré une collaboration avec l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF). Parallèlement, nous mettons en évidence que les services cantonaux en charge des objets usuels ou de la protection des animaux ne disposent ni des compétences ni des ressources nécessaires en la matière. De plus il convient de relever que les commerces spécialisés dans la vente de fourrures n'entrent pas dans les systèmes de surveillance des services vétérinaires cantonaux. Ils ne disposent donc d'aucune base de données recensant ce genre d'établissement. Les contrôles devraient ainsi être entrepris à tâtons avec pour conséquence une grande perte en temps et en efficacité. Cette perte serait également ressentie par l'OFDF qui, au lieu de collaborer avec un seul partenaire fédéral, serait amené à collaborer avec 26 partenaires cantonaux.

Au vu de ce qui précède, le Canton de Vaud est favorable à un durcissement des conditions d'importation et de commerce des fourrures et des produits de pelleterie. Il s'oppose en revanche fermement au transfert de compétences de la Confédération aux cantons tel que proposé.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 33 al. 2	Actuellement, c'est l'OSAV qui est chargé de l'exécution de la législation sur les animaux et plantes d'espèces protégées. Le contrôle du respect de l'interdiction de fourrures et de produits de pelleteries doit également rester dans la sphère de compétence de l'OSAV (voir commentaire général).	Alinéa à supprimer et à remplacer par la modification de l'art. 32 al. 5 LPA suivante : L'exécution de la procédure d'autorisation visée à l'art. 7, al. 2, la surveillance de l'importation, du transit et de l'exportation d'animaux et de produits d'origine animale <i>ainsi que des interdictions visées à l'art. 14 al. 2</i> , aux postes d'inspection frontaliers agréés et la surveillance de la circulation des animaux et des plantes d'espèces protégées en vertu de la convention du 3 mars 1973 sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction incombent à la Confédération.

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



2024.04127

**P.P.** CH-1951  
Sion

Poste CH SA

Madame  
Elisabeth Baume-Schneider  
Conseillère fédérale  
Département fédéral de l'intérieur (DFI)  
Inselgasse 1  
3003 Berne



Date

- 6 NOV. 2024

11. Nov. 2024

BLV

Elektronisch erfasst!

**Contre-projet indirect à l'initiative fourrure. Procédure de consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie pour votre invitation du 21 août 2024 relative à la consultation susmentionnée.

Le contre-projet indirect proposé constitue sur le fond une réponse adéquate à l'initiative visant à interdire l'importation de fourrures provenant d'animaux ayant subi des mauvais traitements.

En revanche, la proposition de confier la responsabilité de l'exécution aux cantons est difficile à comprendre. Celle-ci doit de toute évidence rester de la compétence de la Confédération, ce qui permettrait également une application uniforme au niveau du pays.

L'organisation proposée pour l'exécution des nouvelles prescriptions ne correspond du reste pas aux recommandations et conclusions du rapport INFRAS qui présente pourtant une analyse circonstanciée des compétences et ressources à disposition des différentes autorités potentiellement impliquées. Depuis 2014, l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires effectue des contrôles relatifs à l'obligation de déclarer les fourrures et les produits en fourrures ; il dispose ainsi de l'expertise et des connaissances sectorielles requises pour effectuer ces tâches. Cela n'est en revanche pas le cas pour les cantons qui ne pourront par ailleurs développer aucune synergie avec d'autres tâches de contrôle et d'exécution.

Le détail de notre position figure dans le formulaire annexé.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Franz Ruppen



La chancelière

Monique Albrecht

**Annexe** Formulaire  
**Copie à** lmr@blv.admin.ch





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : Etat du Valais  
Sigle entreprise / organisation / service : DSSC, SCAV  
Adresse, lieu : Pré d'Amédée 2, 1950 Sion  
Interlocuteur : Eric Kirchmeier  
Téléphone : 027 606 74 50  
Courriel : eric.kirchmeier@admin.vs.ch  
Date : 08 octobre 2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

Une interdiction d'importer des produits en fourrure dont la fabrication a enfreint le droit suisse mérite d'être soutenue et le contre-projet indirect à l'initiative populaire « Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure fabriqués dans des conditions cruelles pour les animaux (initiative sur la fourrure) » doit être salué. Par conséquent, nous soutenons le principe de la modification de la loi fédérale sur la protection des animaux dans ce sens.

Toutefois, l'attribution de tâches de contrôle et d'exécution ne doit pas revenir aux cantons, mais à la Confédération pour les raisons suivantes :

Une attribution aux autorités vétérinaires cantonales n'est pas pertinente. Celles-ci n'ont pas de tâches de contrôle dans les magasins et les boutiques en ligne où de telles fourrures et produits en fourrure sont éventuellement proposés et aucune synergie ne peut être exploitée avec d'autres tâches de contrôle et d'exécution. Il n'est pas non plus judicieux de confier l'exécution à une autre autorité cantonale pour des raisons de ressources limitées et compte tenu du développement des compétences nécessaires. Il s'impose plutôt, outre le contrôle de l'interdiction d'importation, d'attribuer l'exécution de l'interdiction de commerce à la Confédération. Depuis 2014, l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV) effectue des contrôles relatifs à l'obligation de déclarer les fourrures et les produits en fourrure ; il a acquis l'expertise nécessaire à cet effet ainsi que les connaissances sectorielles requises. De plus, on peut s'attendre à des synergies avec les contrôles de l'interdiction d'importation à la frontière.

C'est également la conclusion à laquelle est parvenue l'analyse d'impact menée récemment par « INFRAS » relative à l'exécution de cette interdiction d'importer et de commercialiser des fourrures et des produits en fourrure, commandée par l'OSAV. En résumé, cette étude estime que l'exécution au niveau fédéral est plus efficace et plus efficiente que l'exécution par les cantons (offices vétérinaires ou polices du commerce). Les contrôles peuvent être intégrés dans les structures et processus existants de l'OSAV et de l'Office fédéral des douanes et de la sécurité frontalière et n'entraînent que peu de coûts supplémentaires. Compte tenu du résultat clair de cette étude, il serait difficilement compréhensible que l'exécution de l'interdiction d'importer des produits en fourrure dont la fabrication a enfreint le droit suisse soit confiée aux cantons.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 24 al. 1 <sup>quater</sup> und Art. 24 al. 1 <sup>quinquies</sup>	Selon l'art. 14, al. 2, let. b, sont interdits non seulement l'importation, le transit et l'exportation de fourrure de chat et de chien ainsi que le commerce de cette fourrure, mais aussi l'importation, le transit, l'exportation et le commerce de produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien. Dans le même esprit, l'art. 14, al. 2, let. a, introduit une interdiction d'importer, de faire transiter et de faire le commerce de fourrures et de produits en fourrure fabriqués dans des conditions cruelles pour les animaux. En conséquence, l'art. 24 al. 1 <sup>bis</sup> , 1 <sup>ter</sup> et 1 <sup>quinquies</sup> stipule que ces fourrures et produits en fourrure doivent être saisis, confisqués et, en règle générale, éliminés. En ce qui concerne la fourrure de chat et de chien, l'art. 24, al. 1 <sup>quater</sup> et 1 <sup>quinquies</sup> , ne règle que la confiscation et l'élimination de cette fourrure, mais pas celle des produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien.	Compléter les deux paragraphes avec les produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien.
Art. 32 al. 5	Voir remarques générales	L'exécution de la procédure d'autorisation visée à l'art. 7, al. 2, et la surveillance de l'importation, du transit et de l'exportation d'animaux et de produits animaux aux postes d'inspection frontaliers agréés ainsi que l'exécution des interdictions visées à l'art. 14, al. 2, relèvent de la compétence de la Confédération.
Art. 33, al. 2		Supprimer l'alinéa.



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Zug, 29. Oktober 2024 rv

**Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»  
Stellungnahme Kanton Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. August 2024 haben Sie die Kantone eingeladen, sich zum indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative zu äussern.

Der Kanton Zug begrüsst grundsätzlich den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative und verweist für seine beiden Anträge auf das Antwortformular.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut  
Frau Landammann

Tobias Moser  
Landschreiber

Beilage:

- Beilage 1: Antwortformular

Versand per E-Mail an:

- [imr@blv.admin.ch](mailto:imr@blv.admin.ch) (in Word- und PDF-Datei)
- Gesundheitsdirektion ([info.gd@zg.ch](mailto:info.gd@zg.ch)) (PDF)
- Amt für Wirtschaft und Arbeit ([bernhard.neidhart@zg.ch](mailto:bernhard.neidhart@zg.ch)) (PDF)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung (PDF)
- Staatskanzlei ([info.staatskanzlei@zg.ch](mailto:info.staatskanzlei@zg.ch)) mit Auftrag zur Veröffentlichung auf der Homepage (PDF)



## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt Kanton Zug

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt

Adresse, Ort : Aabachstrasse 5, 6300 Zug

Kontaktperson : Silvia Thalmann-Gut, Frau Landammann

Telefon : 041 594 55 55

E-Mail : [info.vds@zg.ch](mailto:info.vds@zg.ch)

Datum : 29. Oktober 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

### **Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag**

Der Kanton Zug unterstützt grundsätzlich den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte».



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 33 Abs. 2	<p>Die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben gem. Art. 14 Abs. 2 an die kantonalen Veterinärdienste (oder andere kantonale Behörden) wird nicht als sinnvoll erachtet. Vielmehr drängt sich auf, dass das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch für den Vollzug des Handelsverbots zuständig erklärt wird, zumal das BLV bereits seit 2014 Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte im Detail- und Onlinehandel durchführt. Auch die vom BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgenabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten geht in ihrem Schlussbericht davon aus, dass die Kontrollen im Rahmen der Kontrollen der Deklarationspflicht erfolgen, da mehr oder weniger die gleichen Geschäfte und Online-Plattformen kontrolliert werden müssten. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten. Aufgrund dieser Ausführungen ist im Sinne eines effektiven und effizienten Vollzugs der vorgeschlagene Art. 33 Abs. 2 zu streichen und stattdessen Art. 32 Abs. 5 wie nachfolgend vorgeschlagen zu ändern.</p>	Ersatzlos zu streichen.
Art. 32 Abs. 5	Vgl. Kommentare / Bemerkungen zu Art. 33 Abs. 2	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <u>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</u> sind Sache des Bundes.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch




Elektronisch an lmr@blv.admin.ch



**Kanton Zürich**  
**Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch  
Tel. +41 43 259 20 02  
Neumühlequai 10  
8090 Zürich  
zh.ch

Eidgenössisches Departement des Innern  
3003 Bern

14. Nov. 2024  
BLV  
Elektronisch erfasst!

6. November 2024 (RRB Nr. 1142/2024)

**Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 21. August 2024 haben Sie uns eingeladen, zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Grundsätzlich stehen wir dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» positiv gegenüber. Bereits am 25. Oktober 2023 forderte der Kanton Zürich mit der Standesinitiative KR-Nr. 441/2020 betreffend Import-Verbot von Echtpelz aus tierquälerischen ausländischen Zuchten oder Wildfang die Bundesversammlung auf, dafür zu sorgen, dass der Bund das Importieren von Echtpelz aus tierquälerischen, ausländischen Zuchten oder Wildfang verbietet. Auch in der Vernehmlassung zu Deklarationspflichten und Einfuhrverboten für tierische und pflanzliche Erzeugnisse sowie Änderungen von Verordnungen im Lebensmittelbereich und im Bereich der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten begrüsst der Kanton Zürich den Erlass eines Einfuhrverbots für tierquälerisch erzeugte Pelze und Pelzprodukte auf Verordnungsstufe (RRB Nr. 749/2024). Eine der geplanten Änderungen im Tierschutzgesetz (TSchG; SR 455) gibt jedoch Anlass zu Bemerkungen.

Die Gesetzesänderung sieht vor, dass der Vollzug der Verbote nach Art. 14 Abs. 2 TschG in die Zuständigkeit der Kantone fällt. Dies betrifft die Kontrolle des Detail- und Onlinehandels. In Art. 33 TschG wird festgelegt, dass die Kantone unter der Verantwortung der Kantonstierärztin oder des Kantonstierarztes Fachstellen einrichten, die für den Vollzug dieses Gesetzes und der darauf basierenden Vorschriften zuständig sind. Da sich die Kontrolle auf Felle und Pelze bezieht und nicht auf Vorschriften zur Haltung von und zum Umgang mit lebenden Tieren, wird in den Erläuterungen festgehalten, dass die Kontrolle der Einfuhrverbote nicht zwingend durch die Kantonstierärztin oder den Kantonstierarzt erfolgen muss. Es ist daher nicht nachvollziehbar, weshalb die Kontrolle in die Zuständigkeit der



kantonalen Veterinärämter fallen soll oder warum eine andere Behörde, wie beispielsweise ein Ordnungsamt, dafür besser geeignet sein sollte. Gemäss der durch das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen in Auftrag gegebenen Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten wird der Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter eingeschätzt als der Vollzug durch die kantonalen Veterinärämter oder andere kantonale Stellen. Der Vollzug auf Bundesebene wäre einfacher, da auf bestehende Strukturen zurückgegriffen werden könnte. Eine Integration der Kontrolle auf Bundesebene ist daher sinnvoller, als diese Aufgabe an Kantone ohne entsprechendes Fachwissen zu übertragen, da nur wenige Synergien mit anderen Aufgaben bestehen.

Gemäss dem erläuternden Bericht zu den Auswirkungen der Vorlage auf die Kantone und die Gemeinden wird ausgeführt, dass für 100 Kontrollen ungefähr eine Vollzeitstelle benötigt werde. Die konkreten finanziellen Auswirkungen für die Kantone ergeben sich aus der Anzahl der Behörden und Personen, die mit den Kontrollen des Handelsverbots beauftragt werden sollen. Gemäss uns vorliegenden Angaben kann davon ausgegangen werden, dass dies für den Kanton Zürich mindestens eine Vollzeitstelle an Mehraufwand bedeuten würde. Der entsprechende Lohnaufwand für eine Vollzeitstelle beläuft sich schätzungsweise auf mindestens rund Fr. 160 000 pro Jahr (einschliesslich Lohnnebenkosten).

Zusammenfassend stimmen wir dem indirekten Gegenvorschlag grundsätzlich zu, lehnen die Übertragung des Vollzugs der Einfuhrverbote nach Art. 14 Abs. 2 TschG an die Kantone jedoch ab. Für weitergehende Bemerkungen verweisen wir auf das beiliegende Antwortformular zur Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Natalie Rickli

Die Staatsschreiberin:

Dr. Kathrin Arioli





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Zürich  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : KT Zürich  
Adresse, Ort : Neumühlequai 10, 8090 Zürich  
Kontaktperson : Dr. Deborah Staub, Stv. Generalsekretärin / Abteilungsleiterin, Gesundheitsdirektion  
Telefon : + 41 43 259 24 77  
E-Mail : [generalsekretariat@gd.zh.ch](mailto:generalsekretariat@gd.zh.ch)  
Datum : 6. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Wir erachten ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, als unterstützenswert und begrüssen den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betrifft, sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus folgenden Gründen ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden, und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen personellen Mittel und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und andere kantonalen Stellen). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinquies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs. 2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durch- und Ausfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie den Handel damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1 <sup>bis</sup> , 1 <sup>ter</sup> und 1 <sup>quinquies</sup> geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und 1 <sup>quinquies</sup> jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen
Art. 33 Abs. 2	siehe allgemeine Bemerkungen	Absatz weglassen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



**EINGEGANGEN**

13. Nov. 2024

Registratur GS EDI

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon zentral 062 835 12 40  
Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### Per E-Mail

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit  
und Veterinärwesen

lmr@blv.admin.ch

13. November 2024

### **Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)"; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. August 2024 hat das Eidgenössische Departement des Innern die Kantone zur Stellungnahme zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)" eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich Massnahmen zur Verbesserung des Tierwohls bei der Produktion von Tieren und Tierprodukten und unterstützt den indirekten Gegenvorschlag zur Pelz-Initiative. Allerdings lehnt der Regierungsrat die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone – unter anderem aufgrund fehlender Synergien – dezidiert ab. Die Ablehnung ist im beiliegenden Antwortformular begründet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth  
Landammann



Joana Filippi  
Staatschreiberin

Beilage

- Antwortformular



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Regierungsrat des Kantons Aarau  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : KT AG  
Adresse, Ort : Regierungsgebäude, 5000 Aarau  
Kontaktperson : Barbara Thür  
Telefon : 062 835 29 70  
E-Mail : [barbara.thuer@ag.ch](mailto:barbara.thuer@ag.ch) / [regierungsrat@ag.ch](mailto:regierungsrat@ag.ch)  
Datum : 13. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich Massnahmen zur Verbesserung des Tierwohls bei der Produktion von Tieren und Tierprodukten und unterstützt den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)".

Wie in den Erläuterungen aufgezeigt, sollen sich die Definition von "tierquälerisch" nicht am eidgenössischen Recht, sondern an den Leitplanken der World Organisation for Animal Health (WOAH) orientieren. Aus Sicht des Regierungsrats ist es zweckmässig, sich auf diese internationalen Standards abzustützen, um Pelze aus Ländern, die diese Standards nicht einhalten, vom Import in die Schweiz auszuschliessen. Ebenso zweckmässig erscheint es dem Regierungsrat, dass das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) dazu Länderlisten erlässt.

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes (TSchG; SR 455), welche das Import- und Handelsverbot betreffen, ist der Regierungsrat grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnt er die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus folgenden Gründen dezidiert ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops, in denen solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden könnten. Es können auch keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben des Veterinärwesens genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde beziehungsweise an die Lebensmittelkontrolle oder die Gewerbepolizei auf Gemeindeebene ist vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen und den nur bedingt bestehenden notwendigen Strukturen nicht sinnvoll. Zudem muss das BLV mit der vorgeschlagenen Kontrollvariante zusätzlichen Aufwand für die Koordination der Kontrollen und die Vollzugsunterstützung erbringen. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das BLV Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten. Die durch das BLV in Auftrag gegebene Studie "Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten" kam in ihrem Schlussbericht zu den gleichen Schlussfolgerungen.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 32 Abs. 5	siehe Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art. 33 Abs 2	siehe Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



KANTON  
APPENZEL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an  
lmr@blv.admin.ch

Appenzell, 21. November 2024

### **Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

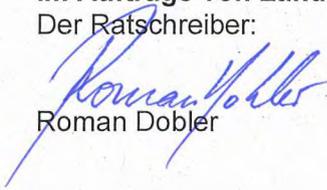
Mit Schreiben vom 21. August 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Es wird auf die Stellungnahme im Antwortformular verwiesen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

#### **Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

  
Roman Dobler

*Beilage:*  
Antwortformular

*Zur Kenntnis an:*

- Land- und Forstwirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Gaiserstrasse 8, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Appenzell I.Rh.  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Ratskanzlei  
Adresse, Ort : Marktgasse 2, 9050 Appenzell  
Kontaktperson : Ratschreiber Roman Dobler  
Telefon : 071 788 13 11  
E-Mail : [info@rk.ai.ch](mailto:info@rk.ai.ch)  
Datum : 21. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Die Ständekommission erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betrifft, sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden, und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Zudem würde dies einen harmonisierten Vollzug weiter erschweren. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozessen beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.

Auf die Volkswirtschaft hat die Vernehmlassungsvorlage insofern Auswirkungen, als dass beispielsweise Pelzfachgeschäfte, Modeketten und Onlineanbieter beim Kauf von Pelzen und Pelzprodukten deren Herstellungsmethode abklären müssen. Allerdings müssen bereits heute im Rahmen der bestehenden Pelzdeklarationspflicht Angaben zur Herkunft und zur Gewinnungsart des Fells gemacht werden, so dass die Vernehmlassungsvorlage für die Pelzanbietenden kaum zusätzlichen Aufwand zur Folge haben wird.

Ergänzend und präzisierend dazu werden folgende Bemerkungen aufgeführt: Soweit ersichtlich, sieht die Vorlage keine Änderungen der Strafbestimmungen vor (Art. 26 ff. TSchG). In Ziff. 2.3 des erläuternden Berichts führt der Bundesrat aus, dass die bisherige Deklarationspflicht durch die Branche teilweise missachtet wurde. Auch soll die Verschärfung der Kontrollen und die Zunahme der Anzahl Strafverfahren zu keiner signifikanten Verbesserung geführt haben. Die bestehenden Sanktionen und Massnahmen waren nicht ausreichend. Angesichts dieser Situation erscheint eine Verschärfung der Sanktionen prüfenswert. Da die Strafbestimmungen unverändert bleiben, werden vor allem Vollzugsaufgaben im Vordergrund stehen.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinquies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 lit. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs. 2 lit. a neu ein Verbot für die Ein- und Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1 <sup>bis</sup> , 1 <sup>ter</sup> und 1 <sup>quinquies</sup> geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und 1 <sup>quinquies</sup> jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt - nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art. 32 Abs. 5	Siehe allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art. 33 Abs. 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Regierungsrat, 9102 Herisau

---

Eidg. Departement des Innern  
3003 Bern

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 14. November 2024

**Eidg. Vernehmlassung; Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. August 2024 unterbreitet das eidgenössische Departement des Innern die eingangs erwähnte Vorlage zur Vernehmlassung. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 22. November 2024.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er erachtet das Anliegen der Initiative – der Schutz der Tiere, die im Ausland für die Pelzproduktion verwendet werden –grundsätzlich als unterstützenswert, messen doch sowohl die Bevölkerung wie auch die Politik dem Wohlergehen von Tieren eine grosse Bedeutung bei. Er befürwortet klar den Gegenvorschlag zur Initiative, lehnt dabei aber die Übertragung der Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone ab. Für die detaillierte Stellungnahme verweist der Regierungsrat auf das Antwortformular.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber

Beilage: Antwortformular



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Appenzell Ausserrhoden  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AR  
Adresse, Ort : Regierungsgebäude, Obstmarkt 3, 9100 Herisau  
Kontaktperson : Roger Nobs  
Telefon : +41 71 353 61 11  
E-Mail : kantonskanzlei@ar.ch  
Datum : 13. November 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Regierungsrat erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen, ist er grundsätzlich einverstanden. Die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone wird aber abgelehnt. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften oder Onlineshops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden, und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde erscheint dem Regierungsrat nicht sinnvoll, da sie die notwendigen Kompetenzen aufbauen müssten und dadurch die Harmonisierung des Vollzugs erschwert wird. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf.

Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten. Die Kontrollen könnten in bestehende Strukturen und Prozesse beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit integriert werden, sodass nur wenig zusätzliche Kosten anfallen würden.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinquies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 lit. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 lit. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1 <sup>bis</sup> , 1 <sup>ter</sup> und 1 <sup>quinquies</sup> geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und 1 <sup>quinquies</sup> jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung der Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	Absatz ergänzen.	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Art. 7 Abs. 2 und die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Art. 14 Abs. 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2		Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Per E-Mail an:  
lmr@blv.admin.ch

RRB Nr.: 1058/2024 30. Oktober 2024  
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

## **Vernehmlassung des Bundes: Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte» Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen, sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus den folgenden Gründen ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kommt auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter, als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund

des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.

Wir beantragen daher, dass die erforderlichen Kontroll- und Vollzugsaufgaben durch die beste-  
hende(n) Fachstelle(n) des Bundes wahrgenommen werden und verweisen diesbezüglich sowie  
hinsichtlich weiterer Anträge auf das beiliegende Antwortformular.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**



Evi Allemann  
Regierungspräsident



Christoph Auer  
Staatschreiber

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Finanzdirektion

Beilagen

- Antwortformular



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Regierungsrat Kanton Bern  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :  
Adresse, Ort : Postgasse 68, 3000 Bern 8  
Kontaktperson :  
Telefon :  
E-Mail : info.sta@be.ch  
Datum : 30.10.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Regierungsrat des Kantons Bern erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus den folgenden Gründen ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kommt auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter, als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quater</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1quater und 1quinqies jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

Per Mail an [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Liestal, 12. November 2024  
VGD/ALV/MLB

**Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)», Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte» Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat unterstützt ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte».

Eine Zuweisung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an kantonale Veterinärbehörden lehnt der Regierungsrat jedoch ab. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) führt seit 2014 Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Die anfallenden Kontrollen könnten daher in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und dadurch Synergien optimal genutzt werden.

Wir bitten um Berücksichtigung der in unserer Stellungnahme aufgeführten Aspekte.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber  
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin

– Formular Stellungnahme BL



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ALV  
Adresse, Ort : Gräubernstrasse 12, 4410 Liestal  
Kontaktperson : Marie-Louise Bienfait  
Telefon : 061 552 2014  
E-Mail : m.bienfait@bl.ch  
Datum : 12.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone ab. Eine Zuweisung an kantonale Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden. Es können daher keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll.

Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Diese Studie beurteilt den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter, als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen aufgrund der nutzbaren Synergien nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quater</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1quater und 1quinqies jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch




## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Basel-Stadt  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BS  
Adresse, Ort : Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel  
Kontaktperson : Herr Dr. med. vet. Michel Laszlo, Leiter Veterinäramt / Kantonstierarzt  
Telefon : 061 267 58 34  
E-Mail : [michel.laszlo@bs.ch](mailto:michel.laszlo@bs.ch)  
Datum :

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

### Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Kanton Basel-Stadt begrüsst den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte». Dieser nimmt das Anliegen der Initiative auf und setzt es dahingehend um, dass es mit den handelsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz besser vereinbar ist. Die Vorlage sieht vor, sich als Referenz für «tierquälerisch» an den Leitprinzipien der «World Organisation for Animal Health» für den Bereich Tierwohl zu orientieren. Die «World Organisation for Animal Health» ist eine zwischenstaatliche Organisation mit rund 183 Mitgliedern, die sich für die Verbesserung der Tiergesundheit weltweit einsetzt. Ihre Leitprinzipien definieren zwar keinen internationalen Standard wie denjenigen zum tiergerechten Töten von Reptilien, aber sie sind dennoch breit abgestützt und entsprechen den gesellschaftlichen Erwartungen an das Tierwohl. Zu den erwähnten Leitprinzipien gehören u.a. «freedom from pain, injury and disease» und «freedom from fear and distress». Die Handelspartner der Schweiz werden diese Leitprinzipien folglich eher als Massstab für ein Einfuhrverbot akzeptieren als die Schweizer Tierschutzgesetzgebung. Sodann soll mit dem indirekten Gegenvorschlag auch die Durchfuhr und der Handel mit tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten verboten werden sowie die gesetzliche Grundlage für Massnahmen geschaffen werden, um Pelze und Pelzprodukte aus dem Verkehr zu ziehen, die widerrechtlich eingeführt wurden oder mit denen widerrechtlich gehandelt wurde. Dies ermöglicht nicht nur Kontrollen an der Grenze, sondern auch im Inland in den Bekleidungsgeschäften und Online durchzuführen.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ALV  
Adresse, Ort : Gräubernstrasse 12, 4410 Liestal  
Kontaktperson : Marie-Louise Bienfait  
Telefon : 061 552 2014  
E-Mail : m.bienfait@bl.ch  
Datum : 12.11.2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone ab. Eine Zuweisung an kantonale Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden. Es können daher keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll.

Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Diese Studie beurteilt den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter, als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen aufgrund der nutzbaren Synergien nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quater</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1quater und 1quinqies jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch




Genève, le 13 novembre 2024

15. Nov. 2024

BLV  
Elektronisch erfasst!

**Le Conseil d'Etat**

4546-2024

Département fédéral de l'intérieur  
Madame Elisabeth Baume-Schneider  
Conseillère fédérale  
Inselgasse 1  
3003 Berne

**Concerne : contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale « Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements (initiative fourrure) »**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions pour votre courrier du 21 août 2024 qui a retenu toute notre attention.

Notre Conseil salue le contre-projet mis en consultation interdisant l'importation de fourrures et de produits de la pelleterie issus de traitements cruels envers les animaux.

Le Conseil d'Etat est, par contre, opposé à ce que l'exécution de l'interdiction de la commercialisation revienne aux cantons. Comme pour les contrôles sous l'égide de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et des produits de la pelleterie du 7 décembre 2012, l'office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV) reste l'autorité exécutive pour une application efficace et compétente de la nouvelle législation, au vu de l'expertise et du réseau que l'OSAV a développés dans le domaine depuis 2014.

En vous remerciant de nous avoir consultés au sujet de ce contre-projet, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :

Nathalie Fontanet

Annexe : formulaire de réponse à la consultation

Copie à (formats Word et PDF) : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale « Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements ».**  
**(21.08.2024 au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : Service de la consommation et des affaires vétérinaires  
Sigle entreprise / organisation / service : SCAV  
Adresse, lieu : Quai Ernest-Ansermet 22, 1205 Genève  
Interlocuteur : Dr M. Rérat, vétérinaire cantonal  
Téléphone : 022 546 56 00  
Courriel : [scav@etat.ge.ch](mailto:scav@etat.ge.ch)  
Date : 20.09.2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante :  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

L'initiative populaire ainsi que le présent contre-projet découlent du constat que la grande majorité des contrôles réalisés par l'office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (ci-après l'OSAV), depuis 2014 sous l'égide de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et des produits de la pelleterie du 7 décembre 2012, ont montré des déclarations lacunaires et peu d'amélioration. Il est donc légitime de vouloir prononcer des mesures plus contraignantes telle qu'une interdiction afin de faire respecter, sur les produits importés, l'assurance de l'absence de traitements cruels envers les animaux. Plus étonnant est le report de ces contrôles dans le présent contre-projet d'une seule entité fédérale compétente, l'office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (ci-après l'OFDF), à des autorités cantonales multiples, comme par exemple les services du vétérinaire cantonal et ce sans réel motif explicatif. En premier lieu, il est bon de rappeler que les services vétérinaires cantonaux sont garants pour l'exécution de la protection des animaux vivants et que, dans cette mission, ils doivent déjà prioriser les tâches comme l'a montré le rapport d'EcoConcept de 2016, mandaté par l'association suisse des vétérinaires cantonaux, sur l'évaluation des ressources dans les services vétérinaires cantonaux.

Les magasins mettant en vente la fourrure n'entrent dans aucun des systèmes de surveillance des services vétérinaires cantonaux. Par conséquent, les contrôles devraient être entrepris à tâtons par les services vétérinaires, ceux-ci n'ayant aucune banque de données des entreprises commerciales concernées.

Depuis 2014, l'OSAV a acquis une expertise et un réseau dans le domaine que les cantons n'ont pas, notamment une collaboration avec l'OFDF. Il semble donc illogique que l'OFDF se retrouve désormais à devoir collaborer avec 26 partenaires différents. La collaboration entre l'OSAV et l'OFDF nous semble plus opportune pour mener à bien les campagnes d'inspections sur les fourrures et produits de la fourrure, s'agissant exclusivement de produits importés. Enfin, l'étude d'impact de la réglementation mandatée par l'OSAV, et faisant partie des pièces annexes à la présente consultation, arrive également à la même conclusion. En résumé, cette étude estime que l'application de la législation au niveau fédéral est plus efficace et efficiente que celle effectuée par les cantons (services vétérinaire ou polices du commerce). Les contrôles peuvent être intégrés dans les structures et processus existants de l'OSAV et de l'OFDF et ne génèrent que peu de coûts supplémentaires.

Pour toute ces raisons, le SCAV s'oppose à l'exécution par les cantons des interdictions d'importer prévues à l'article 14 alinéa 2 de la loi fédérale sur la protection des animaux du 16 décembre 2005.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 24, al 1 quater et 1 quinquies	Dans tous les alinéas de l'article 24, à l'exception du 1 <sup>quater</sup> et 1 <sup>quinquies</sup> , est stipulé les fourrures ou produits de la pelleterie sauf pour les peaux de chat ou de chien. A relever que l'article 14 parle de « peaux de chat ou de chien et de produits fabriqués à partir de telles peaux ».	Ajouter « et de produits fabriqués à partir de telles peaux » à la suite des peaux de chat ou de chien.
Art. 32 al. 5	Actuellement, c'est l'OSAV qui est en charge de l'exécution de la législation sur les animaux et les plantes d'espèces protégés. C'est par conséquent une évidence d'y ajouter la compétence des interdictions concernant la fourrure et les peaux de chat ou de chien.	L'exécution de la procédure d'autorisation visée à l'art. 7 al. 2, la surveillance de l'importation, du transit et de l'exportation d'animaux et de produits d'origine animale <i>ainsi que des interdictions visées à l'art. 14 al. 2</i> , aux postes d'inspection frontaliers agréés et la surveillance de la circulation des animaux et des plantes d'espèces protégées en vertu de la convention du 3 mars 1973 sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction incombent à la Confédération.
Art. 33 al. 2	Voir commentaire général.	Alinéa à biffer.

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

**Regierungsrat**  
Rathaus  
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement  
des Innern  
3003 Bern

Glarus, 29. Oktober 2024  
Unsere Ref: 2024-1272 / SKGEKO.4671

## **Vernehmlassung i. S. Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Regierungsrat des Kantons Glarus begrüsst ein Importverbot für Pelze und Pelzprodukte, deren Herstellung gegen Schweizer Recht verstösst, und unterstützt deshalb den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Der Regierungsrat ist deshalb grundsätzlich mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes einverstanden, welche ein Import- und Handelsverbot von und mit tierquälerisch erzeugten Pelzen und Pelzprodukten vorsieht. Die Übertragung der Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone lehnt er jedoch dezidiert ab. Weder haben die kantonalen Veterinärbehörden Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden könnten, noch können Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs auf eine andere kantonale Behörde ist aus Ressourcengründen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Kompetenzaufbaus nicht sinnvoll. Zudem würde dies einen harmonisierten Vollzug erschweren. Vielmehr bietet es sich an, neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch den Vollzug des Handelsverbots dem Bund zuzuweisen. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) führt seit 2014 die Kontrollen der Deklarationspflicht von Pelzen und Pelzprodukten durch und hat das dafür notwendige Fachwissen aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Grenzkontrollen zum Importverbot zu erwarten.

Zu diesem Schluss kommt auch die vom BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot für Pelze und Pelzprodukte. Zusammenfassend beurteilt diese den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter als einen Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in die bestehenden Strukturen und Prozesse des BLV und des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und verursachen nur geringe zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund dieser eindeutigen Ergebnisse ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der

Vollzug des Einfuhrverbots von Pelzen und Pelzprodukten, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, den Kantonen übertragen werden soll.

Im Übrigen verweisen wir auf die beiliegende Stellungnahme des Amts für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**



Kaspar Becker  
Landammann

Arpad Baranyi  
Ratsschreiber

Beilage:

- Stellungnahme des Amts für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit vom 4. Oktober 2024

E-Mail an (PDF- und Word-Version): [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ALT  
Adresse, Ort : Ringstrasse 10, 7001 Chur  
Kontaktperson : Giochen Bearth  
Telefon : 081 257 2411  
E-Mail : [giochen.bearth@alt.gr.ch](mailto:giochen.bearth@alt.gr.ch)  
Datum : 4. Oktober 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit (ALT) erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde als unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus folgenden Gründen ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Zudem würde dies einen harmonisierten Vollzug weiter erschweren. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter, als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizeien). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs.2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und 1 <sup>quinqies</sup> jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch



Sitzung vom

19. November 2024

Mitgeteilt den

19. November 2024

Protokoll Nr.

891/2024

Eidgenössisches Departement  
des Innern EDI

Imr@blv.admin.ch

**Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zum Importverbot für tierquä-  
lerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)"**

**Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 21. August 2024 und bedanken uns für die  
Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne machen wir davon im beigefügten Ant-  
wortformular Gebrauch.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Beilage: erwähnt



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Graubünden  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GR  
Adresse, Ort : Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit, Ringstrasse 10, 7001 Chur  
Kontaktperson : Giochen Bearth  
Telefon : 081 257 2411  
E-Mail : [giochen.bearth@alt.gr.ch](mailto:giochen.bearth@alt.gr.ch)  
Datum : 4. Oktober 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, wird grundsätzlich als unterstützenswert erachtet. Deshalb wird der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» begrüsst. Aus rechtlicher Sicht ist ein Gegenvorschlag, sprich eine Gesetzesrevision, zielführender als eine Verfassungsänderung.

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betrifft, sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone strikte ab. Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden, so dass keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden können. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Zudem würde dies einen harmonisierten Vollzug weiter erschweren. Vielmehr muss neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch der Vollzug des Handelsverbots dem Bund zugewiesen werden. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kommt auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbepolizei). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden, wobei nur wenige zusätzliche Kosten anfallen. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.

Fehlende Übergangsbestimmung:

Die neue Regelung darf nicht auf vor deren Inkraftsetzung importierte und gehandelte Pelze und Pelzprodukte Anwendung finden. Ansonsten fallen Personen unter das Verbot und müssen Nachweise liefern für Waren, die vorher legal in Verkehr gebracht wurden.

### **Gesetzessystematik und Nachweispflicht**

Werden die neuen Bestimmungen im Detail betrachtet, fällt eine Unzulänglichkeit auf. Diese muss dringend korrigiert werden.

Neu wird ein Verbot eingeführt, nämlich die Einfuhr, Durchfuhr und der Handel mit tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten. Das entspricht auch der Initiative.

Zudem gibt es eine Nachweispflicht. Weshalb diese eingeführt wird, erschliesst sich nicht und ist unnötig.

In diesem Zusammenhang ist was folgt festzuhalten: Das Missachten des Verbots steht unter Strafe. Eine Verletzung der Nachweispflicht steht jedoch nicht unter Strafe. Das Verbot ist also nicht verletzt, wenn der Nachweis nicht erbracht wird. Denn nur weil der Nachweis nicht erbracht wird, ist noch lange nicht bewiesen, dass das Pelzprodukt auch wirklich tierquälerisch hergestellt wurde. Ein Verstoss gegen das Verbot darf also nicht bejaht werden, wenn der Nachweis nicht erbracht wird, ansonsten würde dies eine Umkehr der Beweislast im Strafverfahren bedeuten. Das wäre jedoch unzulässig, denn im

Strafverfahren muss der Staat den Verstoss gegen die Verbotsnorm beweisen. Diese Beweislast darf nicht den Betroffenen übertragen werden, indem sie mit dem Nachweis den Gegenbeweis erbringen müssen, dass das Pelzprodukt nicht tierquälerisch hergestellt wurde. Entsprechend kann die Verletzung der Nachweispflicht nur auf eine Beschlagnahme der Produkte hinauslaufen, als administrative Massnahme. Das ist sinngemäss auch so den Erläuterungen zu entnehmen. Die Pelzprodukte werden schliesslich eingezogen, wenn der Nachweis nicht erbracht werden kann (innert welchen Fristen dies erfolgen muss, ist nicht geklärt). Das heisst, obwohl im Strafverfahren allenfalls noch keine Verurteilung bezüglich des Verstosses gegen die Verbotsnorm vorliegt, erfolgt eine Einziehung.

Ob es gerechtfertigt ist, ohne Strafurteil eine Einziehung zu verfügen, weil eben ein Nachweis fehlt, muss hier nicht abschliessend beurteilt werden. Es gibt sicherlich rechtsstaatliche Bedenken. Auf der anderen Seite sollen die tierquälerische Herstellung von Pelzen drastisch unterbunden werden, was ein erhebliches Interesse darstellt.

#### Zusammenfassung:

- Eine strafrechtliche Verurteilung kann NICHT erfolgen, wenn die Nachweispflicht nicht erfüllt wird. Das steht so nicht in der Verbotsnorm und dürfte wegen der unzulässigen Beweislastumkehr nicht erfolgen. Eine Verurteilung ist nur möglich, wenn der Staat beweisen kann, dass die Produkte tierquälerisch hergestellt wurden und eine Einfuhr/Durchfuhr bzw. ein Handel erfolgte.
- Es wird eine Nachweispflicht eingeführt (neben dem Verbot). Liegt kein Nachweis vor, werden die Produkte beschlagnahmt. Wird der Nachweis (wohl innert einer zu bestimmenden Frist) nicht erbracht, erfolgt eine Einziehung, auch wenn noch keine Verurteilung wegen Verstosses gegen das Verbot vorliegt.

#### Beurteilung:

Die Einführung einer Nachweispflicht wie vorgeschlagen sehen wir nicht. Es leidet auch die Gesetzessystematik darunter. Allerdings sind die Überlegungen dahinter, also betreffend Nachweis und Beschlagnahme, nachvollziehbar. Aber diese Überlegung ist im Gesetz anders zu regeln. Es reicht somit, wenn im 3. Abschnitt, also in Art. 14, das Verbot normiert wird. Zudem kann hinten bei den Administrativmassnahmen (4, Kapitel, nach Art. 24) normiert werden, dass eine vorsorgliche Beschlagnahme erfolgt, wenn kein Nachweis vorliegt (womit ein Verdacht auf Verstoss gegen das Verbot gegeben ist). Diese Beschlagnahme kann abgewendet werden, wenn (innert einer zu bestimmenden Frist) ein Nachweis erbracht wird. Die Beschlagnahme und Einziehung aufgrund fehlenden Nachweises ist eine Administrativmassnahme, also eine Verwaltungsmassnahme. Daneben gibt es ein Strafverfahren, wenn ein Verdacht auf Verstoss gegen die Verbotsnorm vorliegt. Eine Beschlagnahme und Einziehung kann auch im Strafverfahren erfolgen, ist aber unabhängig von der verwaltungsrechtlichen Administrativmassnahme.

Insofern müsste der Punkt mit dem Nachweis bei den Bestimmungen über die administrativen Massnahmen aufgenommen werden, d.h. hinten bei Art. 24 TSchG und nicht im Abschnitt "Verkehr mit Tieren" bzw. bei der Verbotsnorm von Art. 14 TSchG.

Im Übrigen soll die Einziehung von der Strafbehörde gemacht werden, wenn die Widerrechtlichkeit festgestellt wurde, und nicht von der Verwaltungsbehörde (vgl. Art. 24 Abs. 1bis E-TSchG).

Es wird deshalb beantragt, Art. 14a und 14b zu streichen, dafür einen Art. 24a einzuführen, in welchem die Beschlagnahme und Einziehung geregelt wird. Diese erfolgen, wenn kein Nachweis vorliegt bzw. wenn dieser nicht innert einer bestimmten Frist erbracht werden kann. Und erbracht ist der Nachweis, wenn das Produkt aus einem entsprechenden Land stammt oder Zertifikate vorliegen. Die Nachweispflicht wäre dann in dieser Regelung enthalten.

Was die Ausnahme vom Verbot anbelangt: hier darf keine Nachweispflicht der betroffenen Personen verlangt werden, sondern der Bund hat zu prüfen, ob das Produkt unter die Ausnahme fällt bzw. der Bund hat zu beweisen, dass keine Ausnahme vorliegt und somit der Nachweis zu erbringen wäre. Es ist ein dringendes Anliegen, dass Wintergäste aus dem Ausland, die ihre Pelzprodukte mitnehmen, nicht unnötig in Erklärungsnotstand geraten und drangsaliert würden, Nachweise zu erbringen.

Randbemerkung: Was mit Art. 14a Abs. 3 E-TSchG bewirkt werden soll, erschliesst sich nicht. Es ist kein Verbot, und von der Beschlagnahme betroffen wäre der Dritte. Wenn dieser Pelze annimmt, ohne die Nachweise, fällt das in seine Verantwortung.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 14a und 14b	s. oben	streichen
Neu Art. 24a	s. oben	<p>24a</p> <p>1 Pelze und Pelzprodukte, die ein- oder durchgeführt oder gehandelt werden, werden – sofern sie nicht unter die Ausnahme gemäss Art. 14 Abs. 4 fallen – beschlagnahmt, sofern kein unmittelbarer Nachweis vorliegt, dass sie</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a. nicht tierquälerisch hergestellt wurden; oder</li><li>b. unter eine Ausnahme vom Ein- oder Durchfuhrverbot fallen.</li></ul> <p>2 Kann der Nachweis auch nachträglich innert angemessener Frist nicht erbracht werden, erfolgt die Einziehung.</p> <p>3 Der Nachweis ist erbracht, wenn die Produkte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a. aus einem Land stammen, das die tierquälerische Herstellung der Produkte verbietet; oder</li><li>b. nach anerkannten Produktionsrichtlinien hergestellt wurden, die eine tierquälerische Herstellung verbieten, und die Einhaltung dieser Richtlinien durch eine unabhängige Zertifizierungsstelle kontrolliert wird.</li></ul>

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

		<p>3 Ohne vorgängige Beschlagnahme eingezogen werden Katzen- und Hundefelle und von daraus hergestellten Produkten:</p> <p>a. die ein-, durch- oder ausgeführt werden sollen oder wurden; oder</p> <p>b. mit denen gehandelt wurde</p> <p>4 Die gemäss diesem Artikel eingezogenen Produkte werden entsorgt oder bei besonderem Bedarf aufbewahrt.</p> <p>5 Der Bundesrat regelt:</p> <p>a. den Erlass der Länderliste, das Verfahren für die Aufnahme eines Landes in die Liste sowie die Häufigkeit der Überprüfung der Liste;</p> <p>b. die Anerkennung der Produktionsrichtlinien durch das BLV und die Anforderungen an die Zertifizierungsstellen;</p> <p>c. die Gebühren für die Tätigkeiten des BLV nach Buchstabe b.</p> <p>d. die Fristen für die Erbringung des Nachweises</p>
<p><b>EVENTUALANTRAG</b></p> <p>Art. 14a Abs. 1</p>	<p>Ergänzung, dass der Nachweis nicht auch in Bezug auf die Ausnahme erbracht werden muss, sondern dass der Bund prüfen muss, ob eine Ausnahme vorliegt und somit kein Nachweis zu erbringen ist (s. oben allgemeine Bemerkungen).</p>	<p><b>EVENTUALANTRAG</b>, falls Art. 14a und 14b nicht gestrichen werden und Art. 24a nicht aufgenommen wird.</p> <p>1 Wer Pelze und Pelzprodukte ein- oder durchführt, muss – <b>sofern sie nicht unter die Ausnahme gemäss Art. 14 Abs. 4 fallen</b> – den Nachweis erbringen, dass sie:</p> <p>a. nicht tierquälerisch hergestellt wurden; <del>oder</del></p> <p>b. <del>unter eine Ausnahme vom Ein- oder Durchfuhrverbot fallen.</del></p>
<p><b>EVENTUALANTRAG</b></p> <p>Art. 24 Abs. <sup>1quarter</sup> und Art. 24 Abs. <sub>1quinquies</sub></p>	<p>Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.</p>	<p><b>EVENTUALANTRAG</b>, falls Art. 14a und 14b nicht gestrichen werden und Art. 24a nicht aufgenommen wird.</p> <p>Ergänzung, dass die aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkte auch eingezogen und entsorgt werden.</p>

	<i>Die Einziehung in Art. 24 Abs. 1quater und Abs. 1quinquies ist jedoch die Einziehung der aus Katzen und Hundefellen hergestellten Produkte nicht erwähnt. Das ist zu ergänzen.</i>	
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de l'intérieur DFI  
Madame la Conseillère fédérale Elisabeth Baume-Schneider  
Inselgasse 1  
3003 Berne  
Par e-mail ([lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch))

Delémont, le 22 octobre 2024

**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements»**

Madame la Conseillère fédérale,  
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien a bien reçu votre courrier du 21 août 2024 relatif à l'objet cité sous rubrique et vous en remercie.

Vous trouverez, en annexe et selon votre demande, la prise de position du Canton, en version Word et PDF.

Tout en restant à votre disposition pour toute demande complémentaire et en vous remerciant de l'avoir consulté, le Gouvernement jurassien vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Rosalie Beuret Stess  
Présidente



  
Jean-Baptiste Maître  
Chancelier d'État



**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : République et Canton du Jura / Département de l'économie et de la santé / Service de la consommation et des affaires vétérinaires

Sigle entreprise / organisation / service : RCJU / DES / SCAV

Adresse, lieu : Hôtel du Gouvernement, Rue de l'Hôpital 2, 2800 Delémont

Interlocuteur : Dr. Laurent Monnerat, vétérinaire cantonal

Téléphone : 032 420 57 85

Courriel : laurent.monnerat@jura.ch

Date : 22.10.2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article d'ordonnance.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 22 novembre 2024 à l'adresse suivante : [lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura considère qu'une interdiction d'importer des produits en fourrure dont la fabrication a enfreint le droit suisse mérite d'être soutenue et salue le contre-projet indirect à l'initiative populaire « Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure fabriqués dans des conditions cruelles pour les animaux (initiative sur la fourrure) ».

Nous sommes en principe d'accord avec la modification proposée de la loi sur la protection des animaux, qui concerne l'interdiction d'importation et de commerce. Toutefois, nous rejetons l'attribution des tâches de contrôle et d'exécution aux cantons pour les raisons suivantes. Une attribution aux autorités vétérinaires cantonales ne permet pas d'atteindre l'objectif visé. Celles-ci n'ont pas de tâches de contrôle dans les magasins et les boutiques en ligne où de telles fourrures et produits en fourrure sont éventuellement proposés et aucune synergie ne peut être exploitée avec d'autres tâches de contrôle et d'exécution. Il n'est pas non plus judicieux de confier l'exécution à une autre autorité cantonale pour des raisons de ressources limitées et compte tenu du développement des compétences nécessaires à cet effet. De plus, cela rendrait encore plus difficile une exécution harmonisée. Il s'impose plutôt, outre le contrôle de l'interdiction d'importation, d'attribuer l'exécution de l'interdiction de commerce à la Confédération. Depuis 2014, l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV) effectue des contrôles de l'obligation de déclarer les fourrures et les produits en fourrure et a développé l'expertise nécessaire à cet effet ainsi que les connaissances requises de la branche. De plus, on peut s'attendre à des synergies avec les contrôles de l'interdiction d'importation à la frontière.

L'analyse d'impact de la réglementation relative à l'interdiction d'importer et de commercialiser des fourrures et des produits en fourrure, commandée par l'OSAV, est parvenue à la même conclusion. En résumé, cette étude estime que l'exécution au niveau fédéral est plus efficace et plus efficiente que l'exécution par les cantons (services vétérinaires et polices du commerce). Les contrôles peuvent être intégrés dans les structures et processus existants de l'OSAV et de l'Office fédéral des douanes et de la sécurité frontalière (OFDT) et n'entraînent que peu de coûts supplémentaires. Compte tenu du résultat clair de cette étude, on ne comprend pas pourquoi l'exécution de l'interdiction d'importer des produits en fourrure dont la fabrication a enfreint le droit suisse devrait être confiée aux cantons.



## Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect

Article	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 24, al. 1 <sup>quater</sup> et Art. 24, al. 1 <sup>quinquies</sup>	Selon l'art. 14, al. 2, let. b, sont interdits non seulement l'importation, le transit et l'exportation de fourrure de chat et de chien ainsi que le commerce de cette fourrure, mais aussi l'importation, le transit, l'exportation et le commerce de produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien. Dans le même esprit, l'art. 14, al. 2, let. a, introduit une interdiction d'importer, de faire transiter et de faire le commerce de fourrures et de produits en fourrure fabriqués dans des conditions cruelles pour les animaux. En conséquence, l'art. 24 al. 1bis, 1ter et 1quinquies stipule que ces fourrures et produits en fourrure doivent être saisis, confisqués et, en règle générale, éliminés. En ce qui concerne la fourrure de chat et de chien, l'art. 24, al. 1 <sup>quater</sup> et 1 <sup>quinquies</sup> , ne règle que la confiscation et l'élimination de cette fourrure, mais pas celle des produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien.	Complément aux produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien dans les deux paragraphes.
Art 32, al. 5	Voir les remarques générales	L'exécution de la procédure d'autorisation visée à l'art. 7, al. 2, et la surveillance de l'importation, du transit et de l'exportation d'animaux et de produits animaux aux postes d'inspection frontaliers agréés <b>ainsi que l'exécution des interdictions visées à l'art. 14, al. 2</b> , relèvent de la compétence de la Confédération.
Art 33, al. 2	Voir les remarques générales	Supprimer l'alinéa

Office fédéral de la sécurité alimentaire  
et des affaires vétérinaires  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
Tél. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

**Gesundheits- und Sozialdepartement**  
Bahnhofstrasse 15  
6002 Luzern  
Telefon +41 41 228 60 84  
gesundheit.soziales@lu.ch  
www.lu.ch

**per E-Mail**  
lmr@blv.admin.ch

Luzern, 29. Oktober 2024

Protokoll-Nr.: 1150

**Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquä-  
lerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 21. August 2024 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähn-  
ter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrat-  
es teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern den indirekten Gegenvorschlag grundsätzlich  
begrüsst. Wir erachten ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen  
schweizerisches Recht verstossen wurde, als unterstützenswert. Mit der vorgeschlagenen Än-  
derung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen sind wir  
grundsätzlich ebenfalls einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll-  
und Vollzugsaufgaben an die Kantone ab, da wir diese als nicht zielführend erachten. Eine  
detailliertere Begründung findet sich im beiliegenden Antwortformular.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer An-  
liegen.

Freundliche Grüsse



Michaela Tschuor  
Regierungsrätin

Beilage:

– Antwortformular



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte.»

(21.8. bis 22.11.2024)

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Luzern  
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD-LU)  
Adresse, Ort : Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern  
Kontaktperson : Dr. Martin Brügger  
Telefon : 041 228 61 35  
E-Mail : martin.bruegger@lu.ch  
Datum : 7. Oktober 2024

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel der Verordnung eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 22. November 2024 an folgende E-Mail-Adresse:  
[lmr@blv.admin.ch](mailto:lmr@blv.admin.ch)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Allgemeine Bemerkungen zum indirekten Gegenvorschlag

Der Kanton Luzern erachtet ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde als sehr unterstützenswert und begrüsst den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)».

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Tierschutzgesetzes, welche das Import- und Handelsverbot betreffen sind wir grundsätzlich einverstanden. Allerdings lehnen wir die Übertragung von Kontroll- und Vollzugsaufgaben an die Kantone aus nachfolgenden Gründen ab: Eine Zuweisung an die kantonalen Veterinärbehörden ist nicht zielführend. Diese haben keine Kontrollaufgaben in Geschäften und Onlineshops, in denen möglicherweise solche Pelze und Pelzprodukte angeboten werden und es können keine Synergien mit anderen Kontroll- und Vollzugsaufgaben genutzt werden. Auch die Übertragung des Vollzugs an eine andere kantonale Behörde ist aus Gründen der knappen Ressourcen und vor dem Hintergrund des dafür notwendigen Aufbaus von Kompetenzen nicht sinnvoll. Zudem würde dies einen harmonisierten Vollzug weiter erschweren. Vielmehr drängt sich neben der Kontrolle des Einfuhrverbots auch die Zuweisung des Vollzugs des Handelsverbots an den Bund auf. Seit 2014 führt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) Kontrollen der Deklarationspflicht für Pelze und Pelzprodukte durch und hat die dafür notwendige Expertise aufgebaut sowie die notwendigen Branchenkenntnisse erworben. Zudem sind Synergien mit den Kontrollen des Einfuhrverbots an der Grenze zu erwarten.

Zu diesem Schluss kam auch die durch das BLV in Auftrag gegebene Regulierungsfolgeabschätzung zum Einfuhr- und Handelsverbot von Pelzen und Pelzprodukten. Zusammenfassend beurteilt diese Studie den Vollzug auf Bundesebene als effektiver und effizienter, als den Vollzug durch die Kantone (Veterinärämter und Gewerbe Polizei). Die Kontrollen können in bestehende Strukturen und Prozesse beim BLV und beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) integriert werden und es fallen nur wenig zusätzliche Kosten an. Vor dem Hintergrund des klaren Ergebnisses dieser Studie ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Vollzug des Einfuhrverbots für Pelzprodukte, bei deren Herstellung gegen schweizerisches Recht verstossen wurde, an die Kantone übertragen werden soll.



## Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen des indirekten Gegenvorschlags

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und Art. 24 Abs. 1 <sup>quinqies</sup>	Nach Art. 14 Abs. 2 Bst. b sind nicht nur die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Katzen- und Hundefellen sowie der Handel mit solchen Fellen verboten, sondern auch die Ein-, Durch- und Ausfuhr von und der Handel mit aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten. Im gleichen Sinne wird in Art. 14 Abs. 2 Bst. a neu ein Verbot für die Ein-, Durchfuhr von tierquälerisch hergestellten Pelzen und Pelzprodukten sowie des Handels damit eingeführt. Entsprechend wird in Art. 24 Abs. 1bis, 1ter und 1quinqies geregelt, dass solche Pelze und Pelzprodukte beschlagnahmt, eingezogen und in der Regel entsorgt werden. Bezogen auf Katzen- und Hundefelle wird in Artikel 24 Abs. 1 <sup>quarter</sup> und 1 <sup>quinqies</sup> jedoch lediglich die Einziehung und Entsorgung dieser Felle geregelt – nicht jedoch auch von den aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten.	Ergänzung «...aus Katzen- und Hundefellen hergestellten Produkten...» in beiden Absätzen.
Art 32 Abs. 5	s. Allgemeine Bemerkungen	Die Durchführung des Bewilligungsverfahrens nach Artikel 7 Absatz 2, <del>und</del> die Überwachung der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten an den zugelassenen Grenzkontrollstellen <b>sowie der Vollzug der Verbote nach Artikel 14 Absatz 2</b> sind Sache des Bundes.
Art 33 Abs. 2	s. Allgemeine Bemerkungen	Absatz streichen.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und  
Veterinärwesen BLV  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern  
Tel. +41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

25. Nov. 2024  
BLV  
Elektronisch erfasst!



**LE CONSEIL D'ÉTAT**

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

**EINGEGANGEN**

22. Nov. 2024

Registratur GS EDI

Département fédéral de l'intérieur  
Palais fédéral  
3003 Berne

**Contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale « Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements »**

Madame la conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous avoir consultés sur le contre-projet indirect cité en titre et vous prions de trouver notre prise de position en annexe, sous forme électronique.

Sur le fond, nous approuvons le projet et saluons la plupart des adaptations prévues. Toutefois, le système proposé semble complexe, ce qui le prédispose à être contourné pour éviter les interdictions. De plus, nous estimons que le fait qu'un pays interdise la production d'animaux ayant subi des mauvais traitements ne constitue pas une garantie suffisante. Nombre de pays ne disposent pas d'autorités de contrôle adéquates, suffisantes, réellement compétentes et exemptes de corruption.

Si, comme exprimé ci-dessus, nous sommes d'accord sur le principe avec la modification de la loi sur la protection des animaux proposée, à savoir d'interdire l'importation, le transit et de commerce des fourrures à base d'animaux produits selon des méthodes cruelles, nous rejetons l'attribution des tâches de contrôle et d'exécution aux cantons pour les raisons suivantes. Les autorités vétérinaires cantonales n'ont pas de tâches de contrôle dans les magasins et les boutiques en ligne où de tels produits en fourrure sont proposés et aucune synergie ne peut être exploitée avec d'autres tâches de contrôle et d'exécution du domaine vétérinaire. Il n'est pas non plus judicieux de confier l'exécution à une autre autorité cantonale pour des raisons de ressources limitées et compte tenu du développement des compétences nécessaires à cet effet. Il s'impose plutôt, outre la surveillance de l'interdiction d'importation, d'attribuer l'exécution de l'interdiction de commerce à la Confédération.

Depuis 2014, l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV) effectue des contrôles de l'obligation de déclarer les fourrures et les produits en fourrure et a développé l'expertise et les compétences nécessaires à cet effet. Il faut en outre s'attendre à des synergies avec les contrôles de l'interdiction d'importation à la frontière.

NE

Réitérant nos remerciements de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 20 novembre 2024

Au nom du Conseil d'État :

*La présidente,*  
F. NATER

*La chancelière,*  
S. DESPLAND



**Annexe** : 1 questionnaire



**Procédure de consultation au sujet du contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «Oui à l'interdiction d'importer des produits en fourrure provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements».**  
**(21.8. au 22.11.2024)**

**Avis de**

Nom / entreprise / organisation / service : République et canton de Neuchâtel  
Sigle entreprise / organisation / service : NE  
Adresse, lieu : SCAV, Rue Jehanne de Hochberg 5, 2000 Neuchâtel  
Interlocuteur : C. Bourquin  
Téléphone : 032 889 68 30  
Courriel : scav@ne.ch  
Date : 20 novembre 2024

**Remarques importantes :**

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire !
2. Veuillez utiliser une ligne distincte par article du règlement.
3. Veuillez envoyer votre réponse électronique sous forme de **document Word** jusqu'au 22 novembre 2024 à l'adresse électronique suivante : [Imr@blv.admin.ch](mailto:Imr@blv.admin.ch)

Office fédéral de la sécurité alimentaire et de la santé publique  
Services vétérinaires OFAG  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
41 58 463 30 33  
[info@blv.admin.ch](mailto:info@blv.admin.ch)  
[www.blv.admin.ch](http://www.blv.admin.ch)

## Remarques générales sur le contre-projet indirect

En préambule, nous vous remercions de nous avoir consultés. Sur le fond, nous saluons l'introduction de l'interdiction d'importation, de transit et de commerce des fourrures à base d'animaux produits selon des méthodes cruelles pour les animaux et approuvons les modifications proposées. Toutefois, le système proposé semble complexe, ce qui le prédispose à être contourné pour éviter les interdictions. De plus, nous estimons que le fait qu'un pays interdise la production d'animaux ayant subi des mauvais traitements ne constitue pas une garantie suffisante. Nombre de pays ne disposent pas d'autorités de contrôle adéquates, suffisantes, réellement compétentes et exemptes de corruption.

En regard également aux arguments mentionnés dans le rapport explicatif sur le contre-projet indirect, pt. 6.4.2, sous « Accord avec l'Union européenne », relatifs à l'initiative citoyenne « une Europe sans fourrure », actuellement à l'étude à la Commission Européenne, nous proposons d'entamer rapidement une réflexion sur l'interdiction totale d'importation, de transit et de commerce de fourrures. Bien que celle-ci constitue une voie radicale, elle est la seule solution apte à contrer efficacement l'absence de bonne volonté de certains acteurs du commerce de la fourrure.

Si, sur le principe, nous sommes d'accord avec la modification de la loi sur la protection des animaux proposée, à savoir d'interdire l'importation, le transit et de commerce des fourrures à base d'animaux produits selon des méthodes cruelles, nous rejetons l'attribution des tâches de contrôle et d'exécution aux cantons pour les raisons suivantes. Une attribution aux autorités vétérinaires cantonales ne permet pas d'atteindre l'objectif visé. Celles-ci n'ont pas de tâches de contrôle dans les magasins et les boutiques en ligne où de telles fourrures et produits en fourrure sont proposés et aucune synergie ne peut être exploitée avec d'autres tâches de contrôle et d'exécution du domaine vétérinaire. Il n'est pas non plus judicieux de confier l'exécution à une autre autorité cantonale pour des raisons de ressources limitées et compte tenu du développement des compétences nécessaires à cet effet. De plus, cela rendrait encore plus difficile une exécution harmonisée. Il s'impose plutôt, outre le contrôle de l'interdiction d'importation, d'attribuer l'exécution de l'interdiction de commerce à la Confédération. Depuis 2014, l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV) effectue des contrôles de l'obligation de déclarer les fourrures et les produits en fourrure et a développé l'expertise et les compétences nécessaires à cet effet. Il faut en outre s'attendre à des synergies avec les contrôles de l'interdiction d'importation à la frontière.

C'est également la conclusion à laquelle est parvenue l'analyse d'impact de la réglementation relative à l'interdiction d'importer et de commercialiser des fourrures et des produits en fourrure, commandée par l'OSAV. En résumé, cette étude estime que l'exécution au niveau fédéral est plus efficace et plus efficiente que l'exécution par les cantons (services vétérinaires et police du commerce). Les contrôles peuvent être intégrés dans les structures et processus existants de l'OSAV et de l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF) et n'entraînent que peu de coûts supplémentaires. Compte tenu du résultat clair de cette étude, on ne comprend pas pourquoi l'exécution de l'interdiction d'importer des produits en fourrure dont la fabrication a enfreint le droit suisse devrait être confiée aux cantons.



Remarques sur les différentes dispositions du contre-projet indirect		
Article	Commentaires / remarques	Demande de proposition de modification (proposition de texte)
Art.14, al. 4	Il n'est pas logique de prévoir des dérogations possibles à l'interdiction d'importer des fourrures produites selon des méthodes cruelles lorsque celles-ci sont destinées à des fins non-commerciales, alors qu'il n'y a aucune exception possible pour les peaux de chats ou de chiens.	Supprimer l'alinéa 4
Art.14b, al. 1, let. a	Le fait que la législation d'un pays interdise la production d'animaux ayant subi des mauvais traitements ne constitue pas une garantie suffisante. Nombre de pays ne disposent pas d'autorités de contrôle adéquates, suffisantes, réellement compétentes et exemptes de corruption.	Interdire toute importation et vente de fourrures et produits à base de fourrure.
Art.14b, al. 1, let. b	La reconnaissance (par l'OSAV) de directives de production interdisant la production d'animaux ayant subi des mauvais traitements et leur surveillance dans les pays producteurs par des organismes certifiés ne constitue pas une garantie suffisante. Les pressions économiques et la corruption organisée de certains pays producteurs sont trop puissantes.	Interdire toute importation et vente de fourrures et produits à base de fourrure.
Art. 24, al. 1 <sup>quarter</sup> et art. 24, al. 1 <sup>quinquies</sup>	Selon l'art. 14, al. 2, let. b, sont interdits non seulement l'importation, le transit et l'exportation de fourrure de chat et de chien ainsi que le commerce de cette fourrure, mais aussi l'importation, le transit, l'exportation et le commerce de produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien. Dans le même esprit, l'art. 14, al. 2, let. a, introduit une interdiction d'importer, de faire transiter et de faire le commerce de fourrures et de produits en fourrure fabriqués dans des conditions cruelles pour les animaux. En conséquence, l'art. 24 al. 1bis, 1ter et 1quinquies stipule que ces fourrures et produits en	Complément aux produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien dans les deux paragraphes.

Office fédéral de la sécurité alimentaire et de la santé publique  
Services vétérinaires OFAG  
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne  
41 58 463 30 33  
info@blv.admin.ch  
www.blv.admin.ch

	fourrure doivent être saisis, confisqués et, en règle générale, éliminés. En ce qui concerne la fourrure de chat et de chien, l'art. 24, al. 1quater et 1quinquies ne règle que la confiscation et l'élimination de cette fourrure, mais pas celle des produits fabriqués à partir de fourrure de chat et de chien.	
Art 32, al. 5	Voir remarques générales	L'exécution de la procédure d'autorisation visée à l'art. 7, al. 2, la surveillance de l'importation, du transit et de l'exportation d'animaux et de produits animaux aux postes d'inspection frontaliers agréés <b>ainsi que l'exécution des interdictions visées à l'art. 14, al. 2,</b> relèvent de la compétence de la Confédération.
Art 33, al. 2	Voir remarques générales	Supprimer le paragraphe.